

Juni

No. 6

1897

Die preussischen Landtagswahlen und die Sozialdemokratie.

Von
Paul Hirsch
(Berlin.)

Die vor vier Jahren angeschnittene Frage, ob die Sozialdemokratie ihre bisherige Haltung aufgeben und sich in Zukunft an den Wahlen für das preussische Abgeordnetenhaus betheiligen soll, hat auf dem Kölner Parteitage nur scheinbar ihre Lösung gefunden. Denn wenn sich auch damals die Genossen mit übergrosser Mehrheit gegen die Betheiligung erklärten, so ist doch in neuester Zeit in Anbetracht der allgemeinen politischen Lage die bereits geschlossene Debatte wiederum eröffnet worden. Nicht nur die Zeitungen und Zeitschriften der eigenen Partei beschäftigen sich mit dieser Angelegenheit, sondern auch gegnerische Blätter widmen ihr spaltenlange Artikel, in denen sich je nach der Parteirichtung freudige Hoffnung oder Furcht widerspiegelt. Freisinnige Blätter träumen, beseelt von dem Wunsche, dass die Sozialdemokratie bei den nächsten Wahlen für sie die Kastanien aus dem Feuer holen wird, schon heute von dem im ersten Ansturm mit Hilfe der Sozialdemokraten zertrümmerten Bollwerk des Junkerthums, und konservative Zeitungen schreiben aus Furcht, dass die Hoffnungen der Freisinnigen sich erfüllen könnten, nach Massnahmen, um den Angriff ihrer Gegner abzuschwächen. Unter solchen Umständen wäre es eine Grausamkeit, wenn wir diesem „Hangen und Bangen in schwebender Pein“ nicht bald ein Ende machen und das seelische Gleichgewicht der bürgerlichen Parteien wieder herstellen wollten, zumal da der erste Anlass zur Störung ihrer Ruhe aus unseren Reihen hervorgegangen ist.

In der That muss zugegeben werden, dass, wenn überhaupt, so jetzt der richtige Zeitpunkt gekommen ist, die Möglichkeit und die Aussichten einer Theilnahme der Sozialdemokratie an den Landtagswahlen eingehend zu erörtern und die Chancen nach allen Seiten hin sorgfältig abzuwägen. Gerade der Umstand, dass eine so wichtige Frage im Jahre 1893 erst kurz vor den Wahlen angeschnitten ist — Ende September erschien der Artikel von Bernstein in der „Neuen Zeit“, am 28. Oktober fasste der Parteitag Beschluss, und am 7. November fanden die Wahlen statt — mag dazu beigetragen haben, dass sich damals die Diskussion ein wenig einseitig gestaltete. Heute liegen die Verhältnisse wesentlich anders: bis zum nächsten Parteitage ist reichlich Gelegenheit, sich in der Presse darüber zu äussern, der Parteitag selbst kann besser vorbereitet in die Besprechung

eintreten, und falls die Betheiligung beschlossen werden sollte, so ist der Zeitraum von einem Jahre, der zwischen dem Parteitage und den Wahlen liegt, gewiss nicht zu lang, um die nöthigen Vorbereitungen zu treffen. Eine vorherige gründliche Aussprache aber ist um so nöthiger, als kaum über irgend einen anderen Punkt die Meinungen der Genossen so weit auseinandergehen. Sind sich doch selbst diejenigen, die unter allen Umständen ein Eintreten in den Wahlkampf fordern, noch über wichtige Einzelheiten völlig im Unklaren!

Als Bernstein mit seinem Vorschlage an die Oeffentlichkeit trat, stiess er fast allseitig auf den lebhaftesten Widerspruch. Das Wort „Kompromiss“ war so verhasst, dass der Parteitag es nicht nur als Pflicht der Genossen in Preussen erklärte, sich jeder Betheiligung an den Landtagswahlen nach dem jetzt bestehenden Wahlsystem zu enthalten, sondern noch darüber hinausging und den Beschluss strengster Stimmenthaltung bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Parteien und der Vermeidung jeglichen Kompromisses mit bürgerlichen Parteien bei Reichstags-, Landtags- und Gemeinderathswahlen fasste. Der erste Theil dieses Beschlusses ist nicht streng befolgt worden; wie früher, so sind wir auch nach dem Kölner Parteitage mehr als einmal bei Stichwahlen zum Reichstage für das kleinere Uebel eingetreten; hingegen haben wir den zweiten Theil des Beschlusses sorgsam beachtet und uns weder an den allgemeinen Landtagswahlen des Jahres 1893 noch an späteren Ersatzwahlen betheilt. Und trotzdem lässt sich nicht bestreiten, dass der Abscheu vor einem etwaigen Kompromiss jetzt im Schwinden begriffen ist. Unter lebhafter Zustimmung konnte noch Bebel in Köln ein Kompromiss mit den Freisinnigen als ein „ausserordentlich gewagtes Experiment“ bezeichnen, „das in den weitesten Kreisen der Genossen sehr wenig Anklang gefunden hat“, und ebenso durfte Liebknecht, ohne auf Widerspruch zu stossen, ein Kompromiss einen Verrath nennen und für die Verwerfung eines jeden Paktes mit einer anderen Partei eintreten, „der unsere Genossen förmlich demoralisiren würde, was bei einer Betheiligung unserer Partei an den Dreiklassenwahlen zum Landtage unvermeidlich wäre.“ Verfolgt man hingegen die Presse der letzten Wochen und schenkt man dem, was in Volksversammlungen gesagt wird, genügende Beachtung, so wird man finden, dass Kompromissvorschläge zwar heute auch noch auf Widerspruch stossen, dass aber der Widerspruch kein so heftiger mehr ist, wie vor vier Jahren. Und wenn man sich nach dem bisherigen Gang der Debatte bereits ein Urtheil erlauben darf, so wird man die Möglichkeit in ernste Erwägung ziehen und sich mit dem Gedanken vertraut machen müssen, dass der diesjährige Parteitag den in Köln gefassten Beschluss wieder umstösst.

Was in aller Welt hat denn eine solche Wandlung der Ansichten zur Folge gehabt? Zugegeben, dass die Kölner Resolution, welche die Parteigenossen auffordert, „in allen Einzelstaaten eine umfassende und energische Agitation für die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für die Landtage im Sinne unserer Programmforderung in Angriff zu nehmen, nicht oder doch nur in sehr beschränktem Umfange zur Ausführung gelangt ist und naturgemäss auch garnicht zur Ausführung gelangen konnte, da wir den Massen die Ungerechtigkeit des Dreiklassen-

wahlsystems nicht gut vor Augen führen können, wenn wir uns nicht selbst an der Wahl betheiligen; zugegeben, dass die inzwischen vorgenommene Verschlechterung des sächsischen Wahlrechts ein schwerer Schlag für die Sache des Proletariats war, auf den vielleicht die Betheiligung an den Landtagswahlen in allen Bundesstaaten die richtige Antwort wäre, so wird doch im Ernst Niemand glauben, dass sich unsere Aussichten, auf eigene Faust erfolgreich in den Wahlkampf einzugreifen, irgendwie verbessert haben oder dass in unserem Verhältniss zu den bürgerlichen Parteien eine wesentliche Aenderung eingetreten ist. Im Gegentheil, die klerikalreaktionäre Mehrheit in Preussen hat es Dank ihrer Schacherpolitik fertig gebracht, das elendeste aller Wahlsysteme noch elender zu gestalten und seinen plutokratischen Charakter noch sichtbarer zu machen. Die sich aus den Miquel'schen Steuergesetzen ergebende Wahlreform bedeutet im Grossen und Ganzen eine weitere Einschränkung des Wahlrechts der unteren Klassen und eine neue Begünstigung des ostelbischen Junkerthums. Erstere wird, wenn wir die Drittelung nach Urwahlbezirken mit allen sich daraus ergebenden Widersprüchen ausser Acht lassen, hauptsächlich dadurch erreicht, dass diejenigen Wähler, welche keine Staatseinkommensteuern zahlen und für welche 3 Mk. in Anrechnung gebracht werden, in Zukunft auf die dritte Klasse beschränkt bleiben sollen, und der Vortheil des Junkerthums ergibt sich aus der Bestimmung, dass jetzt in Orten, in denen direkte Gemeindesteuern nicht erhoben werden, an deren Stelle die ausser Hebung gesetzte Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer angerechnet wird. Also auf der einen Seite die Unmöglichkeit weiter Volkskreise, in eine höhere Stufe aufzurücken, auf der anderen Seite die Aufstellung eines nur in Preussen denkbaren Grundsatzes, wonach den wohlhabenden Gutsbesitzern des Ostens eine Steuer, die ihnen erlassen ist, voll angerechnet wird!

Und dabei hätten die Herren wirklich nicht nöthig gehabt, soviel kostbare Zeit auf die Verringerung der Rechte des arbeitenden Volkes zu verwenden, da der natürliche Gang der Dinge ihnen schon von selbst zu Hilfe kommt. Wozu denn der ökonomischen Entwicklung noch nachhelfen, wenn sich aus derselben schon zur Genüge ergibt, dass die grösseren Vermögen von Jahr zu Jahr in weniger Händen konzentriert sind und dass infolgedessen der Antheil der ersten Klasse an der Gesamtzahl der Urwähler sich regelmässig verkleinert, während der der dritten Klasse in demselben Maasse zunimmt; mit anderen Worten: Das Gewicht eines Urwählers erster Klasse ist im fortwährenden Steigen, das eines Urwählers dritter Klasse im fortwährenden Abnehmen begriffen.

Auf die drei Abtheilungen vertheilt sich die Gesamtzahl der Urwähler derart, dass auf die

	1849.	1855.	1858.	1861.	1862.	1863.	1866.	1867.	1888.	1893.
I. Abth.:	4,72	5,02	4,80	4,73	4,65	4,46	4,20	4,28	3,62	3,52
II. „	12,59	13,86	13,42	13,49	13,36	12,78	12,34	12,18	10,82	12,06
III. „	82,69	81,09	81,78	81,77	81,98	82,76	83,45	83,54	85,56	84,42

Prozent sämmtlicher Urwähler entfielen.

Die Ursachen des Schwankens in der zweiten Klasse können für unsere Betrachtungen ununtersucht bleiben.

Die Wirkung des vorhin erwähnten Mittels, nämlich die Einsetzung eines Steuerbetrages von 3 Mk., offenbart sich auf dem Lande anders, als in den Städten; dort sind jetzt die erste und zweite Abtheilung stärker, hier hingegen beide schwächer besetzt als früher. In Berlin speziell zählte man:

1849 in der I. Abth.	3,1 0/0	in der II. Abth.	9,4 0/0	in der III. Abth.	87,5 0/0
1855 " " "	3,7 0/0	" " "	10,7 0/0	" " "	85,6 0/0
1888 " " "	1,9 0/0	" " "	8,1 0/0	" " "	90,0 0/0
1893 " " "	1,7 0/0	" " "	8,2 0/0	" " "	90,1 0/0

Für die unbemittelteren Klassen sind demnach die Aussichten, unter dem Dreiklassenwahlsystem einen massgebenden Einfluss auf die Zusammensetzung der gesetzgebenden Körperschaft zu gewinnen, in stetem Abnehmen begriffen.

Ein rein äusserlicher Anlass ist es, der plötzlich die Debatte über die Wahlbetheiligung der Sozialdemokratie wieder eröffnet und die Ansichten so sehr geändert hat. Es ist richtig, dass uns die Vereinsgesetznovelle die reaktionären Gelüste der preussischen Regierung und die hieraus der Arbeiterschaft drohenden Gefahren deutlich vor Augen geführt hat. Aber um den Beweis zu liefern, dass in der preussischen Regierung auch nicht eine Spur liberale Geistes ist, dazu hätte es wahrlich nicht erst dieser Novelle bedurft. Und wären denn wirklich die Aussichten für das Zustandekommen des Gesetzes geringere, wenn die Sozialdemokratie sich bereits an den Wahlen des Jahres 1893 betheiligt hätte? Keineswegs. Wer das glaubt, der verkennt vollkommen die Situation, in der wir uns befinden. Welche Gestalt die Regierungsvorlage schliesslich annehmen wird, lässt sich ja heute noch nicht übersehen, aber soviel steht fest, dass sie in ihrer ursprünglichen Form endgiltig gescheitert ist. Es bestehen nur noch die beiden Möglichkeiten: entweder, das Herrenhaus erklärt sich mit der Fassung, die das Gesetz vom Abgeordnetenhaus erhalten hat, einverstanden, oder aber es nimmt Aenderungen im Sinne der Anträge des Frhrn. v. Zedlitz vor; im letzteren Falle muss die zu einem kleinen Sozialistengesetz umgestaltete Vorlage noch einmal dem Abgeordnetenhaus zugehen, und dann werden nicht nur beide konservative Parteien, sondern unzweifelhaft auch das Gros der Nationalliberalen dem Entwurf zustimmen. Lassen doch die bei der zweiten Lesung gehaltenen Reden der nationalliberalen Abgeordneten Schmieding und Dr. Sattler keinen Zweifel, dass diese Herren nur darauf lauern, seitens der Regierung das Einverständniss mit einem Ausnahmegesetz für Preussen zu vernehmen. Nur aus rein formalen Bedenken haben die Nationalliberalen die Zedlitz'schen Anträge verworfen.

„Vor allen Dingen aber wünschen wir,“ so äusserte sich der Abg. Schmieding, „dass, wenn gegen die Sozialdemokratie auf gesetzlichem Wege vorgegangen werden soll, dann man eine solche Materie nicht so nebenbei regelt. Dann halten wir es für die Aufgabe der Regierung, die Initiative zu ergreifen, dann muss sie den Muth haben, uns zu sagen: es sind wieder Zustände eingetreten, wo wir ohne ein Sozialistengesetz nicht fertig werden können. Dann hat sie die Verantwortung zu tragen, und dann haben wir uns zu überlegen, ob wir die Initiative der Königlichen Staatsregierung folgen können?“

Und um die Haltung der Nationalliberalen noch deutlicher zum Ausdruck zu bringen, sprach sich der zweite Parteiredner, Abg. Dr. Sattler, dahin aus:

„Wir haben in Betreff des allgemeinen Vereins- und Versammlungsrechts bereits auf unserem letzten Parteitage erklärt: wir wollen keine reaktionäre Zurückbildung des allgemeinen Vereinsrechtes, weil wir nicht wollen, dass unter der Bekämpfung einzelner gefährlicher Strömungen die allgemeine Freiheit der Entwicklung leidet. Aber, meine Herren, wir haben durchaus nicht erklärt, wir halten jede Ausnahme-gesetzgebung auf diesem Gebiete für unbedingt verwerflich, wenn uns nachgewiesen wird, dass dieselbe erforderlich ist, um den Staat zu schützen“... „Aber die Verantwortung für einen solchen Schritt, der in dem Betreten des Bodens der Ausnahme-gesetzgebung besteht, soll keine andere Potenz, keine andere Institution haben, als die Regierung. Diese soll sie selber tragen. Wir sind nicht dazu da, im Parlament das Odium auf uns zu nehmen, welches in einem solchen Schritte liegt; sondern das Odium auf sich zu nehmen, ist die Verpflichtung der Staatsregierung.“

Hiernach unterliegt es keinem Zweifel, dass mit dem Augenblicke, wo die Regierung ihr Einverständnis mit der vom Herrenhaus etwa zu einem Spezialgesetz gegen unsere Partei umgestalteten Vorlage erklärt, die Mehrheit der Nationalliberalen dafür stimmen wird. Dann aber ist die Majorität für das Zustandekommen eines solchen Gesetzes eine so grosse, dass wir, selbst wenn wir durch unsere Antheilnahme an den letzten Wahlen die Gegenpartei um ein halbes Hundert Stimmen — und ich halte diese Zahl eher für zu hoch als für zu niedrig gegriffen — verstärkt hätten, doch in der Frage des Vereinsgesetzes nichts erreicht hätten. Man höre also auf, der Sozialdemokratie die Schuld daran beizumessen, dass die Regierung überhaupt mit einem solchen Gesetze hervortreten konnte. Eine einfache Darstellung der thatsächlichen Verhältnisse beweist, wie unbegründet dieser Vorwurf ist, dem wir wiederholt in bürgerlichen Blättern, u. A. in dem Leitartikel der „Welt am Montag“ vom 24. Mai, begebenen.

Wenn demnach auch unsere Betheiligung an den Wahlen für diesen einen Fall höchst gleichgiltig gewesen wäre, so bleibt doch die Frage offen, ob nicht eine parlamentarische Vertretung der Arbeiterklasse im preussischen Landtage in anderer Beziehung erwünscht wäre, und diese Frage muss Jeder unbedingt bejahen, der sich darüber klar ist, welche wichtigen Aufgaben der Landtag zu erfüllen hat. Es ist ein Irrthum, zu glauben, dass seitdem die sozialpolitische Gesetzgebung dem Reiche überwiesen ist, die Landtage zur völligen Bedeutungslosigkeit herabgesunken sind. Wenn speziell der preussische Landtag, abgesehen von einigen reaktionären oder agrarischen Gesetzen, in den letzten Jahren nichts zu Stande gebracht hat, so liegt das vor Allem daran, dass das Niveau des Hauses ein so tiefstehendes ist, wie das keines anderen Parlamentes der Welt. Welche Fülle von Aufgaben ihrer Erledigung durch den Landtag harren, das beweist u. A., dass im „Kulturstaat“ Preussen noch vor wenigen Jahren $1\frac{1}{2}$ Millionen Kinder in überfüllten Volksschulclassen sassen, also einen Unterricht empfangen, der nach keiner Richtung hin befriedigende Resultate liefern konnte. Es sei ferner erinnert an die jämmerliche Besoldung der Volksschullehrer, die erst jetzt eine geringe Aufbesserung erfahren haben, es sei hingewiesen auf die Regelung des Sanitätswesens, auf die Handhabung der Justiz u. A. m. Alles dies gehört zur Kompetenz des Staates. Dazu kommt, dass der preussische Staat als Arbeitgeber eine grosse Anzahl von Arbeitern im Eisenbahnbetriebe und im Bergbau beschäftigt und dass in fast allen Zweigen

der Verwaltung zahlreiche Unterbeamten thätig sind, deren Lage eine dringende Aufbesserung erheischt. Hier eröffnet sich für eine wirkliche Volksvertretung ein Feld ausgiebigster Thätigkeit. Aber selbst wenn das Abgeordnetenhaus durch den anderen gesetzgeberischen Faktor, das Herrenhaus, an positiven Leistungen gehindert würde, so könnte doch eine starke Arbeitervertretung durch die Abwehr volksfeindlicher Bestrebungen, durch die Verhinderung der Gewährung von immer neuen Liebesgaben an die „Nothleidenden“ auf Kosten des steuerzahlenden Volkes, vor Allem aber durch eine Kritik der jetzigen Zustände, ganz Bedeutendes erreichen. Sässe auch nur ein einziger Sozialdemokrat im Abgeordnetenhaus, so hätten, um nur wenige Beispiele aus der jetzigen Session zu erwähnen, die Debatten über die im Prozesse Leckert - v. Lützwow enthüllten skandalösen Zustände nicht einen so oberflächlichen und zahmen Charakter annehmen können, dann hätte sich aller Wahrscheinlichkeit nach an die Erörterung des bekannten Hildesheimer Begnadigungsprozesses eine Debatte über die Handhabung des Begnadigungsrechts im Allgemeinen angeknüpft, die sich den Verhandlungen des Reichstages über die Majestätsbeleidigungen würdig an die Seite gestellt hätte, dann hätte das Haus nicht so leicht über den Fall Arons hinweggehen können, dann wären namentlich die schmachvollen Angriffe auf die Freiheit der Wissenschaft in energischerer Weise abgewehrt worden.

Die jetzige Opposition im Abgeordnetenhaus, die freisinnigen Parteien, haben es leider durch eigene Schuld allmählich soweit kommen lassen, dass die Kritik, die sie von Zeit zu Zeit üben, völlig wirkungslos verhallt. Das einzige, von den Gegnern gefürchtete Mitglied, Herr Richter, beehrt lieber den Reichstag mit seiner Anwesenheit, wo sich ihm ein besserer Raisonanzboden für seine Reden bietet, und der Führer der weiblichen Linie, Herr Rickert, hat es, obwohl er manchmal ganz treffende Gedanken hat, denen auch wir unbedingt beistimmen könnten, durch sein ans Clownartige streifendes Verhalten dahin gebracht, dass er von Niemandem mehr ernst genommen wird. Wie wenig Verlass auf diese Partei ist, beweist, dass der Vertreter der Freisinnigen in der Budgetkommission, der Abg. Ehlers bei der Beamtenbesoldungsvorlage, seinen ausschlaggebenden Einfluss dazu missbraucht hat, sich den Konservativen gefällig zu erweisen, was ihm freilich ein Lob des Grafen von Limburg-Stürum und des Finanzministers eingebracht hat, aber seine Wähler kaum befriedigen dürfte.

Kann somit kein Zweifel darüber bestehen, dass eine Vertretung des arbeitenden Volkes im preussischen Landtage erwünscht, ja sogar nöthig ist, so fragt es sich doch, ob wir die Möglichkeit besitzen, auf eigene Faust auch nur einen einzigen Sozialdemokraten ins Parlament zu entsenden. Leider giebt uns die amtliche Wahlstatistik keinen Anhalt, um diese Frage zu entscheiden, aber das steht ohne Weiteres fest, dass die Aussichten für uns äusserst geringe sind. Nicht nur, dass unter Umständen die ganze Arbeiterklasse eines Bezirks weniger zu sagen hat, als ein Vertreter der Geldsacksinteressen, wird auch durch das komplizierte System weiten Kreisen der Bevölkerung bis weit hinein in das Bürgerthum das Wählen geradezu vereckelt. Der eventuelle Verlust eines vollen Arbeitstages und

die Oeffentlichkeit der Stimmabgabe sind wohl hauptsächlich Schuld an der schwachen Wahlbetheiligung. Haben sich doch im Herbst 1893 an den Landtagswahlen in Berlin nur 14,5% der Berechtigten, an den Reichstagswahlen desselben Jahres hingegen 72,1% betheiligt, ein Beweis, dass nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch Anhänger bürgerlicher Parteien die Parole der Wahlenthaltung befolgt haben.

Die schlechten Aussichten, die uns das Dreiklassenwahlssystem eröffnet, sind es nun, die Bernstein, Kautsky, Arons u. A. zu dem bekannten Kompromissvorschlage veranlasst haben. Es wird verlangt, dass sich die Sozialdemokratie an den Wahlen betheiligt und zunächst so viel Wahlmänner wie möglich durchbringt, dass aber in den Kreisen, wo unsere Wahlmänner den Ausschlag geben, zwischen Liberalen oder linksstehenden Zentrumsleuten und Konservativen, eine Vereinbarung mit ersteren dahin getroffen wird, dass sie für unseren und wir für ihren Kandidaten stimmen und so den Konservativen aus dem Felde schlagen.

Es ist richtig, dass wir durch Wahlenthaltung die Reaktion stärken, aber es fragt sich, was für uns von grösserer Bedeutung ist, ein Anwachsen der konservativen Partei oder das Aufgeben eines wichtigen Prinzips, wie es thatsächlich die Folge eines solchen Schachergeschäftes sein würde. Freilich wird von anderer Seite betont, dass es sich garnicht um ein Prinzip, sondern um eine Frage der Taktik handelt, wie wir sie auch bei Stichwahlen für den Reichstag wiederholt eingeschlagen haben. Wer so argumentirt, der vergisst leider, dass zwischen diesen beiden Fällen doch ein gewaltiger Unterschied besteht. Bei den Wahlen zum Reichstage haben wir niemals von vornherein auf die Aufstellung eigener Kandidaten verzichtet, wir haben bei den Hauptwahlen stets unsere prinzipielle Haltung gewahrt und sind höchstens bei Stichwahlen für den Kandidaten einer bürgerlichen Partei eingetreten; niemals aber haben wir uns auf ein Schachergeschäft eingelassen und etwa als Gegenleistung gefordert, dass die betreffende Partei in einem anderen Falle unseren Kandidaten unterstützt. Eine solche Politik würde die Massen irre machen und grosse Gefahren in sich bergen. Und wer garantirt uns denn dafür, dass, wenn ein Bündniss, wie es Bernstein vorgeschlagen hat, zu Stande kommt, dann die bürgerliche Partei uns gegenüber ihr Versprechen hält, dass sich ihre Wahlmänner uns zu Liebe Massregelungen und Unannehmlichkeiten aller Art aussetzen!

Man berufe sich auch nicht auf das Beispiel der ehemaligen demokratischen Partei, die auf dem Kongress zu Koethen am 11. Juni 1849 die Wahlenthaltung beschloss, aber später selbst diese Taktik als unrichtig anerkannt und aufgegeben hat. Für sie handelte es sich wirklich nur um eine Frage der Taktik, die sie sofort geändert hat, als sie zu der Einsicht kam, dass die Nichtbetheiligung an der Wahl eine reaktionäre Mehrheit schuf. Der Unterschied zwischen dieser Partei und der unsrigen besteht eben darin, dass sie aus eigener Kraft eine grosse Anzahl von Kandidaten durchbringen konnte, während uns die Möglichkeit hierzu so gut wie genommen ist. Für sie stellte sich die Frage garnicht so, ob sie ein Prinzip aufgeben, sondern ob sie eine als falsch erkannte Taktik noch weiter befolgen sollte. Die Taktik aber muss man in jedem Stadium

des Kampfes ändern können, während man ein wichtiges Prinzip nicht ohne schwerwiegende Gründe opfern darf.

Und welche Schwierigkeiten ergeben sich erst in der Praxis aus einem Kompromiss! Bis auf Weiteres fallen die Wahlen zum Abgeordnetenhaus mit denen zum Reichstage zeitlich zusammen. In einer Reihe von Wahlkreisen kommt es bei den Reichstagswahlen zu einer Stichwahl zwischen Freisinnigen und Sozialdemokraten; hier wird also der Wahlkampf zwischen diesen beiden Parteien am heftigsten toben. Sollen nun etwa Diejenigen, die sich eben noch bei den Reichstagswahlen bis aufs Messer bekämpft haben, wenige Monate später bei den Landtagswahlen brüderlich Arm in Arm gehen? Werden uns dadurch nicht die besten Waffen im Kampfe entzogen, werden dann nicht alle Diejenigen, die noch nicht überzeugte Anhänger unserer Partei sind, aber trotzdem für unseren Kandidaten bei geheimer Abstimmung ihren Zettel in die Urne werfen, uns untreu werden, ja, wird uns dann nicht möglicherweise ein sonst sicheres Reichstagsmandat verloren gehen? Um einen so theuren Preis aber möchte ich ein Landtagsmandat auf keinen Fall erkaufen.

Wenn ich so mit aller Entschiedenheit vor einem Kompromiss mit irgend einer bürgerlichen Partei warne, und wenn ich ferner der Ueberzeugung Ausdruck gegeben habe, dass wir kaum Aussicht haben, ohne fremde Hilfe ein Landtagsmandat zu erringen, so mag es vielleicht absurd erscheinen, dass ich trotzdem einer Betheiligung der Sozialdemokratie an den Landtagswahlen das Wort rede. Was mich zu diesem Schlusse zwingt, ist die Thatsache, dass es uns bisher nicht möglich war, eine rege Agitation für die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in allen Einzellandtagen zu entfalten. Für eine Agitation unter den Massen brauchen wir eben ganz bestimmte Anknüpfungspunkte, an denen es uns bis jetzt noch fehlt, da wir bisher wohl oft genug theoretisch darauf hingewiesen, aber niemals praktisch die Probe auf das Exempel gemacht haben, dass es für die Arbeiter unmöglich ist, unter der Herrschaft des Dreiklassenwahlsystems in den Landtag zu gelangen. Erst durch ein Eintreten in den Wahlkampf liefern wir den unanfechtbaren Beweis, dass zwar nach der Verfassung alle Preussen gleich sind, dass aber in dem Augenblick, wo es sich um die Ausübung des höchsten Volksrechts handelt, für den grössten Theil der Bevölkerung dieses Recht nur auf dem Papier steht, und dass diejenige Partei, die in der Lage ist, sich im Reichstage, wenn auch nicht ihrer Grösse entsprechend, so doch in ansehnlicher Zahl vertreten zu lassen, im Landtage keine Möglichkeit besitzt, auch nur einigermaßen berücksichtigt zu werden. Wird diese Ungleichheit dem Volke vor Augen geführt, so steigt die Abneigung gegen das Dreiklassenwahlsystem, und anknüpfend an die hierdurch hervorgerufene Erbitterung wird unsere Agitation für die Abschaffung dieses Wahlmodus ganz andere Früchte tragen, als es heute der Fall ist. Wird die Agitation in dieser Weise betrieben, wird ferner von unserer Reichstagsfraktion immer wieder und wieder die Einführung eines vernunftgemässen Wahlsystems für die Landtage gefordert, so müssen wir mit der Zeit durchdringen. Was den Belgiern im harten Kampfe gelungen ist, was die Genossen in

Oesterreich in tapferer Ausdauer erreicht haben, das sollten auch wir durchzusetzen streben; nur müssen wir einen festen Punkt haben, an dem wir einsetzen können, und dieser Punkt ist uns gegeben, wenn wir den Massen auch durch Thatfachen ihre Rechtlosigkeit vor Augen führen. Die durch die Misserfolge bei den Wahlen hervorgerufene Erregung ist der Boden, auf dem unsere Agitation gedeihen wird.

Sind wir aber erst einmal in den Wahlkampf eingetreten, so wäre es eine grobe Unterlassungssünde, wenn wir nicht unsere Position nach Kräften ausnutzen wollten. In allen denjenigen Kreisen, in denen es von unseren Wahlmännern abhängt, welche bürgerliche Partei den Sieg davontragen wird, haben wir die Pflicht, zu zeigen, dass wir auch trotz des Dreiklassenwahlsystems unsere Macht zu gebrauchen verstehen. Wir selbst wollen da, wo wir nicht aus eigenen Kräften durchdringen können, auf ein Kompromiss mit den Gegnern verzichten, auch wenn wir dadurch einen oder den anderen Kandidaten unserer Partei durchbekommen könnten. Auf den Flügeln irgend einer bürgerlichen Partei ins Parlament zu gelangen, dazu sollte die Sozialdemokratie zu stolz sein; wohl aber werden unsere Gegner die ihnen von uns ohne Gegenleistung gewährte Unterstützung gern annehmen, und deshalb sollten unsere Wahlmänner da, wo sie den Ausschlag zu geben haben, das kleinere Uebel wählen. Ob sie für die Freisinnigen, für das Zentrum, ja unter Umständen selbst für einen Antisemiten stimmen oder sich überhaupt der Abstimmung enthalten werden, das hängt ganz von der politischen Lage, das hängt vielfach auch von den betreffenden Kandidaten ab, die sich gegenüberstehen. Stände es heute in meiner Macht, etwa zwischen dem Nationalliberalen Bueck oder dem Hospitanten der Konservativen, Stöcker, zu entscheiden, so würde ich, wie die Situation nun einmal ist, unbedingt dem Letzteren den Vorzug geben. Eine generelle Entscheidung kann hier von vornherein nicht getroffen werden, die Wahlmänner der einzelnen Bezirke müssen vielmehr von Fall zu Fall im Einvernehmen mit der Parteileitung die einzuschlagende Taktik beschliessen; niemals aber dürfen wir uns auf ein Schachergeschäft mit den Gegnern einlassen. Mit Recht weist Mehring¹⁾ darauf hin, dass bei einem Kompromiss mit den Freisinnigen diese die Trümpfe in der Hand haben, dass nicht wir ihnen, sondern sie uns „Daumschrauben“ anlegen. In eine so unwürdige Lage aber werden wir niemals kommen, wenn wir von einem Kompromiss Abstand nehmen und die Wahlbetheiligung hauptsächlich als Agitationsmittel betreiben.

Nun ist es aber, wenn auch ziemlich unwahrscheinlich, so doch nicht ganz unmöglich, dass wir durch irgend einen Zufall — und Zufälle spielen ja bei dem Dreiklassenwahlsystem eine grosse Rolle — in einem Kreise die Majorität der Wahlmänner erlangten und den Sieg davontrügen. Gerade die Drittelung in Urwahlbezirken trägt so sonderbare Früchte, dass auch das Unglaublichste zur Wahrheit werden kann. Wenn es beispielsweise in Berlin zwölf Bezirke giebt, in denen man mit 6 Mk. Steuern, sechsundzwanzig Bezirke, in denen man mit 9 Mk. und dreiunddreissig

¹⁾ Neue Zeit 1896/97, Bd. II, p. 291.

Bezirke, in denen man mit 12 Mk. in der zweiten Klasse wählt, wenn man ferner in einzelnen Bezirken mit 12 bis 26 Mk. sogar in der ersten Klasse wählen darf, warum sollte dieser „Gipfel des Widersinns“, wie es Schippel²⁾ treffend nennt, nicht auch einmal uns zu Gute kommen? Bestimmte Berechnungen lassen sich ja in dieser Beziehung nicht anstellen, da die versprochene genaue Wahlstatistik bisher immer noch nicht da ist, aber zum völligen Verzweifeln liegt durchaus kein Grund vor. Haben wir aber auf diese Weise ohne fremde Hilfe auch nur einen einzigen Kreis gewonnen, so ist das weit mehr werth, als wenn wir aus fünfzig Kreisen Vertreter von Freisinn's Gnaden ins Parlament entsenden würden.

Davor, dass ein etwaiger vollständiger Misserfolg den Anschein erwecken könnte, als ginge es mit unserer Bewegung bergab, brauchen wir keine Furcht zu haben, da ja hoffentlich die gleichzeitigen Reichstagswahlen den besten Gegenbeweis liefern. Wer von vornherein im Bewusstsein, dass er nicht siegen kann, in den Kampf eintritt, der wird vor Enttäuschungen bewahrt bleiben. Eine Niederlage, auf die wir gefasst waren, ist in agitatorischer Beziehung ein grösserer Gewinn für uns, als ein Scheinsieg, wie ihn unsere Gegner davontragen.

Der Hoffnung, dass ich durch meine Ausführungen die für unsere Partei sehr wichtige, aber auch sehr schwierige Frage gelöst habe, wage ich mich nicht hinzugeben, wohl aber glaube ich, zur Klärung der Ansichten beigetragen zu haben. Die endgiltige Entscheidung wird ja auf dem Parteitage getroffen werden. Möge sie ausfallen, wie sie wolle, das Vertrauen habe ich zum Parteitage, dass er die Ehre der Partei zu wahren weiss und nichts beschliesst, was die Sozialdemokratie auch nur einen Schritt vom Boden des Klassenkampfes abbringen würde.

Zola.

Von

Wilhelm Bölsche

(Friedrichshagen).

Zola aus der Tiefe der modernen Bewegung heraus — im ästhetischen wie im sozialen Sinne — an den richtigen Fleck zu setzen, fällt heute noch schwer. Schwer nicht deswegen, weil er ein verkannter Geist wäre, sondern schwer, weil er auf der vollen Ruhmeswooge seiner Zeit treibt. Weil er anerkannt und gefeiert wird von lärmenden, aber hohlen Kreisen, denen kein ernsthafter Kenner unserer ästhetischen wie unserer sozialen Dinge ein echtes Urtheil in diesen Dingen beimessen darf. Man muss den Dichter sich zurückerobern hinter dieser strahlenden Wolke, die ihn heute verzerrt; man muss auf die schlichten Wurzeln zurückkommen, die im innersten Kern seine Lebensarbeit gemacht haben und die sie zu etwas gemacht haben, was auch dem ganz ersten Beschauer, den kein Feuerwerk besticht und der unerbittlich nur an den grössten Problemen und Zielen seiner Gegenwart misst, immer wieder eine nachhaltige Achtung abgewinnt. Man muss gewisse Phasen, gewisse Arabesken seines

²⁾ Neue Zeit 1893/94, I., p. 115.

Erfolges ganz abziehen. Und man muss, glaube ich, auch noch ein Stück gewissermassen von dem lebendigen Menschen selbst wie eine belanglose Ranke herunterschneiden, um den wahren Menschen, mit dem der grosse Dichter untrennbar verknüpft ist, rein ins Gesichtsfeld zu bekommen. Der letztere Punkt gehört zu den schwierigsten.

Der Zola, wie er heute in Paris über das Boulevardpflaster wandelt, ist eine wunderliche Erscheinung, das Produkt eines Lebenslaufs, wie er eben nur in Paris möglich ist und wie er auch nur im Pariser Milieu gerechter Weise verstanden werden kann. Ein dicker Herr, dessen Bäumlein von manchem Tafelgenuss, in dessen Raffinements er Meister ist, Kunde giebt. Er wohnt in einem baroken Palast, dessen Bauunkosten selbst in den ungeheuren Geldsack der Rougon-Macquart-Einnahmen (Einnahmen aus Büchern wie „Nana“, das in 160 000 Exemplaren abgesetzt worden ist, ungerechnet Zeitungsabdruck und Uebersetzungen) Bresche gelegt haben. In diesem Schloss haust er, umgeben von kunstgewerblichen Schätzen aus alter und neuer Zeit, wie der alte Blaubart auf Gustav Dorn's ergötzlichen Zeichnungen. Er schläft in einem antiquarisch köstlichen Himmelbett gleich einem Fürsten von den Neigungen Ludwigs II. Wie ein wurmstichiger Landesvater, dem der Leibarzt alle halbe Stunden den Puls fühlen muss, so beschäftigt er sich unablässig mit seiner Gesundheit, er lässt sogar von einem Arzte einen ganzen Band über seine (übrigens kerngesunden) Leibesfunktionen schreiben. Und er redet, redet in allen freien Stunden ins Unendliche, zu Jedem, überall, über alle Tagesdinge bis zu den Mehrdingen im Himmel und auf Erden, von denen man sich nichts träumen lässt. Er fällt urbi et orbi abschliessende Urtheile über den Werth des Radelns, den er bei seiner Korpulenzanlage allerdings erfassen konnte, über die orientalische Frage, über das Wesen der Mystik, über die Zukunft, — durchweg ziemlich oberflächliche Urtheile, wie sie etwa nach dem Diner auch ein geistreicher Mann beim Zahnstochern und unter den ersten Symptomen des Verdauungsschläffeins von sich geben mag, die aber, in alle Blätter bis in die fernsten Provinzecken selbst des Auslandes als Offenbarungen Sankt Zola's verbreitet, oft wahrhaft grausig wirken. Und er „sitzt vor“, er klingelt und redet (mit äusserst dürftiger oratorischer Gabe) im Präsidium der verschiedensten Institutionen und Vereine. Der Mann aus dem grossen Himmelbett geizt nach der grünen Palmfrack-Maskerade der Akademie. Wie sein Kollege Daudet, der von seinem hoffnungslosen Siechenlager allerdings mit Neid auf das frohe Lebensbäumlein des Meisters von Medau schauen mag, spottet: er würde auf Verlangen Vorsitzender in jeder Verbindung der Welt werden, und sollten ihn selbst die Nachtwächter zu ihrem Ehrenpräsidenten machen.

Nun muss man sich aber auf die Prämissen dieser kuriosen Tagesexistenz besinnen. Zola ist tief von unten heraufgekommen. Nicht im Sinne, dass er jetzt grobe Parvenu-Eigenschaften zeigte, das ist ein ganz verkehrter Schluss. Denn auch in seinen sozial elenden, fast verzweifelten Anfängen war er Alles eher als ein Durchschnittstypus: er war von Haus aus eine sensitive, feine, sogar melancholisch-zarte, träumerische Poetennatur, mit dem Mal des Genies, das für immer aus der rohen Dutzendlinie, die allein später zum ganz widerwärtigen Parvenutypus führen kann, wegleitete. Dieser junge Poet kam nun durch soziale Fügung in die dreckigste Situation. Ein paar Jahrzehnte von dem Mann im antiquarischen Himmelbett eines Palastzimmers zurück: und es erscheint

der verhungerte Litterat im grossen Maelstrom Paris. Er liegt Tage lang bei gesundem Leibe im Bett, weil er seine Kleider bis aufs Hemd versetzt hat. Er fängt an einer Leimrute vor dem Fenster Spatzen, die er sich als Mittagessen brät. Das Fenster natürlich ein Dachfenster, „alle Treppen“ hoch, mit dem Ausblick auf das ungeheure, melancholische Dächermeer, aus dem die Thürme wie glitzernde Segel steigen und über das die ziehenden Wolken ihre Schatten schweifen lassen, — jenes Bild, das er selbst später so unvergleichlich in *Une page d'amour* gezeichnet hat. Aus dem melancholischen Träumer wurde allmählich ein Stürmer und Dränger, der alle Bitterkeit seiner sozialen Nothlage im Zwange seiner Poetenanlage umsetzte in ästhetische Kritik, eine vernichtende Kritik der Kunstwege und Kunstziele seiner Zeit und Umgebung. Sobald er sich hierzu energisch aufgerafft, war zwar noch nicht seine wirthschaftliche Existenz gerettet, wohl aber hörte die völlige Vereinsamung auf. Es fand sich ein Kreis Gleichgesinnter, zum Theil aus ganz anderer Lebensbahn kommend, aber in der Absicht verwandt gestimmt. Sie scharten sich um einen Aelteren, der schon einer Generation vorher neue Kunstideale gepredigt hatte, der aber jetzt erst von dieser Jugend gleichsam wieder neu entdeckt wurde: Flaubert. Auch das Frische, Grosse, echt Ideale dieses ersten zielbewussten Naturalistenkreises hat Zola selbst am besten geschildert, in den fast memoirenhaft warmen Szenen seines *L'Oeuvre*. In diesem meisterhaften Roman, vielleicht immer noch Zola's reinster, tiefster Schöpfung, werden zwei Typen besonders scharf gekennzeichnet. Der Künstler, der seinem neuen Ideal in allen Kämpfen treu bleibt, aber, in einem unberechneten Manko eigener Kraft, das die Rechnung kreuzt, inmitten des Kampfes elend und tragisch zusammenbricht. Und der Renegat, der die hohe Sache verlässt, sich der Mode in die Arme wirft und ein grosser Mann und Millionär wird auf Kosten des revolutionären Kunstideals seiner Jugendzeit. Keiner dieser Typen ist Zola ganz, wie er in der Folge wurde. Die Charaktere, die das wirkliche Leben schmiedet, sind eben unendlich verwickelter als die Schemata selbst einer anspruchsvoll „realistischen“ Dichtung. In dem Zola der Wirklichkeit sollten Züge von dort wie von hier verwachsen, und das Produkt war ein ganz Neues und Drittes.

Schon der alte Flaubert, eine echte Faust-Natur und als Dichter der Vater der ganzen französischen Naturalistenschule, soweit sie zielbewusst war, war ein Grübler gewesen, der inmitten der Praxis unablässig über Theorie der Kunst nachsann. In Zola gewann das eine Zeit lang dominirende Macht. Er konstruirte sich eine Kunst der absoluten Wahrheit, die im schärfsten Sinne die „neue Kunst“ sein sollte. Alles goss er in dieses Rezept hinein: seinen vom wirthschaftlichen Elend aufgestachelten allgemeinen Hass gegen die grossen Lügen unserer Zeit, seine Aufklärung in religiösen Dingen, sein Wissen und seine Begeisterung im Gebiet der exakten naturwissenschaftlichen Methode, wie sie beide ihn erfasst hatten als echt modernen Menschen, der nicht blos im stillen Kämmerlein dichtete, sondern von der ganzen Hölle des modernen Tages bis in jede Faser durchleuchtet, aufgerüttelt, zum freieren Sehen fortgerissen wurde und fortgerissen werden wollte. Wunderliche Theorien, zum Theil unreif, überspannt, — aber doch mit grossen Gedankenblitzen und mit dem Zauber einer jener stolzen Forderungen der Unmöglichkeit, die so manchesmal die Kunst, die Philosophie, die moralische Menschheit auf's glücklichste angeregt und schliesslich doch im Möglichen ein kleines Stück wenigstens wirklich weiter

gebracht haben. Aber Zola blieb nicht bei der Theorie. Er suchte sie in Praxis zu setzen, er begann, materiell noch ein armer Kunstproletarier, mit eiserner Energie zu schaffen an der dichterischen Verwirklichung seines Ideals. Die Arbeit an dem Romancyklus der Rougon-Macquart hob an, ein Programm, ausreichend wie es schien für ein ganzes Menschenleben. Unter den äusserlich ungünstigsten Umständen erschienen die ersten Bände. Der Welt mit Ausnahme von ein paar wenigen Freunden und Mitsreitern erschien die Praxis, die da geboten wurde, noch grauer als alle Theorie. Es war zudem in den ersten Jahren nach dem Sturz von 1871, — man begreift, was es schon aus den allgemeinsten Umständen heraus heissen wollte, gerade in solchem Zeitmoment in Frankreich ein dichterisches Kulturgemälde von solcher furchtbaren Dürsterkeit anzufangen und auf — Erfolg zu rechnen. Hier taucht die Figur des unglücklichen Helden aus L'Oeuvre wie ein Schatten über Zola's Bahn auf. . . . Aber ihm fehlte das „Quentchen Gehirn“ nicht, das dort die äussere Tragödie jäh zu einer inneren macht. Wenig Menschen unter seinen Zeitgenossen ist wohl ein so sicheres, so unverwüstliches Gehirn von Natur zu Theil geworden, wie Zola. Er arbeitete, arbeitete, arbeitete — und hielt aus. „Meine Bücher wird wohl nie Jemand kaufen,“ sagte er bitter bei den kleinen Dinern, wo die Trompetenstimme Flaubert's dröhnte, und der Alte die jungen Genossen in ihren Misserfolgen zu trösten suchte mit dem Hinweis auf den grossen Selbstzweck aller echten Kunst. Aber nach gab Zola trotzdem nicht, es erschien Band um Band.

Und da, auf einmal, schlug das Schicksal um. Der Erfolg kam, mit aller Plötzlichkeit seiner Laune. War es die Erkenntniss, die nachträgliche, jähle Erleuchtung im Publikum, dass hier jenseits aller mehr oder minder extremen Theorie doch eine dichterische Kraft ohne Gleichen sich offenbare? War der wirkliche Held des L'Oeuvre, ausdauernder und gestünder als der des Romans, in reiner Arbeit am Ideal nun doch dahin gelangt, in die Rolle überzutreten, die der Roman dem Renegaten, dem Mode-Künstler, der sein Ideal um des Mammons willen verleugnet hat, zuerkennt?

Es lässt sich nicht leugnen, die Sache lag im Augenblick etwas anders. Ein paar sehr feine, sehr berufene, ins tiefste Herz der zeitgenössischen Kunstströmungen eingeweihte Geister hatten Zola bis gestern so gut wie allein geschätzt. Heute riss sich auf einmal das grösste Gros des ganz grossen Publikums um die neuesten Bände der Rougon-Macquart. Das konnte unmöglich ein normaler Uebergang sein.

Mit allen zehn Fingern ist denn auch alsbald von dem Chor der Dutzendkritiker und Dutzendlitteraturhistoriker darauf hingewiesen worden, wo der Sprung lag. Die Welt durchlief die Kunde, im Sündenbabel Paris, genährt durch alle Kloaken und Cancan-Tanzböden, sei ein Autor erstanden, der alle je gewagten Schweingeleien sexueller Art ins Gigantische überböte. Die sauberen Bücher betitelten sich „Die Rougon-Macquart“, Verfasser: Emile Zola. Was war geschehen? Man muss sich erinnern, dass Zola's dichterisches Schaffen von Beginn des Rougon-Macquart-Cyklus an nicht nur bewusst, sondern geradezu fanatisch im Dienste gewisser Kunsttheorien, Theorien extremer Art, stand. Der Kern aller dieser Theorien steckte in dem Satz von der absoluten, unverfälschten und unverblühten Wahrheit, die der Dichter zum Ausdruck zu bringen habe. In besonnener Fassung, die mit dem Wort „Wahrheit“ richtig hauszuhalten weiss, war diese Forderung uralte, und sie kam in Zola's Tagen

und bei ihm nur wieder einmal gleichsam wie „neu“ zum Durchbruch, — neu in dem Sinne, dass eine vorübergehende Epoche der Kunstdekadenz die alte Kardinalweisheit echten Schaffens zeitweise mit allerlei Schwindelästhetik und Schwindelpraxis überdeckt hatte, so dass diese jetzt erst wieder zur Auferstehung gelangte. Es war nur eine Konsequenz dieses allgemeinen Prinzips, wenn der Kunst als einer bestimmten Bethätigung menschlichen Wahrheitssinnes dabei auch wieder ein Recht gewahrt wurde, das man der anderen grossen Wahrheitsbethätigung, der Wissenschaft, längst bedingungslos einräumt: das Recht nämlich, Alles zu sagen ohne Rücksicht auf zufällige moralische Konvention und einen gewissen gesellschaftlichen „guten Ton“, — Alles, also auch in sexueller Hinsicht, sobald der Stoff und die allgemeinen Bedingungen sonst des Kunstwerks sexuelle Dinge berühren mussten. Auch diese Konsequenz war gleich dem Urprinzip nur zeitweise durch eine armselige Halbpoetenschule, die sich ihrer echten Rechte nicht bewusst war oder sie gar aus allerarmeligsten Geld- und Rufrücksichten dem Philister gegenüber verkauft und verleugnet hatte, etwas in den Hintergrund gedrängt worden, brach aber mit unmittelbarer Wucht jetzt ebenso wieder hervor. Zola vertrat sie, wie zu erwarten, mit einem Nachdruck, der nichts zu wünschen übrig liess. Der Stoff der Rougon-Macquart: Die Sozialgeschichte einer weit verzweigten, von Beginn an krankhaft belasteten und durch hundert gefährliche Milieus noch weiterhin unablässig bedrängten Familie im wilden Daseinskampfe unserer kapitalistischen Gesellschaft, führte mit absoluter Nothwendigkeit auch auf sexuelle Momente. Nichts konnte hindern, sie mit derselben minutiösen Methode wie die andern Ereignisse und Leidenschaften zur Darstellung zu bringen. Als der rechte Zeitpunkt in der Gesamtkomposition sich ergab, zuerst in der Faute de l'Abée Mouret, dann gröber im Assomoir, endlich als dominirendes Moment eines ganzen Bandes in Nana, da nahm Zola einfach die unmittelbarste, nackteste Farbe und malte los, malte sexuelle Nudifitäten genau so scharf hin, wie er seine faulen Käse im Ventre de Paris gemalt hatte. Und nun mag man je nach Bedarf sagen: es war ein Glück oder ein Unglück, — jedenfalls aber war es einfach ein unvermeidliches „Schicksal“, dass diese Konsequenz in einer ästhetischen Theorie eine Kraftwelle auslöste, die direkt allerdings als solche garnichts mit Aesthetik zu schaffen hatte. Die Lebemänner und Lebeweiber aller „Kulturnationen“ griffen nach den wilden Sexual-Fresken des Dichters, um den sie sich sonst, aus ästhetischem Feingefühl, den Teufel gekümmert hätten. Assomoir 136 Tausend Exemplare, Nana 176 Tausend, La Terre 113 Tausend.

Dazu ist aber noch eins zu sagen, ohne das die rechte Würdigung dieser Seite unvollständig bliebe. Es ist bei Zola niemals möglich, ihn in seiner Praxis ganz und wirklich mathematisch restlos aus seiner Theorie zu erklären. Die Theorie hat Einfluss, sogar grossen Einfluss auf ihn gehabt. Aber man mag nun ästhetischen Theorien noch so viel Werth beimessen: kein Mensch ist ein Dichter, weil er irgend eine oder selbst die beste ästhetische Theorie hat. Das eigentliche Können wächst denn doch noch aus einer anderen, tieferen, individuelleren Ecke, als das verstandeskalte Theoretisiren. Und eben deshalb, weil das so ist, giebt es keine echte Kongruenz zwischen Theorie und Praxis in der Kunst — auch nicht in demselben Menschen. Der Schaffende mag im Kopf noch so viel Theorie haben: sobald er schafft, beginnen Faktoren auf ihn einzuwirken, die ihm selbst unberechenbar sind und die ihn weit sogar von

seiner Theorie fortreiben können. Auch Zola's Leistung in seinen Dichtungen ist nie und nirgends das ganz echte Paradigma seiner Theorien geworden. Wenn man heute schon auf so vieles Einseitige, Uebertriebene, forciert Paradoxe seiner theoretischen Schriften zurückerblickt, auch bedenkt, wie er Vieles, was Andere, ihm Unbekannte lange vor ihm sehr viel besser gesagt hatten, eigentlich recht banal oder fragmentarisch sich selbst nur wie zum Nothbehelf wieder herangezimmert hat, — so muss man wohl sagen: es ist ein Glück, dass es so ist und nicht anders. Seine Dichtungen werden noch vermöge ihres Originalgrundes frisch und tief dastehen, wenn gar vieles seiner Aesthetik ganz anders berufene Umpräger gefunden hat. Hier setzen aber gerade Dinge ein, die für jene oben berührte Sachlage auch noch sehr wichtig sind.

Zola, der Theoretiker, schwärmt von einer bestimmten naturalistischen Wiedergabe der Dinge, die er möglichst wenigstens nach der objektiven Seite hinüberdrängen möchte. Sein bekanntes Wort redet zwar von „einem Stück Natur, gesehen durch ein Temperament“. Aber als Theoretiker möchte er dieses Temperament doch am liebsten soweit ausschalten wie möglich, da jede Hinneigung zu allzu starker Individualität des Poeten die „objektive“ Wiedergabe des Stückes Natur bedrohen könne. Zola, der Praktiker, ist nun eine sehr stark ausgeprägte Individualität. Er sieht nicht nur „durch“ ein Temperament wie durch Fensterglas, sondern das eigene Temperament ist bei ihm ein ganz gewaltig eingreifendes „Instrument“. Das Grundwesen dieses Instruments lässt sich am besten definiren als ein symbolistisches Vergrößerungsglas. Zola berührt sich hier auf's Engste mit Victor Hugo. Die einfachen Alltagsdinge wachsen ihm ins Kolossale. Und er belebt diese kolossalen Projektionen, indem er das einfache Alltagsleben durchgeistigt aus dem Bewusstsein grosser Zusammenhänge heraus: indem er die schlichten Dinge zu Symbolen erhebt. Hätte er diesen Zug in sich selbst klar genug erfasst, um ihn nachträglich in seine Theorie zu bringen, so würde die von ihm so streng behauptete Theorie des absoluten Naturalismus einen Stich nach der Romantik hin bekommen haben. Dem ist er theoretisch aus dem Wege gegangen. Aber darum schwindet die Sache nicht aus seiner Praxis. Jetzt muss man sich diesen Zug seiner Dichtungsart vergegenwärtigen vor sexuellen Stoffen. Zola's erotische Szenen wachsen durchweg weit über die „Wirklichkeit“ hinaus. Alle Dinge und Handlungen erscheinen wie gespiegelt von einer jener Vexirstuben eines modernen Panoptikums. Was ist aus der kleinen dummen Pariser Kokette, die sich vor dem Spiegel ihrer netten Formen freut, denen sie ihre materielle Existenz verdankt, geworden in Nana, um nur ein Beispiel zu erwähnen. Ich muss nun von mir selbst gestehen, dass gerade dieses ins Grosse Treiben, dieses romantische Symbolisiren, dieses weit über die Wirklichkeit hinaus Erfinden bei Zola mir selbst immer ein Dämpfungsmittel hinsichtlich der grob sexuellen, den ästhetisch-feinen Reiz überwuchernden Wirkungen gewesen ist. Aber ich verstehe sehr wohl, dass das nicht allen Lesern Zola'scher Romane so geht. Viele, die ästhetisch ganz grob veranlagt und unerzogen sind, werden erst durch die Uebertreibung auf das grob sinnliche Bild überhaupt gebracht, — und ihren Nerven, auf die ein schlichtes Bild der kleinen dummen Kokette, dichterisch vorgebracht, überhaupt noch nicht wirken würde, beginnen erst zu vibriren vor den symbolistisch ungeheuerlichen Fresko-Uebertreibungen einer Nana. Thatsache ist jedenfalls: was Zola, der Theoretiker, der (mit vollem Recht) seiner Kunst die absolute

Freiheit in der Behandlung sexueller Wahrheiten wahr, noch nicht ganz erreicht hat, dem hat Zola, der Praktiker, in dem der Symbolist, der Romantiker, der Schüler Victor Hugo's mit aller Theorie durchging, noch die Krone aufgesetzt, die Krone für jene Leserkreise, die ohne das erotische Element nie auch nur eine Hand für seine Bücher, seine Theorien, seinen Ernst und seine Ideale gerührt hätten. Ist das nun Glück oder Unglück? Ich sage nochmals: es ist Schicksal. Zola's Schicksal, aber nicht Zola's Schuld.

Erst inmitten der Hochwelle internationalen Bekanntwerdens, die dem sexuellen Gehalt der mittleren Bände des Rougon-Macquart-Cyklus entsprang, zeigte sich ganz langsam auch eine wirkliche Erweiterung jener echten, anfänglich auf den Flaubert-Daudet-Goncourt'schen Kreis beschränkten Achtung vor Zola's wirklich dichterischen und ideellen Verdiensten. Nachdem man einmal angefangen hatte, Zola zu lesen, gerieth der bessere Theil der Leser vor die Ueberlegung, ob hier nicht jenseits aller Erotik ein Dichter ersten Ranges erstanden sei. Und noch etwas in gewissem Sinne über den Dichter hinaus. Ein Kulturdarsteller von eminenter Kraft, von einer Wirklichkeitstiefe, die in dieser Art etwas ganz Neues, nie Dagewesenes war. Wer immer in Deutschland, in Russland, in Frankreich selbst seit Jahren nachgegrübelt hatte über die Technik, die innere Kunstform des Romans, der stand wie bezaubert vor dieser ganz originellen, aber zugleich ganz reifen, unendlich treffsicheren Methode. Der lyrische Zauber, der — aller objektiv naturalistischen Theorie zum Trotz — wie der eigentliche Geist über den Wassern schwebte, — der eherne Klang der Sprache, — der Farbenrausch, der zwar in grellen Würfeln herausknallte, aber gerade darin so echt modern, so ganz junge, eigene Malerei der Gegenwart war, — Alles war wie geschaffen, auch die schwach vagirenden Geister aufzuschütteln, sobald sie nur einmal eine gewisse Schwere der anfänglichen Entwicklung, ein gewisses Retardiren der Erzählung mit in Kauf genommen hatten, — es war aber auch geschaffen, die wirklich Sehenden, die ganze junge, ringende Künstlergeneration sowohl, wie die noch Regsamen, Unversteinerten unter den Alten aufs Höchste anzuregen und mitzureissen. Darüber hinweg aber noch: die Zeit, sozial tief durchwühlt und durchglüht wie sie war, fühlte das soziale Element dieser Romane. Schon *L'Assomoir* mit der Tragödie des arbeitslosen Arbeiters, der im Alkohol versank, wurde bis in ferne Kreise als soziale Dichtung einer ganz neuen, unerhört scharfen Art empfunden. Hier setzte eine Linie von Wirkungen, von Erfolgen ein, die mit dem sexuellen Faktor wahrhaftig nichts mehr zu thun hatten. Es kam *Pot-Bouille* mit der juvenalisch bitteren Satyre auf das ehrsame Pariser Bourgeoishaus. Und dann endlich *Germinal*, der tiefste soziale Roman des ganzen Cyklus, auch technisch der Höhepunkt. Keiner hat ein solches Buch vor Zola auch nur versucht. Noch heute, nach mehr als zwanzig Jahren, steht es da ohne Nachahmer. Nur Hauptmann's *Weber* lassen sich ihm stofflich und ideell vergleichen. Inmitten der Anfeindungen der Zeit war es nicht nur eine grosse dichterische Leistung, sondern es war auch schlechtweg eine That, ein solches Buch herauszubringen. Wäre — wovon keine Rede ist — der ganze sexuelle Gehalt der Zola'schen Romane in der Absicht des Autors wirklich nur ein schlaue berechneter Köder gewesen, um einen grossen Leserkreis zusammenzutrommeln, so würde man selbst dieses ganze Manöver entschuldigen müssen um des einen Erfolgs willen: des Erfolgs, dass eine unendliche Schaar von Menschen aller Stände unserer Kultur dabei

genöthigt wurde, dieses Buch „Germinal“ ganz durchzulesen und sich, mit oder ohne Willen, mit seinen Ideen — wahren „singenden Flammen“ im Sinne des Heine'schen Worts — zu durchsättigen.

Nach einer gewissen Spanne Zeit und einer gewissen Reihe weiterer Bände der Rougon-Macquart wurde deutlich, dass der letztere, echte Eindruck, der anfangs nur im Gefolge des erotischen Aufsehens aufgetreten war, anfang, die Situation zu erobern. Die moralischen Einwürfe verstummten. Zola wurde eine litterarische Macht auch im reinsten, unanfechtbarsten Sinne. Wohl kam es gelegentlich beim Erscheinen von La Terre noch dazu, dass eine Anzahl zart besaiteter Litteratur-Jünglinge und Litteratur-Streber, die sich im ersten Eifer Zola als dem „Meister“ angeschlossen, Gewissensbisse bekamen und nachträglich wieder von wegen allzu grosser Schweinigelei die Heerfolge kündigen zu müssen glaubten, — eine armselige Komödie, die mich an eine alte Litteratur-Dame erinnert, die mir einmal sagte, sie habe im hohen Alter bei nochmaliger Lektüre gewisser Verse nun doch eingesehen, dass Goethe ein Schwein gewesen sei und aus dem Gesichtskreise „anständiger“ Menschen verbannt werden müsse. So etwas ging rasch vorüber. Als aus Zola's Feder ein Roman über den Krieg von 1870/71 angekündigt wurde, war das Interesse an der Methode Zola's in der grossen Welt bereits so vorherrschend, dass dieser Roman, der so gut wie nichts an sexuellen Dingen enthält, die stärkste Auflage von allen des ganzen Cyklus: 187 000 Exemplare, also noch 11 000 mehr als Nana, 74 000 mehr als La Terre, erreichen konnte. Ebenso ging der religiöse, erotisch gänzlich ungepfefferte Roman Lourdes in der Folge mit der Zifferzahl weit über La Terre hinaus, ein deutlicher Beweis, dass Zola heute auch ohne jede sexuelle Zuthat wirkt.

So ist Zola „herauf“ gekommen. Er, dem das „Quentchen Gehirn“ des tragischen Helden aus L'Oeuvre nicht fehlte, hat die Millionen erreicht, die dort dem Renegaten zufallen, und das, ohne Renegat an seiner Idee zu werden. Er hatte eben Glück. Eine ins Extreme getriebene Kunsttheorie im Bunde mit einer subjektiven Anlage zu romantischer Uebertreibung, die einen Anderen ebenso gut ins blasseste Wasserblau und weitab von allem Gegenwartserfolg hätte verschlagen können, warfen ihn jäh in die stürmischste Erfolgswoge. Er trieb mit ihr hoch, hatte aber — ein Lohn des echten Goldes, das in ihm steckte — den grossen Gewinn, dass erst inmitten dieses Erfolges die Besten der Zeit erkannten, was wirklich in ihm war, so dass sein Massenerfolg nach und nach noch ein echter Kennererfolg wurde. Seltsames Glück! Wer will in dieser krausen Welt sich nicht freuen, wenn einmal ein Würdiger auf den obersten Sitz auch äusserlich kommt. Man sieht ja in die Fäden, sieht, wie dumm die Faktoren sind, die den ersten Ausschlag geben, — genug, um sich nicht werthlosen Hoffnungen an den Einzelfall hinzugeben, genug, um ein Gefühl zu behalten, wie im Narrenspiel unserer litterarischen Verhältnisse ebenso gut ein ebenbürtig Grosser oder noch Grösserer hätte verhungern können. . . . Die Kreuze ragen, wir wissen, welche Ersten im neunzehnten Jahrhundert in der Stille verblutet sind, demselben Jahrhundert, das Zola auf die Geldsäcke setzte. Aber trotz alledem! Nur muss man jetzt von hier eine gewisse Milde finden für die Schrollen, die heute in Zola's Person so aufdringlich zu Tage treten. Zola hat einmal von sich gesagt, es amüsire ihn, wie die Leute nach L'Assomoir und anderen starken Sachen ihn immer für den reinen Bluthund und Menschen-

fresser hielten; wenn sie wüssten, was er für ein friedlicher Kerl sei, der in seiner stillen Stube sitze und keine Fliege umbringen könne! Er hatte Recht. Das Robuste bei Zola ist, ich möchte nicht sagen, Pose, aber doch Litteratur, es ist nur in seinen Werken, nicht in seiner Person. Er ist ein weiches Poetengemüth, gutmüthig, unbeholfen, kein Parvenu, aber ein grosses Stück Kind im Leben. Und nun dieses endlose Feiern heute! Zola's Ruhm ist ein Stück Ruhm von Paris. Aber dafür will ihn Paris auch besitzen, es will mit ihm Reklame treiben. Eine wirklich eiserne Persönlichkeit, die die Welt überwunden hat, würde sich dem widersetzen, sie würde dabei immer kälter werden. Ein gutmüthiger weicher Kerl wie Zola, der jäh aus dem engen Poetenstübchen in ein Palais gerathen ist, reagirt gerade umgekehrt. Er will überall freundlich sein und entgegen kommen. Gerade weil er ein echter Poet ist, hat er sein Geld aber nicht auf dem Präsentierteller liegen. So nimmt er Surrogate, um den Leuten eine Freude zu machen, er kommt ins Schwätzen, schwätzt bis in die banale Phrase hinein. Und dann fassen sie ihn noch an seinen ganz kleinen Eitelkeiten. Zola, der grosse Dichter, der mit seiner Wahrheitsforderung der Welt die Spitze geboten, über den mehr schmutzige Brühe angeflossen als über irgend einen zweiten echten Künstler des neunzehnten Jahrhunderts, — und Zola, wie Daudet spottet, im Präsidium des Nachtwächter-Vereins. Wer nie in das Labyrinth von Poetenherzen gesehen hat, der versteht das nicht, der fühlt sich wahrscheinlich unendlich erhaben. Wer aber gelernt hat, wie nahe dort der Faust, der die Welt verführt und mit dem Teufel einen Bund schliesst, der Seele eines spielenden Kindes mit den Kindereien und Eitelkeiten eines Kindes wohnt, der wird die Dinge nicht schlimmer nehmen als nöthig ist, er wird blos lächeln. Die Welt ist ein wunderliches Ungethüm, halb Elephant, halb Maus, wie das Geschöpf im Märchen. . . .

Die Nachwelt wird nicht im Zweifel sein, was Zola seiner Zeit war. Von ihm datirt eine neue Epoche des Romans, von ihm, nicht von Balzac, nicht von Flaubert, so viel diese ihm vorgearbeitet haben. Zu einer Stunde, da der Roman in den Händen geschickter Spekulanten anfang, ein lustiger Sport wie das Radeln und Rudern zu werden, ein Sport, den man sich gefallen liess, den aber Niemand mehr ernst nahm, hat er wieder mit der ganzen Wucht seines Könnens der alten Förderung nachgestrebt, dass der Roman ein „Weltbild“ geben solle. In staunenswerther Arbeit hat er nach der Erkenntniss seiner Zeit gerungen. Nicht die paar naturwissenschaftlichen Lehrsätze, die er in seinen grossen Romancyklus hineinverflochten hat, wird man als solche ihm später besonders anrechnen — wer weiss, mit was für Augen schon die nächste Generation unsere Forscherweisheit von Vererbung und Aehnlichem ansehen wird, — aber das wird ihm nicht vergessen werden, wie er von Anfang an mit hoher Energie begriffen hatte, dass der moderne Dichter sich auch um solche Dinge kümmern solle, dass er thatsächlich im Vollbesitz des ganzen Materials seiner Zeit sein solle. Weil Zola das erkannt hatte, gerade darum ist er auch so weit in der sozialen Erkenntniss vorgedrungen, — zu jener Unbefangenheit, die in *Germinal* ihren Ausdruck gefunden hat und die ihm so treuen Beifall brachte und noch lange bringen wird: aus Kreisen, denen er praktisch wohl kaum sonst nahe gekommen wäre als der sensitive, ängstliche, individualistisch veranlagte Weltstadt-Poet, der er ist. Wenn die Rede darauf kam, hat er sich persönlich immer stark dagegen verwahrt, irgend einen

politischen Parteistandpunkt einzunehmen, der Dichter solle „objektiv“ sein und nichts darüber hinaus. Nun, bei ihm war das „Objektive“ in sozialen Dingen eben nicht eine blosse dichterische Pose, es steckte echt unbefangenes Anschauen der Wahrheit darin. Und so hat er, ob nun mit, ob ohne Willen, in dem Wirklichkeitsgemälde, das er von seiner Zeit entwarf, auch mit flammendem Wort die aufkeimenden Saaten grösserer menschlicher Freiheit geschildert. Um so besser, wenn das nicht subjektiv aus seinem Temperament kam, wenn er blos „photographirte“. Dann muss der Lenzhauch des Keimmonats Germinal wohl wirklich aus der Ackerfurche unserer Zeit steigen, — freuen wir uns dieser Zeit! Und drücken wir dem „Photographen“ die Hand.

Die „Gleichheit“ des deutschen Reichstagswahlrechtes.

Versuch einer Berechnung der Stimmwerthe der deutschen Reichstagswähler nach den Ergebnissen der Reichstagswahl vom 15. Juni 1893.

Von

Dr. August Winter.

(Königshütte.)

An die schönen Attribute des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechtes mit geheimer Stimmabgabe glaubt heute Keiner mehr, der da die Wirkung der jetzigen Wahlkreisgeometrie kennt und weiss, wie die Reichstagswahlen, zumal auf dem Lande, „gemacht“ werden. Unser Reichstagswahlrecht könnte, richtig gehandhabt, als leidlich demokratische Einrichtung gelten und ziemlich demokratisch wirken. Da es indess von einem Manne „dem deutschen Volke verliehen“ wurde, der mit wahrhaft demokratischen An- und Absichten nie auch nur das Geringste gemein gehabt hat, so konnte von vornherein nicht zweifelhaft sein, dass der demokratische Schein eben nur Schein war, und dass man, falls das Wahlrecht wirklich etwas demokratisch wirken sollte, mit allen Mitteln versuchen würde, ihm seine demokratischen Spitzen abzubrechen.

Das ist denn auch so ziemlich gelungen, wenn nicht ganz, so sicher nicht durch die Schuld der offiziellen und nichtoffiziellen Wahlfälscher. Die vielen und grossartigen Uebergriffe der Behörden in den Wahlzeiten werden nur zum geringsten Theile bekannt, und was besonders in Ostelbien, auf Gutshöfen nicht blos, sondern sogar in Dörfern und Städten, noch Alles möglich ist, davon haben die Städter in fortgeschrittenen Gegenden Deutschlands keine Ahnung. Die aus ostelbischen Wahlkreisen bekannt gewordenen krassen Fälle von Wahlfälschungen sind nicht etwa als Ausnahmen aufzufassen, sondern zeigen, was hier Brauch und Mode ist. Für die nächsten Wahlen sind übrigens, da wir im Zeichen der sich immer breiter machenden Reaktion stehen, noch mehr und

grössere Vergewaltigungsversuche der Wähler zu erwarten, als man sich vorher erlaubt hat.

Wir setzen als im Allgemeinen bekannt voraus, wie man die Allgemeinheit des Wahlrechtes zu beschneiden, die geheime Stimmabgabe illusorisch zu machen versucht, und wie die Thatsache, dass die Wahl direkt geschieht, vielen Wählern, die heerdenweise zur Wahl eines bekannten Kandidaten geführt werden, nichts nützt.

Nun haben aber alle Wahlfälschungsmanöver nicht verhindern können, dass die Sozialdemokratie, gegen die sie allein gerichtet waren, im Lande wuchs und im Reichstage eine immer stärkere Vertretung fand. Da rief man zunächst nach „Reformen“ des Wahlrechtes. Die „Grenzböten“ und andere Reformer schrieben eine sogenannte Interessenvertretung auf ihre Fahne, ohne zu bedenken, dass bereits der nach dem geltenden Wahlrechte gewählte Reichstag eine Interessenvertretung darstellt, und zwar eine Interessenvertretung, wie sie der bürgerliche Politiker gar nicht besser wünschen kann, da ca. 350 Abgeordnete die bürgerlichen und nur ca. 50 die proletarischen Interessen vertreten. Andere (Schreiber) schlugen vor, die angebliche Gleichheit der Stimmen „jedes gewöhnlichen Arbeiters“ mit der höchstihrigen durch Zusatzstimmen für Gebildete und Besitzende zu eliminiren. Weder diese noch andere Reformvorschläge fanden begeisterte Zustimmung. Begeisterung ist ja überhaupt nicht die Sache deutscher Philister.

Die Zeit der Reformen scheint jetzt auch auf dem Gebiete des Wahlrechtes vorüber zu sein. Mit der erstarkenden Reaktion ist man kühner geworden und verlangt bereits ziemlich offen die Abschaffung des geltenden Wahlsystems. Wir zweifeln an dem Erfolge der gegen das allgemeine Wahlrecht gerichteten Agitation, aber bei dem Molluskencharakter der meisten bürgerlichen Parteien und ihrer heillosen Angst vor der Sozialdemokratie sind wir nie sicher, was kommt.

Einstweilen haben wir jedoch noch das alte Reichstagswahlrecht. Wie gesagt, es ist arg verfälscht worden und fälscht daher die Wahlergebnisse, selbstverständlich zu Gunsten der staaterhaltenden Parteien. Bekanntlich sind die Sozialdemokraten bei der letzten Wahl so schlecht weggekommen, dass sie nicht einmal die Hälfte der Mandate erhalten hatten, die sie nach Massgabe aller für sie abgegebenen Stimmen erhalten mussten, d. h. die für die sozialdemokratischen Kandidaten abgegebenen Stimmen haben weniger Erfolg gehabt als die für bürgerliche Kandidaten abgegebenen, mit anderen Worten: sie haben einen geringeren Werth gehabt als diese.

Unsere Aufgabe soll es im Folgenden sein, diese im Allgemeinen bekannte Verkürzung des Stimmwerthes der Sozialdemokraten zahlenmässig festzustellen, auch die Werthe der für die bürgerlichen Kandidaten abgegebenen Stimmen zu berechnen und so die Illusion von der Gleichheit des Reichstagswahlrechtes mathematisch genau als solche darzuthun. Die „Gleichheit“ des Wahlrechtes bzw. die in ihr angeblich liegende Unsinnigkeit muss immer als „Begründung“ der Reform oder der Abschaffung herhalten. Diese Gleichheit existirt nicht, hat auch nie bestanden.

Absolute Gleichheit des Wahlrechtes besteht nur da, wo jeder Wähler durch die Stimmabgabe denselben Effekt erzielt, d. h. wo jeder

Wähler denselben Antheil an der Wahl eines Kandidaten seiner Partei hat und umgekehrt auf jedes Mandat dieselbe Stimmenzahl fällt.¹⁾

Zwei Umstände bedingen die Ungleichheit der Stimmen: das Majoritätsprinzip und die Verschiedenheit der Wahlkreisgrösse. Der Werth der Stimmen ist nach ihrem Effekt zu bemessen. Nun aber werden alle Stimmen, die für die in der Minorität gebliebenen Kandidaten abgegeben worden sind, vollständig werthlos. Träfe alle Parteien dasselbe Geschick in demselben Maasse, so wäre nichts dabei verloren, allein das ist nicht der Fall. Denn die Verbreitungsweise der Parteien ist eine sehr verschiedene. Einzelne, besonders das Centrum und die sogenannten partikularistischen Parteien (Polen, Elsässer, Welfen u. A.), sind nur in bestimmten Gebieten vertreten, hier aber in solcher Stärke, dass sie allen Gegnern gewachsen sind und wenig Minoritäten verlieren. Andere, vor allen anderen Parteien die Sozialdemokraten, sind über grosse Gebiete, über das ganze Reich, verbreitet, können aber nur in verhältnissmässig sehr wenig Wahlkreisen gegen ihre sich immer mehr vereinigenden Gegner aufkommen und die Majorität erreichen; sie verlieren also sehr viele Minoritäten. Somit verhindert die Wirkung des Majoritätsprinzips schon allein die Gleichheit der Stimmenwerthe und des Wahlrechtes. Dieser Mangel des Wahlsystems liegt in seinem Wesen.

Dazu kommt ein aus der Willkür der Behörden entspringender Mangel, der ebenfalls schon für sich allein die Gleichheit der Stimmwerthe aufzuheben geeignet ist: die verschiedene Grösse der Wahlkreise. Wäre an der ursprünglichen Bestimmung, für Bezirke von je ca. 100 000 Einwohnern einen Abgeordneten zu wählen, festgehalten worden, so hätte die gegenwärtige Wahlkreiseintheilung schon längst geändert werden müssen. Um das deutlichste Beispiel von der elenden Wahlkreisgeometrie zu geben, so müsste Berlin nicht mehr bloss in sechs, sondern in achtzehn Wahlkreise eingetheilt werden! Dieses Beispiel zeigt zugleich, weshalb man eine Neueintheilung der Wahlkreise scheut: aus Furcht vor Vermehrung der sozialdemokratischen Mandate. Gerade in Grosstädten und stark bevölkerten Industriegegenden, in denen die Sozialdemokratie besonders stark vertreten ist, ist die Zerlegung der allzu gross gewordenen Wahlkreise nothwendig geworden.

Die Ungleichheit der Stimmenwerthe in kleinen und grossen Wahlkreisen liegt darin, dass doch offenbar jede einzelne Stimme von etwa 5000 Wählern, die ihren Kandidaten „durchgebracht“ haben, mehr Wirkung und Werth hat, als jede einzelne Stimme von 50 000 Wählern, die in einem anderen Wahlkreise einen Sieg erfochten haben, und noch viel mehr Werth als die Stimme eines Wählers, dessen Partei unterlegen ist, obgleich sie es auf 20 000 Stimmen gebracht hat. Im ersten Falle haben die Stimmen der 5000 Wähler einen zehnmal höheren Werth, als

¹⁾ Diese absolute Gleichheit wäre nur möglich unter einem Proportionalwahlsystem, dessen Einführung zwar noch lange nicht zur Diskussion steht, u. E. aber für ein grosses Reich ebenso gut möglich ist, wie für ein kleines Gebiet. Aber auch beim Proportionalwahlsystem müsste selbstverständlich von der genau mathematisch richtigen Vertheilung der Mandate auf die Parteien abgesehen werden, da halbe, Drittels- und Viertelsabgeordnete oder Abgeordnete mit halben, Drittels- und Viertelsstimmen nicht zulässig sind.

die der 50 000 Wähler, im zweiten einen unendlich vielmal höheren Werth als die der 20 000 Wähler.

Die aus der Unterdrückung der Minoritäten und aus der Verschiedenheit der Wahlkreisgrösse folgende Ungleichheit der Stimmwerthe wollen wir nach den Wahlergebnissen der letzten Reichstagswahl mit zwei Beispielen belegen, von denen das erste besonders den ersten, das zweite den zweiten der die Ungleichheit erzeugenden Faktoren beleuchtet:

1. Die Polen haben mit ihren (siegreichen und unterlegenen) insgesamt abgegebenen 229 531 Stimmen 19 Mandate erobert, d. h. durchschnittlich mit 12 081 Stimmen 1 Mandat; die Sozialdemokraten haben auf ihre 1 786 738 Stimmen 44 Mandate erhalten, 1 Mandat auf durchschnittlich 40 608 Stimmen. Folglich haben die Polen verhältnissmässig fast $3\frac{1}{2}$ mal soviel Mandate auf ihre Stimmen erhalten als die Sozialdemokraten, oder die Stimmen der polnischen Wähler haben einen fast $3\frac{1}{2}$ mal so hohen Werth als die der Sozialdemokraten gehabt.

2. Im sechsten Berliner Wahlkreise sind 81 100 Stimmen abgegeben worden; im Wahlkreise Bingen-Alzey (in der Nachwahl) 7005 Stimmen. Das Resultat der Wahl ist in beiden Wahlkreisen: 1 Mandat. Folglich haben die Stimmen der Wähler des hessischen Wahlkreises einen $11\frac{1}{2}$ mal so hohen Werth gehabt als die der Berliner Wähler.

Diese beiden Beispiele stellen extreme Fälle dar, zeigen indess, bis zu welchem Grade das Majoritätsprinzip und die dem Wahlgesezt nicht mehr entsprechende Wahlkreiseintheilung die Gleichheit des Wahlrechtes stören und fälschen. Die Durchschnittsberechnung der Stimmwerthe der Parteien wird zeigen, wie wenig sich Gunst und Ungunst des Wahlgluckes ausgleichen.

Es genügt nicht, die Stimmwerthe der Wähler einiger Parteien mit einander zu vergleichen: es kommt darauf an, die Stimmwerthe der Wähler aller Parteien mit demselben Maassstabe zu messen und so alle unter einander vergleichbar darzustellen. Die sich ergebenden Zahlen müssen mit mathematischer Sicherheit die gesammte Gunst oder Ungunst des Wahlgluckes ausdrücken, dessen sich die Parteien erfreuen oder unter der sie leiden.

Zur Berechnung der Stimmwerthe der Wähler der verschiedenen Parteien bedürfen wir eines festen Maassstabes. Dieser Maassstab, der Normalstimmwerth, ergibt sich aus dem Verhältniss aller abgegebenen gültigen Stimmen zu der Anzahl aller Reichstagsmandate. 7 673 970 Stimmen sind insgesamt abgegeben worden; da 397 Abgeordnete gewählt wurden, so sind im Durchschnitt in einem Normalwahlkreise 19 330 Stimmen abgegeben worden. Es kommt hier noch nicht auf die Unterscheidung zwischen siegreichen und Minoritätsstimmen an, unter den 19 330 Stimmen des gedachten Normalwahlkreises können sich, ebenso wie unter den 7 673 970, auch Minoritätsstimmen befinden. Diese dürfen hier nicht abgezogen werden, weil dann ein Faktor ausser Rechnung gesetzt würde, der an der resultirenden Ungleichheit der Stimmwerthe einen wesentlichen Antheil hat: das Majoritätsprinzip.

Der Stimmwerth der Wähler eines Wahlkreises (oder einer Partei), in dem 19 330 Stimmen abgegeben worden sind, gilt als Normalstimm-

werth und wird mit der Werthzahl 1 bezeichnet. Nun *verhalten sich die Stimmwerthe umgekehrt wie die Wählermassen*, wie schon oben ersichtlich war; d. h. je grösser die Wählermassen sind, die in einem Wahlkreise oder von den Angehörigen einer Partei aufgeboden werden müssen, um ein Mandat zu erringen, desto geringer ist der Werth der einzelnen Stimmen, und umgekehrt. Der Stimmwerth der Wähler eines Wahlkreises, in dem z. B. 38660 Stimmen abgegeben worden sind, beträgt nur die Hälfte des Normalstimmwerthes, 0,50, da eine doppelt so starke Wählermasse nur dasselbe, ein Mandat, erreicht hat, wie die Wähler des Normalwahlkreises. Mathematisch ausgedrückt würde das so lauten: $38\ 660 : 19\ 330 = 1 : x$; $x = 0,50$.²⁾

Ein Beispiel aus der Praxis. Die Sozialdemokraten haben auf 1 768 738 Stimmen 44 Mandate erhalten, auf 1 Mandat entfallen somit 40 608 Stimmen. Setzen wir diese Stimmenzahl zu der Zahl der im gedachten Normalwahlkreise abgegebenen Stimmen, 19 330, ins Verhältniss, so erhalten wir: $40\ 608 : 19\ 330 = 1 : x$, d. h. der Stimmwerth der sozialdemokratischen Wähler Deutschlands beträgt: 0,48. Da wir den Stimmwerth des Normalwählers mit 1 bezeichnet haben, so beträgt der Stimmwerth der Sozialdemokraten noch nicht die Hälfte des Normalstimmwerthes, oder umgekehrt: was die unter normalen Verhältnissen wählenden Parteien mit einem Wähler erreichen, dazu bedarf die Sozialdemokratie mehr als zwei.

Wenn wir nach dieser Formel die Stimmwerthe der Wähler aller Parteien berechnen und diese nach der Grösse ihrer Stimmwerthe gruppieren (die Werthzahlen beigefügt), so ergibt sich diese Liste:

1) Polen:	1,60.	5) Welfen:	1,33.	9) Antisemiten:	1,17.
2) Elsässer:	1,35.	6) Deutsche Volkspartei:	1,28.	10) Nationalliberale:	1,03.
3) Dänen:	1,35.	7) Zentrum:	1,26.	11) Freis. Vereinig.:	0,97.
4) Konservative:	1,34.	8) Reichspartei:	1,23.	12) Unbestimmte:	0,87.
		13) Freis. Volkspartei:	0,70.		
		14) Sozialdemokraten:	0,48.		

Diese Tabelle ist äusserst lehrreich; einige ihrer interessantesten Seiten heben wir kurz hervor.

Reichsfeinde ringsum! An der Spitze marschiren als die „Meistbegünstigten“ die Polen, hinter ihnen die Elsässer und Dänen; das Endzieren als die Mindestbegünstigten die Sozialdemokraten. Polen und Sozialdemokraten als entgegengesetzte Pole; wie herrlich begünstigt doch das Wahlrecht die „Intelligenz“ gegenüber der blöden Masse!

²⁾ Eine andere, etwas umständlichere und in einer äusserlich etwas abweichenden mathematischen Form ausgedrückte Berechnung ergibt sich aus folgendem Gedankengange: im Normalwahlkreise mit 19 330 abgegebenen Stimmen hat jeder Wähler an der Wirkung der Stimmgabe, an der Erringung des einen Mandates, einen Antheil, der sich ausdrücken lässt durch einen Bruch mit dem Zähler 1 und der Wählermasse 19 330 als Nenner; die Antheile aller Wähler ergeben dann 1. Wo der Wähler also $\frac{1}{19\ 330}$ Antheil an der Wahl hat, beträgt der Stimmwerth 1. Dieser Bruch verkleinert sich, wenn die Wählermassen über 19 330 steigen und umgekehrt. Die Stimmwerthe stehen hier zu diesen Brüchen, den umgekehrten Zahlen der Wählermassen, im geraden Verhältniss:

$$\frac{1}{19\ 330} : \frac{1}{38\ 660} = 1 : x; x = 0,50.$$

Man kann ohne Zwang in der Rangordnung der Parteien drei Abtheilungen unterscheiden: die partikularistischen³⁾ und rein reaktionären Parteien (1—9), die liberalen und „unbestimmten“ (Rechtspartei, „Liberale“, Bauernbündler, bayr. Partikularisten) Parteien (10—13), die Sozialdemokraten (14). Auch hier steht die Sozialdemokratie allen übrigen Parteien allein entgegen.

Den partikularistischen Parteien hat ihre Verbreitungsweise sehr genützt. Polen, Elsässer, Dänen, Welfen, deutsche Volksparteiler und Klerikale verfügen über fast vollständig sichere Wahlgebiete und verlieren daher wenig Minoritätssummen. Auch die Wahlkreiseintheilung kommt ihnen zu Gute, da sie hauptsächlich in ländlichen, nicht grossen Wahlkreisen gewählt werden. Bei der Werthzahl des Zentrums kommt es indess schon zu klarem Ausdruck, dass es in einigen im oberschlesischen und im rheinisch-westfälischen Industriebezirk gelegenen sehr grossen Wahlkreisen sehr grosse Wählermassen mit geringen Stimmwerthen aufbieten muss.

Die reaktionären Parteien, Konservative, Rechtspartei und die mit diesen mehr oder weniger verwandten Antisemiten haben ihre hohen Werthziffern ihrer Begünstigung durch die Behörden, die Konservativen daneben auch ihren vielen Siegen in kleinen, vorwiegend ländlichen Wahlkreisen zu verdanken.

Mit ziemlich normalen Stimmwerthen haben die Liberalen und die unbestimmten Parteien gewählt. Am besten stehen sich dabei die Nationalliberalen, die allerdings von echter Liberalität nichts mehr merken lassen. Je mehr diese Parteien „echt liberal“ auftreten und je mehr sie zu den übrigen Parteien und zu der Regierung in Opposition treten, desto schlimmer ergeht es ihren Stimmwerthen. Die freisinnige Volkspartei hat die Gunst der Behörden, aber auch die Gunst der Wähler, bereits vollständig eingebüsst, und deshalb verfügt sie auch nur über einen Stimmwerth von nicht einmal $\frac{3}{4}$ der Normalstimme. Der Abstand zwischen den Werthziffern der freisinnigen Vereinigung und der freisinnigen Volkspartei lässt erkennen, dass sich die Liberalen wahrscheinlich noch weiter und zwar so „differenziren“ werden, dass die Radikalen unter ihnen sich nach links zu den Sozialdemokraten, die anderen nach rechts zu den Konservativen wenden werden, d. h. die Liberalen sterben aus.

Alle auf die Stimmwerthe ungünstig einwirkenden Umstände: der Verlust vieler Majoritäten in Folge der Ausbreitung über das ganze Reich, das vorwiegende Vertretensein in Grossstädten und Industriebezirken, also in sehr grossen Wahlkreisen, ohne in diesen überall auf sichere Wahlerfolge rechnen zu dürfen, der scharf oppositionelle Charakter der Partei und die daraus folgenden Bedrängungen und Chikanirungen durch die Behörden, alle diese Umstände wirken zusammen in der Herabdrückung der Stimmwerthe der Sozialdemokraten und bedingen die gänzlich isolirte Stellung dieser Partei in der obigen Tabelle.

Eine deutliche, aber ganz eigenartige Antwort giebt die Tabelle auf die Frage, ob denn auch die „Intelligenz“ bei dem jetzigen Wahlsystem

³⁾ Zu den partikularistischen Parteien gehört auch die süddeutsche Volkspartei, allerdings nicht so sehr wegen ihres Programms als wegen ihrer Verbreitungsweise.

zu „ihrem Rechte“ komme in der Zusammensetzung der obersten Reichsbehörde. Sie wird ja bekanntlich, nach den Stossseuffern reaktionärer Zeitungsschreiber zu urtheilen, brutal unterdrückt durch die so grob-demokratische Gleichheit des Wahlsystems. Das alte Beispiel von der angeblichen Gleichheit des Stimmrechtes des stumpfsinnigen Droschenkutschers in der Wilhelmstrasse und des genialen Staatsmannes Bismarcks⁴⁾, das so recht eindringlich die Erdrückung der Intelligenz durch die brutale Majorisirung der Massen klarstellen sollte, kann man noch oft genug hören:

Die Intelligenz wird nach dem jetzigen Wahlssystem allerdings unterdrückt; aber wie? Wer hat den relativ und absolut grössten Einfluss auf die Zusammensetzung des Reichstages? Die Tabelle zeigt es: die „reichsfeindlichen“ Partikularisten, die schlimmsten unter ihnen, die Polen, in besonders hervorragender Weise, das Zentrum, das noch immer das halb-polnische Oberschlesien und die politisch zurückgebliebenen Theile West- und Süddeutschlands regiert, und die beiden konservativen Parteien, die sich vorwiegend vom ostelbischen Landproletariat wählen lassen. Im Ganzen dominirt also im Reichstage der wirthschaftlich und kulturell zurückgebliebene Osten Deutschlands, das ostelbische Preussen, über den fortgeschritteneren Westen. Oder gehören etwa die Polen, Masuren und Kassuben, die Oberschlesier und die gesamte ostelbische Landarbeiterschaft zu den „Intelligenzen“? Stehen sie nicht vielmehr sämmtlich tief unter dem Bildungsdurchschnitt der Deutschen?

Ueber dieses politische Uebergewicht, das demnach die rückständigsten Volksschichten bei der Zusammensetzung des Reichstages besitzen, können sich also unsere Reaktionäre nur freuen. Auf den Landarbeitermassen Ostelbiens, deutlicher: auf der absichtlich festgehaltenen Dummheit dieser Arbeitermassen, beruht die Macht der Reaktion.

Und wie steht es andererseits um den Einfluss der intelligenten Volkskreise der Bewohner der grossen Städte und der Industriebezirke? Hier findet in der That eine weitgehende Unterdrückung der Intelligenz statt, aber wiederum so, dass die, welche die Unterdrückung der Intelligenz gewöhnlich beklagen, sehr erfreut darüber sein können: sie betrifft fast allein, jedenfalls am weitaus härtesten, die politisch fortgeschrittene sozialdemokratische Bevölkerung. Bis über 50 000 Wähler, mit denen die Polen und Konservativen in ihren Wahlkreisen 5 Mandate erobern, müssen die Sozialdemokraten zur Wahlurne bringen, um 1 Mandat zu erhalten; und selbst wenn sie in grossen Wahlkreisen die relativ stärkste Partei sind, so verlieren sie doch allzuoft durch die grundsatzlose Vereinigung aller möglichen bürgerlichen Parteien auch hier die Wahlschlacht und grosse Minoritätssummen.

Auf diese Weise werden also schon jetzt die Stimmen der Wähler nicht bloß gezählt, sondern, wie man oft verlangt, gewogen, und das so, dass es die Reaktion gar nicht besser wünschen kann. Jede Polenstimme wiegt $3\frac{1}{2}$ mal so viel als die eines Sozialdemokraten, und die des Bäuerleins im Wahlkreise Dinkelsbühl gar fast 11 mal so viel als die der Wähler in Berlin VI.

⁴⁾ Ist übrigens nicht vielleicht Bismarck ein bisschen mit daran Schuld, dass der Droschenkutscher in der Wilhelmsstrasse „so stumpfsinnig“ ist?

Die Stimmwerthe der Parteien sind natürlich nicht konstant, sondern sie ändern sich bei den verschiedenen Wahlen. Indess sind die Aenderungen meist nicht bedeutend. Die Stimmwerthe der Sozialdemokratie sind bisher durchgängig sehr niedrig gewesen, nur ein einziges Mal (1884) haben sie sich über die Hälfte des Normalwerthes erhoben. Diesen Normalwerth wiederum gleich 1 gesetzt, ergeben sich für die seit 1871 stattgefundenen Reichstagswahlen folgende Zahlen als Stimmwerthe der sozialdemokratischen Partei⁵⁾:

Die Stimmwerthe der Sozialdemokratie scheinen, nach den drei letzten Wahlen zu urtheilen, im Steigen begriffen zu sein. Bei stetigem Wachsen der Partei müsste überhaupt einmal der Punkt erreicht werden, von dem ab das Wahlgesetz auch zu Gunsten der Sozialdemokratie fälscht.

Gegenüber der Berechnung der Stimmwerthe der Parteien insgesamt hat die Berechnung der Stimmwerthe der Wähler der einzelnen Wahlkreise nur untergeordnete Bedeutung. Sie zeigt indess die Extreme, bis zu welchen die Stimmwerthe nach oben und unten abweichen und manches sonstige Beachtenswerthe. Die Berechnungsweise ist dieselbe wie oben. Als Beispiel wählen wir den ersten Wahlkreis des Regierungsbezirkes Königsberg, Memel-Heydekrug; hier sind bei der Hauptwahl 1893 13 992 Stimmen abgegeben worden. Nach der Proportion $13\,992 : 19\,330 = 1 : x$ bestimmt sich der Stimmwerth der Wähler auf 1,38, d. h. die Stimmen der Wähler des Wahlkreises Memel-Heydekrug haben einen um 38 pCt. höheren Werth als die Normalstimmen. Es verbietet sich die vollständige Tabelle der Wahlkreise mit ihren Stimmwerthen hier zum Abdruck zu bringen. Wir theilen deshalb nur die folgenden Fälle sehr hoher und sehr niedriger Stimmwerthe mit (in Klammern beigefügt die vertretende Partei):

a) sehr hohe Stimmwerthe in: Pr. Holland-Mohrunen: 2,01 (Konserv.), Löwenberg-i. Schles.: 2,01 (Konserv.), Dinkelsbühl in Mittelfranken: 2,57 (Konserv.), Leobschütz: 2,11 (Centr.), Köln-Land: 2,17 (Centr.), Deggendorf i. B.: 2,04 (Centr.), Neustettin: 2,29 (Antisem.), Lauenburg: 2,29 (Reichsp.), Waldeck: 2,39 (Nationallib.), Schaumburg-Lippe: 2,54 (freis. Volksp.), Bingen-Alzey: 2,76 (freis. Volksp.), Rappoltsweiler: 2,55 (Els).

Wenn man die 40 Wahlkreise, deren Wähler über den anormalen Stimmwerth von 1,66 und darüber verfügen, von den übrigen absondert, so befinden sich darunter 10 konservative (darunter 9 ostelbische!), 10 klerikale, 3 (sämmtlich ostelbische!) reichsparteiliche, 3 polnische, 5 anti-semitische, 2 elsässische. In Folge der Bestimmung, dass auch die Bundesstaaten, die nicht die vorgeschriebene Grösse eines Wahlkreises (100 000 Einwohner) erreichen, über ein Mandat verfügen, sind auch

⁵⁾ Die Berechnung der Stimmwerthe ist der obigen analog, nur die Verhältnisszahlen sind andere: die Durchschnittsstimmenzahlen; die überhaupt auf ein Reichstagsmandat fallen und die Durchschnittsstimmenzahlen, die auf die Mandate der Parteien entfallen, ändern sich bei jeder neuen Wahl. 1871 z. B. sind 3 886 515 gültige Stimmen abgegeben worden, auf 1 Mandat kommen demnach 9789 Stimmen; die Sozialdemokratie dagegen hat mit ihren 101 927 Stimmen nur 1 Mandat erworben. Aus der Proportion: $101\,927 : 9789 = 1 : x$ ergibt sich für x als Stimmwerthzahl der Sozialdemokraten: 0,10.

1871: 0,10; 1874: 0,35; 1877: 0,33; 1878: 0,31;
1881: 0,50; 1884: 0,62; 1887: 0,27; 1890: 0,45.

einige (6) der schwach bevölkerten Wahlkreise durch Liberale, einer sogar durch einen Sozialdemokraten vertreten (Reuss ä. L., Stimmwerth: 1,81).

b) sehr niedrige Stimmwerthe in: Berlin II: 0,39 (Soz.), Berlin IV: 0,29 (Soz.), Berlin VI: 0,24 (Soz.), Nieder-Barnim: 0,53 (Soz.), Teltow-Storkow: 0,29 (Soz.), Magdeburg: 0,53 (Soz.), Kiel-Rendsburg: 0,53 (Soz.), Altona: 0,60 (Soz.), Hannover: 0,51 (Soz.), Lennep-Mettmann: 0,56 (Soz.), Elberfeld-Barmen: 0,47 (Soz.), München II: 0,50 (Soz.), Leipzig-Land: 0,37 (Soz.), Chemnitz: 0,50 (Soz.), Hamburg III: 0,33 (Soz.), Dresden r.: 0,56 (Antis.), Dresden l.: 0,54 (Antis.), Dresden Gerichtsbez.: 0,57 (Antis.), Ascherleben-Kalbe: 0,57 (Nationallib.), Dortmund: 0,41 (Nationallib.), Duisburg: 0,45 (Nationallib.), Beuthen-Tarnowitz: 0,57 (Centr.), Bochum: 0,29 (Centr.), Köln St.: 0,44 (Centr.), Saalkreis-Halle: 0,60 (freis. Vereinig.), Bremen: 0,57 (freis. Vereinig.), Essen: 0,41 (Reichsp.).

Unter den 27 Wahlkreisen, in denen die Stimmwerthe bis auf 0,60 und darunter herabgehen (entsprechend der obigen Zusammenstellung der Wahlkreise mit 1,66 und mehr Stimmwerth), befinden sich also 15 sozialdemokratische!! Wo bleibt da die politische Intelligenz!?

Man könnte nun die Berechnungen und Vergleichen der Stimmwerthe in den einzelnen Wahlkreisen sehr weit ausdehnen. So wäre es z. B. sehr lehrreich, die Stimmwerthe der Wähler des VI. Berliner Wahlkreises mit den Stimmwerthen der Wähler aus sehr wenig intelligenten Kreisen mit sehr hohen Stimmwerthen zu vergleichen. Doch können wir solche Vergleiche den Lesern selbst überlassen, nachdem wir die Stimmwerthe selbst notirt haben.

Noch krassere Gegensätze zwischen den meist- und mindestbegünstigten Parteien und Wahlkreisen stellen sich heraus, wenn man nicht die Stimmwerthe aller Wähler der Wahlkreise, sondern nur die der Sieger berechnet und unter einander vergleicht.⁹⁾ Die Berechnung dieser Majoritätsstimmwerthe kann verschieden sein je nach der Zahl, die man als Massstab, als Normalmajorität, aufstellt. Aber wenn sich auch bei den verschiedenen Berechnungsweisen die absoluten Werthzahlen ändern, so ändert sich doch nicht ihr Verhältniss zu einander, ihre Vergleichbarkeit wird also nicht gestört.

Man kann annehmen, dass durch das Werthloswerden der Minoritätsstimmen die Majoritätsstimmen allein die Werthe aller abgegebenen Stimmen verschlingen und sich deshalb bei der Berechnung der Majoritätsstimmwerthe wieder auf den Normalwahlkreis mit 19 330 Wählern beziehen. Die Stimmwerthe der Wähler Liebknechts müsste man dann nach der Proportion $51\,569:19\,330 = 1:x$ auf 0,37 berechnen; die Stimmwerthe der 4061 nationalliberalen Wähler des Herrn Dr. Böttcher (Waldeck) nach der Proportion $4061:19\,330 = 1:x$ auf 4,76. Die Stimmwerthe der Majoritäten in Berlin VI und Waldeck verhielten sich demnach ungefähr wie 1:13.

Oder man sucht die Normalmajorität und misst an dieser die Werthe der siegreichen Stimmen der einzelnen Wahlkreise. Von den 7 673 970 abgegebenen Stimmen sind nur 3 949 241 auf die gewählten Kandidaten abgegeben worden, die übrigen für die durchgefallenen. Darnach beträgt die Normalmajorität $(3\,949\,241:397 = 9948)$. Da sich auch hier die Stimmwerthe umgekehrt verhalten wie die Majoritätszahlen, so können

⁹⁾ Das Verhältniss der siegreichen zu allen abgegebenen Stimmen hat für die Parteien insgesamt Peter Braun (Neue Zeit 1893/94, No. 36) berechnet. Die sich dabei ergebende Rangordnung der Parteien nach ihren Minoritätsverlusten hat deshalb wenig Werth, weil sie nicht die gesammte Gunst und Ungunst des Wahlsystems veranschaulicht.

wir die Stimmwerthe der siegreichen Parteien in Berlin VI und Waldeck in folgender Weise berechnen: 1) $51\,569:9948 = 1:x$; $x = 0,19$. 2) $4061:9948 = 1:x$; $x = 2,45$. Die absoluten Stimmwerthzahlen haben sich geändert, ihr Verhältniss ist dasselbe geblieben; denn $0,19:2,45 = 1:13$ (ungefähr).

Die Wahlkreise, in denen die Majoritätsstimmwerthe besonders hoch und besonders niedrig sind, sind im Wesentlichen dieselben wie die, in denen die Gesamtstimmwerthe die gleichen Eigenschaften haben; die Extreme stehen indess bei den Majoritätsstimmwerthen weiter auseinander, wie schon die angegebenen Beispiele erweisen. Einiges Interesse hat die Vergleichung der (nach der ersten Formel berechneten) Majoritätsstimmwerthe und der Gesamtstimmwerthe derselben Wahlkreise, da sie auf den ersten Blick zeigt, ob die Majorität eine knappe oder grosse war. Weicht nämlich der Majoritätsstimmwerth wenig vom Gesamtstimmwerth ab, so ist die Majorität eine grosse gewesen und umgekehrt. Ist die Majoritätsstimmwerthzahl gleich der Gesamtstimmwerthzahl, so sind alle abgegebenen Stimmen für den gewählten Kandidaten abgegeben worden, was im 3. überschlesischen Wahlkreise (Gr. Strehlitz-Kosel) geschehen ist.

Auch die Vertretung der Kreise mit abnorm hohen Majoritätsstimmwerthen ist im Wesentlichen dieselbe wie oben. In 19 Wahlkreisen betragen die Majoritätsstimmwerthe 3,00 und darüber bis 4,76; und in 26 Wahlkreisen 1,00 und darunter bis 0,37.

Wahrlich! eine eigenartige „Gleichheit“ des deutschen Reichstagswahlrechtes!

Noch andere nicht uninteressante Fragen liessen sich durch die Stimmwerthberechnung beleuchten. Das Steigen und Fallen der Werthzahlen zeigt thermometermässig das Fallen und Steigen der Wahlbetheiligung, den Unterschied der Wählermassen bei Haupt-, Stich- und Nachwahlen, ferner, wenn man die früheren Wahlen mit in Rechnung zieht, die fortschreitende Verschlechterung der Wahlkreiseintheilung und die dadurch erfolgende Begünstigung der reaktionären Parteien.

Die elende Wahlkreiseintheilung wirkt gerade der Sozialdemokratie gegenüber noch unangenehmer als das Majoritätsprinzip. Es ist zu erwarten, dass durch eine gute Wahlkreiseintheilung der Verlust vieler Minoritäten in kleinen und unsicheren Wahlkreisen zu einem guten Theile wieder wett gemacht würde. In vielen Grossstädten und einigen Industriebezirken würden auch die Sozialdemokraten Wahlkreise erhalten, die ihnen, wie den partikularistischen Parteien die ihrigen, sicher wären.

Doch würde uns die Verfolgung dieser und ähnlicher Fragen zu weit führen. Den Hauptdienst leistet uns das Bestimmen der Werthzahlen jedenfalls für die Berechnung der Stimmwerthe der Parteien überhaupt. Deren Zahlenausdrücke haben zur Genüge gezeigt, dass unser „demokratisches“ Reichstagswahlrecht ein ziemlich mächtiges Hilfsmittel der Reaktion geworden ist.

Trotz alledem bleibt es aber auch die vorzüglichste Waffe der Sozialdemokratie im Kampfe gegen die Reaktion. Man wird schwerlich den Versuch wagen, ihr diese Waffe zu entwenden. Wer aber einen solchen Versuch wagt, mag auch für die Folgen eintreten.

Ueber die Marx'sche Werththeorie.

Von
G. Sorel
(Paris).

Man hat viel über das „Kapital“ von Marx geschrieben; aber man hat eher gesucht, die sozialistischen Ideen des Verfassers zu vertheidigen oder zu bekämpfen, als dass man seine wirthschaftlichen Lehren vertieft und eine ausreichende Kritik seiner Methode gegeben hätte. Es scheint nicht, dass die Vertreter des „wissenschaftlichen Sozialismus“ sehr fest sind hinsichtlich des Sinns der Lehre; noch vor vier Jahren schrieb P. Lafargue in einer Antwort auf Einwürfe V. Pareto's¹⁾: „Marx beweist, dass die in einer Waare verkörperte Arbeitsmenge ihren Werth bildet, und dass um diesen Werth die Preise schwanken“ — heute würde Niemand mehr eine derartige Behauptung wagen, die einst unter den Sozialisten als sicher galt.

1894 veröffentlichte F. Engels den dritten Band des „Kapitals“. Die deutschen Gelehrten W. Sombart und C. Schmidt lieferten eine tief eindringende Kritik dieses Buchs und sagten, dass die Werththeorie rein logischer Art (Sombart), oder eine Hypothese sei (Schmidt). Engels schrieb während der letzten Monate seiner Krankheit einen wichtigen Aufsatz, bestimmt, die vorgebrachten Schwierigkeiten aufzuklären. Man liest dort, dass „das Werthgesetz herrschte während eines Zeitraums von fünf bis sieben Tausend Jahren, vom Beginn des Tauschverkehrs an, der die Produkte in Waaren umwandelt, bis zum 15. Jahrhundert unserer Zeitrechnung.“ Aber was bedeutet es jetzt?

Y. Guyot war lebhaft betroffen von diesem Artikel und von einer Rezension, die C. Schmidt am gleichen Orte (*Devenir social*²⁾) veröffentlichte. Er behauptet,³⁾ aus allen diesen Erörterungen gehe hervor, dass die Marx'sche Theorie ohnmächtig sei zur Begründung einer Volkswirtschaftslehre. Man erinnert sich, dass anlässlich der Werthlehre sich in der Kammer eine Diskussion zwischen den Abgeordneten Deschanel und J. Guesde entsponnen hat. Endlich kann man über diesen Gegenstand einen Artikel von J. Bourdeau im „Journal des Débats“ vom 13. Oktober 1896 lesen: nach diesem hervorragenden Kritiker hätte J. Guesde Marx nicht richtig verstanden.

Man sieht, die Frage ist sehr verwickelt. Wenn man die Erklärung von Engels zugiebt, wie kann man sich dann, um die kapitalistische Wirthschaft zu erklären, eines Gesetzes bedienen, das seinen Werth seit dem 15. Jahrhundert verloren hat? Was bedeutet die Marx'sche Theorie? Die Schwierigkeit kommt zum grossen Theil daher, dass im ersten Paragraphen des „Kapitals“ Marx beweisen zu wollen scheint, dass mit logischer Nothwendigkeit die Waaren sich entsprechend der zu ihrer Herstellung gesellschaftlich nothwendigen Arbeitszeiten austauschten. Die Oekonomen haben diesen angeblichen Beweis kritisirt und gezeigt, dass die Beobachtung Ergebnisse liefert, die im Gegensatz zu der scheinmarxistischen Behauptung stehen: die Veröffentlichung des dritten Bandes zeigt, dass Marx dachte wie sie.

1) Vorrede zur italienischen Ausgabe der Auszüge des „Kapitals“, französisch mit einer Vorrede von V. Pareto.

2) Paris, Giard & Brière.

3) Oekonomie der Arbeit, S. 260.

Wenn man den ersten Band ohne Voreingenommenheit studirt, bemerkt man, dass der Verfasser an vielen Stellen auf den Unterschied hingewiesen hat, der zwischen den mittleren Preisen und den nach der Zeit berechneten Werthen besteht. In demselben ersten Paragraphen liest man: „Es ist zweifelhaft, ob Gold jemals seinen vollen Werth bezahlt hat“ (pag. 15). In einer Anmerkung auf S. 70⁴⁾ findet man: „Die Bildung des Kapitals muss möglich sein, selbst wenn der Preis der Waaren ihrem Werthe gleich ist; die mittleren Preise fallen nicht unmittelbar mit den Waarenwerthen zusammen, wie Adam Smith, Ricardo und Andre glauben.“ Er sagt ferner, dass „die Unterscheidung zwischen zusammengesetzter und einfacher Arbeit (skilled and unskilled labour) oft auf einfacher Einbildung beruht oder wenigstens auf Unterschieden, die nur noch durch eine herkömmliche Uebereinkunft bestehen“ (p. 84 Anm.). — Es ist also nicht möglich, für den Verkauf der Arbeitskraft, so wenig wie für die übrigen Waarenverkäufe, den mittleren Preis durch die Produktionszeiten zu bestimmen.

Unter allen Stellen, die man hier anführen könnte, habe ich eine ausgewählt, die mir besonders seltsam erscheint. In der ganzen Werththeorie unterstellt Marx, dass der Werth der Arbeitskraft bestimmt werde durch die Produktions- und Unterhaltskosten der Arbeiterklasse. Er nimmt, wie man weiss, nicht das eherne Lohngesetz Lassalle's an und er schreibt S. 272: „Die Abhängigkeit (der Arbeiter) nimmt (unter gewissen geschichtlichen Voraussetzungen) erträgliche und, wie Eden sagt, bequeme und anständige Formen an... Dann fliesst ihnen in Form der Bezahlung ein grösserer Theil ihres eigenen Reinertrags zu.“ Der Reinertrag ist (S. 98) erklärt worden als die Produktenmenge, die den Mehrwerth darstellt. Es geht daraus hervor, dass der Arbeiter zuweilen am Mehrwerth Antheil hat.

Marx hat nie versucht, eine erläuternde, vollständige und wohlbegrenzte Darstellung seiner wirtschaftlichen Theorien zu geben. Das kommt daher, dass er sich hauptsächlich mit den geschichtlichen Gesetzen der kapitalistischen Entwicklung beschäftigte; auf die anderen Geschichtsepochen hat er nur einen zusammenfassenden Blick geworfen und darüber nur oberflächliche Forschungen angestellt.⁵⁾ Er hatte wohl erkannt, dass Studien dieser Art unmöglich sind, wenn man sie nicht durch wirtschaftliche Theorien beleuchtet; im Anfang begnügte er sich, das Werk Ricardos nutzbar zu machen, später widmete er sich neuen Forschungen, aber immer bei dem verweilend, was ihm unerlässlich erschien. Allzu oft sah er es an, als ob seine Leser ganz den gleichen Weg wie er durchlaufen und eine vollständige Kenntniss der Ricardo'schen Schule gewonnen hätten.

In den Augen von Marx entwickeln sich die wirtschaftlichen Theorien auf geschichtlichem Wege; aber ehe die Reflexion sie nutzbar machen kann, müssen die Begriffe lange genug gebildet sein. „Die Werthform des Arbeitsprodukts ist die abstrakteste und allgemeinste Form der gegenwärtigen Produktions-

⁴⁾ Die Zitate sind nach den französischen Ausgaben gegeben.

⁵⁾ Marx hat oft unter der Form eines allgemeinen Gesetzes gewisse Vorgänge dargestellt, die er in der deutschen Geschichte fand (vgl. Ant. Labriola: Zum Andenken an das Kommunistische Manifest. *Devenir social*, Juli 1895. S. 342.). Was Marx von den Ländern des Südens sagt, bedürfte sehr der Berichtigung.

weise. Wenn man den Irrthum begeht, sie für die natürliche, ewige Form jeder Produktion in jeder Gesellschaft zu halten, verliert man aus dem Auge die besondere Seite der Werthform, dann der Waarenform und auf einer Stufe höherer Entwicklung der Geldform, Kapitalform u. s. w.“ (S. 28, Anm.) Es scheint mir also schwierig, mit Engels anzunehmen, dass das Werthgesetz zur Zeit der Chaldäer geherrscht habe.

Es geht daraus hervor, dass es nützlich wäre, die Theorien des „Kapitals“ zu ergänzen und zu beleuchten durch eine auf Erfahrung fussende Forschung, die gestattet, zu der Auffassung zu gelangen, dass der Werth die gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit ist. Es besteht so eine Lücke im Werke von Marx, vielleicht wird die Veröffentlichung des vierten Bandes (der der Geschichte der Lehren gewidmet ist) von grossem Nutzen sein für das bessere Verständniss des Gedankens des Verfassers. Die Entdeckung der Natur des Werthes „bezeichnet eine Epoche in der Entwicklungsgeschichte der Menschheit“ (S. 29). Es wäre nöthig, auf induktivem Wege einen Satz zu rechtfertigen, der heute noch vielen Leuten wie ein Paradoxon erscheint und den Marx selbst einer geheimnissvollen Schrift vergleicht.

Marx geht aus von den Forschungen seiner Vorgänger: er beansprucht nicht zu zeigen (wie Laveleye glaubt), dass der Unternehmer einen Mehrwerth erhält. „Ricardo beschäftigt sich niemals mit dem Wesensgrunde des Mehrwerths; er behandelt ihn wie eine der kapitalistischen Produktionsweise nothwendig anhaftende Sache“ (S. 222). Es handelt sich darum, den Mehrwerth zu erklären, d. h. ihm seine Stelle anzuweisen in einem vollständigen wissenschaftlichen System der modernen Volkswirtschaft.

Ricardo spricht in seiner Darlegung der Produktionskosten wie von einer unstreitigen Thatsache von den normalen Profiten des Leihkapitals: das sind die alten Erscheinungen des Leihens auf Zinsen, die dazu dienen sollen, den Unternehmerprofit zu erklären. Nach Marx ist diese Methode schlecht: „die Untersuchung der Formen des gesellschaftlichen Lebens und in der Folge ihre wissenschaftliche Zerlegung folgt einem der wirklichen Bewegung völlig entgegengesetzten Wege“ (S. 30) — „die zuletzt bekannt gewordene Erscheinung, die, welche der vollkommensten Entwicklung angehört, muss dazu dienen, die älteste Erscheinung zu erläutern. Im Gegensatz zu dem, was häufig geschieht, muss man damit beginnen, eine Theorie des Unternehmerprofits zu geben“ (S. 40).

Man würde sich sehr täuschen, wenn man glaubte, dass Marx das Gesetz habe aufstellen wollen, nach dem der Austausch sich vollziehen solle. Folgende Stelle kann keinen Zweifel lassen; — es handelt sich um eine „Vereinigung von Menschen, die mit gemeinsamen Produktionsmitteln arbeiten und nach einem vorbestimmten Plan ihre zahlreichen Einzelkräfte verausgaben wie eine und dieselbe gesellschaftliche Arbeitskraft“; es handelt sich um die kommunistische Gesellschaft, die nach Marx auf die kapitalistische folgen muss. „Setzen wir den Fall, um diesen Zustand der Dinge mit der Waarenproduktion in Parallele zu setzen, dass der jedem Arbeiter zugebilligte Theil des Ertrags entsprechend sei seiner Arbeitszeit“ (S. 31). Man sieht also, dass der Verfasser, weit entfernt, die Gegenwart nach einem Zukunftstraum zu beurtheilen, vielmehr unterstellt, dass die Zukunft der Gegenwart wesentliche Formen entlehnen werde.

Dass man die wirthschaftlichen Probleme so, wie sie von der Erfahrung geliefert werden, nicht in einer streng wissenschaftlichen Form behandeln kann, das scheint deutlich und ist von V. Pareto trefflich dargelegt worden in seiner Theorie der allmählichen Annäherungen — aber man muss sich verständigen über den Charakter dieser theoretischen Konstruktionen. Marx behauptete im „Elend der Philosophie“, dass es unmöglich sei, die Oekonomie zu zerlegen, indem man bestimmte Faktoren isolire; er ist dieser Lehre der Einheitlichkeit immer treu geblieben. Es wäre also falsch, die verschiedenen Kreise der Theorie des „Kapitals“ zu erklären, indem man sagte, dass sie sich von einander unterschieden durch die wachsende Menge der Elemente. Jeder der Kreise bildet ein vollständiges System des Kapitalismus, indem er alle bezeichnenden Merkmale der kapitalistischen Produktion darstellt. Man muss die verschiedenen Systeme betrachten wie Mechanismen von ungleichen Figuren, die aber gleichartige Ergebnisse liefern. Man kann sagen, dass jedes einzelne den allgemeinen Anblick der Erscheinungen zeichnet.

Das abstrakteste, den Blicken des Beobachters verborgenste System wird also — auf eine summarische aber auch klarere und verständlichere Weise — die Veränderungen offenbaren können, die sich auf eine verwickelte und schwer zu analysirende Weise in dem der Wirklichkeit nächst benachbarten System vollziehen. So kann Marx sagen, dass die mittleren Preise in letzter Linie⁶⁾ bestimmt werden „durch den Waarenwerth“ (S. 70, Anm.) und dass „die gesellschaftlich zu ihrer Herstellung nothwendige Arbeitszeit in hartem Ringen den Sieg davonträgt als die natürliche Ordnerin“ (S. 30).

Der erste Kreis, den der Geist passirt, ist der des Werthes. „Der Werth ist nichts Anderes als eine besondere gesellschaftliche Art, die auf die Herstellung einer Sache verwandte Arbeit zu berechnen“ (S. 32). Ich trete nicht ein in die Prüfung des Begriffs von gesellschaftlichen Schätzungen, den Marx sich bildet; der Leser wird davon eine ausreichende Vorstellung haben, wenn er sich die folgende Stelle klar macht: „Die gesellschaftlich nothwendige Zeit ist diejenige, welche jede Arbeit erfordert, die mit dem mittleren Grad von Geschicklichkeit und Kraft geleistet wird und unter den Bedingungen, die, entsprechend dem gegebenen gesellschaftlichen Milieu, normale sind“ (S. 15). Es ist hier nicht der Ort, sich mit dem zu beschäftigen, was Lassalle sagt. Dieser behauptet zu beweisen, dass „die Arbeit Thätigkeit, folglich Bewegung und jedes Mass der Bewegung eine Zeit ist.“ Er verweist auf Platon's „Timäus“ und die jonischen Philosophen, die in unseren wirthschaftlichen Fragen nichts zu thun haben. Es handelt sich nicht um einen Beweis, sondern um ein Postulat, das gerechtfertigt werden muss, wie es die Postulate der rationellen Mechanik werden, durch die Vergleichung der abgeleiteten Ergebnisse mit den beobachteten Erscheinungen.

Der zweite Kreis ist der, wo, während die Kapitalisten Kapitale von wechselnder Beschaffenheit, die sich Konkurrenz machen, zur Anwendung bringen,

⁶⁾ Alle Male, wenn die Bemerkungen über die „letzte Linie“ (dernière instance) im Werke von Marx auftauchen, stellen sich grosse Schwierigkeiten für die Erklärung seines Gedankens dar. — Daran knüpfen sich die in Frankreich verbreiteten Irrthümer über den historischen Materialismus. A. Labriola und B. Croce haben begonnen, auf diese schwierige Frage Licht zu werfen. Obwohl sie die wirthschaftlichen Fragen nicht behandeln, sind die „Essais sur la conception matérialiste de l'histoire“ von Labriola (Giard et Brière, 1897) nothwendig für Jeden, der in den Marx'schen Gedankengang eindringen will.

die Preise sich derart bestimmen, dass sie die Profitsätze ausgleichen. Man erkennt hier leicht die Hypothese, auf der Ricardo mit Entschiedenheit fusst. Das dritte Moment des Gedankengangs wird gegeben durch die Rente.

Der erste Kreis giebt eine Art Einführung; aber diese Einführung erforderte grosse Entwicklungen. Nach Ricardo waren sehr viele sozialistische Schriftsteller gekommen, die in England viele Bücher gegen die bestehende Gesellschaftsordnung veröffentlichten. Sie hatten als Grundlage ihrer Theorien die schöpferische Kraft der Arbeit genommen und griffen mit Heftigkeit Alles an, was in der wirklichen Welt mit ihren Theoremen nicht im Einklang war.⁷⁾ Man hat oft Marx vorgeworfen, dass er weniger glühend als seine Vorgänger gewesen sei in seiner Kritik des Kapitalismus, und dass er nicht ebenso wie sie die unsittliche Vorenthaltung aufgewiesen habe, die der Unternehmer begehe, um sich einen Profit zu verschaffen.⁸⁾ Jedermann weiss, von welcher Wichtigkeit für die früheren Sozialisten⁹⁾ der Begriff des vollen Arbeitsertrags ist, auf den der Arbeiter ein Recht habe.

Marx geht aus von den Untersuchungen dieser englischen Schule, denen er ein gründliches Studium gewidmet hatte, und er will den Profit erklären, ohne einen Raub anzunehmen. Zu diesem Zwecke geht er von denselben Hypothesen aus, zu denen diese „Vor-Sozialisten“ geführt worden waren, und unterstellt, dass der Austausch sich einzig nach Massgabe der in dem Produkte verkörperten Arbeitsmengen vollziehe. Auf dieser Grundlage baut er die Erklärung des Mehrwerths auf; so kann er zeigen, welches die Bedingungen der gewerblichen Ausbeutung sind, die die Mehrwerthe erzeugen. So wird es ihm möglich, die vorgeschlagenen Lösungen zur Regelung der Preise gemäss den „wahren Werthen“, die einen breiten Raum in der älteren sozialistischen Litteratur Englands einnahmen, als utopisch zu verwerfen.

Es möchte scheinen, dass Marx, um seine Theorien den Thatsachen anzupassen, hätte warten müssen, bis sein Werk völlig vollendet wäre, während er nur den Theil, der die Einführung darstellt, zu Ende geführt hat. Die beiden letzten Gebiete der Volkswirtschaft sind ihm wenig interessant erschienen, weil er sich zur Aufgabe machte, die Klassenkämpfe in der modernen Welt zu erklären, und weil die Forschungen über die Art der Vertheilung unter den verschiedenen Kapitalisten-Schichten, wie ihm schien, den im ersten Band gewonnenen Ergebnissen nicht viel hinzufügen würden. Marx nimmt an, dass der von der Kapitalistenklasse gewonnene Gesamtprofit bestimmt werde durch die in den Produkten enthaltene Menge des Mehrwerths. C. Schmidt fragt sich, ob diese Hypothese nothwendig sei. Er scheint es zu bezweifeln. Viele werden denken, dass man sich hier einem Gesetze gegenüber befindet, das auf zahlreiche Beobachtungen gestützt werden müsste. Es scheint wohl, dass Marx an der Gewissheit dieses Gesetzes Zweifel gehegt hat (*Devenir social*, Mai 1895, S. 190); und man kann annehmen, dass diese Zweifel in gewissem Maasse die Veröffentlichung seines Gesamtwerks haben verzögern helfen.

⁷⁾ Vgl. „Elend der Philosophie“, Vorrede von Engels, S. 10.

⁸⁾ Vgl. eine sehr seltsame Schrift von W. Tscherkessoff: „Blätter sozialistischer Geschichte“, Nr. 3 der Veröffentlichungen der „Temps nouveaux“.

⁹⁾ Es ist gebräuchlich, mit diesem Ausdruck (*pré-socialistes*) alle sozialistischen Schriftsteller vor Marx zu bezeichnen. Man bezeichnet sie auch oft mit dem Namen: Utopisten.

Diese Hypothese ist nicht nur nothwendig, um Erörterungen über die verschiedenen Einkommensarten des Kapitalismus anzustellen, sie ist es auch, um die Gesamtheit der Kapitalisten und die Gesamtheit der Arbeiter gegenüberzustellen, d. h. um die Betrachtungen des ersten Bandes weiter zu verfolgen. Hier ist eine grosse Schwierigkeit, die C. Schmidt nicht aufgefallen zu sein scheint. Da Marx seine grundlegende Voraussetzung nicht hat beweisen können, kann er natürlich nicht von der abstrakten Werth- und Mehrwerththeorie zu den Thatsachen übergehen: er kann nur in einem gewissen Umfang, aber in einer abstrakten Weise Erläuterungen beibringen. Man möchte bestreiten, dass er sie jemals im wissenschaftlichen Sinne des Worts voll erklären könnte.

Die Sozialisten sind nicht immer verständlich genug gewesen und haben als absolute und sichere Theorien Erläuterungs-, Auslegungsmittel hingenommen, deren Werth nicht auf eine allgemeine Weise beurtheilt werden kann. Man muss eine eingehende Erörterung in jedem einzelnen Falle vornehmen, um zu wissen, in welchen Grenzen die im „Kapital“ gezogenen Folgerungen brauchbar sind.

Die Anwendungen der Marx'schen Theorien, die man gemacht hat, sind namentlich darin fehlerhaft, dass man die Hypothese der Klassen, die dem ersten Band als Grundlage dient, mit der Wirklichkeit vermengt hat. Der Verfasser geht von dem Grundsatz aus, dass die Wissenschaft zum Gegenstand habe das Studium nicht einzelner, sondern gesamttheiliger Thatsachen, da diese viel leichter gemäss Gesetzen zu erkennen sind.¹⁰⁾ In dem Maasse, in dem man sich von den allgemeinen Gruppen entfernt, um zu den spezielleren Eintheilungen überzugehen, führt man in weitem Umfang den Zufall ein. Es ist also natürlich in einer systematischen Untersuchung, die vom Abstraktesten zum Konkreten fortschreitet, von der einfachsten und allgemeinsten Eintheilung auszugehen. Aber die Frage ist, ob die Hypothese der zwei Klassen, die für die Theorie so bequem ist, den Thatsachen Rechnung trägt.¹¹⁾

Marx war dahin geführt worden, den gesellschaftlichen Kampf in der vereinfachten Form eines Streites zwischen dem Proletariat und der vereinigten Masse der Kapitalisten darzustellen. Man hat geglaubt, dass diese volksthümliche und ziemlich alte Darstellung seiner Lehre (sie stammt aus 1847) eine wissenschaftliche Theorie sei, die jeder wirthschaftlichen Untersuchung als Grundlage diene. Man hat nicht genügend die zahlreichen Berichtigungen berücksichtigt, die er seiner jugendlichen Formulirung zugefügt hat. Der Irrthum war um so schlimmer, als man eine Bestätigung dieser Lehre in dem rein theoretischen Schema des ersten ökonomischen Kreises zu sehen glaubte: dieses Schema wurde als Wirklichkeit hingenommen.

Heute sind die Theoretiker des Marxismus einmüthig in der Anerkennung, dass sie sich getäuscht hatten, dass die Klassen nicht bis zur Zweitheilung zurückgeführt werden können. Und dann ergiebt sich folgende Frage: Sind die wirklichen Kategorien Unterabtheilungen der beiden grossen Klassen des ersten Bandes? — oder sind sie ungeeignet, zusammengefasst zu werden, um allgemeinere Gattungen zu bilden? Man sieht, welch grosses Interesse diese Frage bietet, wenn man an die Hypothese von der Summe der Mehrwerthe

¹⁰⁾ Er sagt z. B.: „Der Schein verschwindet, sobald man an Stelle des einzelnen Kapitalisten und der einzelnen Arbeiter die Kapitalisten- und Arbeiterklasse setzt. (S. 248.)

¹¹⁾ Ueber die charakteristischen Züge der Arbeiterklasse vgl. was Marx (S. 72) und was Molinari (Wie sich die soziale Frage lösen wird, S. 243) sagt.

denkt, von der oben die Rede war. Wenn man, wie ich, die zweite Lösung gelten lässt, so ist es schwer anzunehmen, dass die Summe der Profite unabhängig sein könne von der Art der Theilung in vielfältige, geschichtlich gegebene Klassen. Die Theorien über den Werth scheinen also von der Wirklichkeit weiter entfernt zu sein, als man allgemein geglaubt hat.

* * *

Nummehr noch einige Bemerkungen über die Schwierigkeiten, die die von Marx angenommene Dartellungsweise bietet.

Ich sagte oben, der Verfasser stelle Betrachtungen über einen normalen Zustand an: die Preise sind befestigt, die Produktion vollzieht sich geregelt ohne verkehrte Unternehmungen und ohne Krisen (S. 36, 45). Die Wirthschaft findet sich so auf einen automatisch wirkenden, starren und gleichmässigen Mechanismus zurückgeführt. Diese Unterstellung ist bequem; sie findet sich auch in vielen wissenschaftlichen Untersuchungen über die Natur; aber gestattet sie, Gesetze über die Bewegungen aufzustellen? Bietet dieses starre Gerippe, das man eingeführt hat, nicht ein Hinderniss für jede Betrachtung über die tiefen und reissenden Veränderungen des Wirthschaftslebens? Das „Kapital“ hat gerade das Studium von Veränderungen dieser Art zum Gegenstand.

Man kann erwidern, dass die Begriffe, soweit man sie in ihrer philosophischen Ordnung betrachtet, nicht verschieden seien in Ruhe und in Bewegung,— dass es folglich zulässig sei, den Begriff des Mehrwerths auszuarbeiten, indem man von dem Normalzustand ausgeht. Aber, wenn es sich darum handelt, die geschichtlichen Gesetze des Kapitalismus festzustellen, muss man prüfen, ob die Hypothesen, die sich auf den normalen Zustand beziehen, die Darlegung nicht hemmen. „Die Arbeitskraft schliesst, vom Gesichtspunkt des Werthes aus, ein moralisches und geschichtliches Element in sich“ (S. 73). Es ist also sicher, dass sie nicht als feststehend betrachtet werden kann, sobald die Produktion, wenn auch noch so wenig, wechselt. Das ist ein Punkt, der allzu oft übersehen wurde.

Marx erkennt, wie die Ricardo'sche Schule, das Vorhandensein einer zusammengesetzten Arbeit an, die nach seiner Meinung sehr leicht auf einfache Arbeit zurückgeführt werden kann. „Die Oekonomen haben geschrieben über diese willkürliche Behauptung. — Was sie als ein Kunststück der Analyse anklagen, ist ganz einfach ein Vorgang, der sich jeden Tag in allen Ecken der Welt abspielt“ (S. 84). Damit die Reduktion mittelst eines Koeffizienten vollzogen werden kann, muss man eine Hypothese aufstellen: wenn ein Tag zusammengesetzter Arbeit zwei Tage einfacher Arbeit werth ist, entspricht er auch der doppelten Produktion. Diese Hypothese ist sehr unwahrscheinlich. Aber man kann bemerken, dass in Wahrheit die gelernte Arbeit (skilled labour) eine ziemlich untergeordnete Rolle in der Erscheinung der modernen Produktion spielt. Die annähernde Reduktion kann angenommen werden.

Prüfen wir jetzt die einfache Arbeit; hier finden wir eine entsprechende Schwierigkeit. Die Werththeorie setzt voraus, dass die Entwicklung der modernen Industrie an dem Punkte angelangt ist, wo die Besonderheiten verschwinden, wo die menschliche Arbeit wie eine ununterschiedene Sache erscheint. Der Verfasser weiss wohl, dass diese Arbeit an Intensität entsprechend den Personen wechselt; aber er denkt, dass man (wenigstens für die Grossindustrie) Aus-

gleichungen annehmen und nur vom Durchschnitt sprechen kann (S. 141). Obwohl Marx den Rückgang der Leistung bei den langen Arbeitszeiten berücksichtigt, behandelt er oft genug die Arbeitsstunde wie eine feststehende Einheit; man könnte hier einige Verbesserungen des Ausdrucks an seinen Darlegungen anbringen.

Schliefsslich ist die Idee selbst, die Marx sich von der Arbeit bildet, nicht sonderlich klar. Oft nennt er sie „eine Verausgabung menschlicher Kraft“ (S. 14, 17, 18 etc.). An einer schärfer gefassten Stelle liest man: „So verschieden die nützlichen Arbeiten auch sein mögen, — sie sind vor Allem Funktionen des menschlichen Organismus, und jede gleichartige Funktion ist ihrem Wesen nach eine Verausgabung von Gehirn, Nerven, Muskeln, Sinnesorganen etc. des Menschen“ (S. 28). Muss man daraus schliessen, dass die ununterschiedene menschliche Arbeit, um die es sich in der Werththeorie handelt, ein Ausdruck für im Organismus verausgabte Energie ist? Diese Auslegung scheint sehr natürlich und ist auch angenommen worden; aber dann findet man sich gegenüber schier unüberwindlichen Schwierigkeiten. Denn diese Energien erzeugen nützliche Erfolge, die von einander sehr verschieden sind.

Nach meiner Ansicht muss man sagen, dass diese ununterschiedene menschliche Arbeit nicht in höherem Maasse ins Gebiet der Physiologie gehört als das Gewissen, der Wille oder jede andere psychologische Thatsache. Wenn man eine andere Erklärung zuliesse, wozu würde es dann dienen, mit soviel Kraftaufwand den Austausch und die Festsetzung des Preises in Geld aufzuweisen? „Nur in ihrem Austausch gewinnen die Arbeitsprodukte als Werthe ein übereinstimmendes und gleichartiges gesellschaftliches Dasein“ (S. 24). — „Nur der gemeinsame Ausdruck der Waaren in Geld hat die Festigung ihres Werthcharakters herbeigeführt“ (S. 30).

Ich habe gezeigt, wie die drei wirthschaftlichen Kreise mehr oder minder durchsichtige Formen verschiedener kapitalistischer Systeme wiedergeben sollen, die dieselben allgemeinen Eigenschaften haben. Wenn Marx sein Werk beendet hätte, würde er zweifellos die Beziehungen dargelegt haben, die zwischen diesen aufeinanderfolgenden Systemen bestehen. Dass der erste Kreis einer kapitalistischen Organisation entspricht, geht klar aus den Anwendungen auf die in England beobachteten Erscheinungen, die Marx macht, hervor. Aber man muss sich fragen, welche Art Kapitalismus uns so dargestellt ist.

Die Antwort auf diese Frage ergibt sich aus der Vergleichung des ersten und des zweiten Kreises: man muss unterstellen, dass die Unternehmer Kapitale anwenden, die alle die gleiche Zusammensetzung haben, d. h. dass sie alle einen gleichen Theil ihres Geldes in Löhnen anlegen. Man kann wohl sagen, dass Marx glaubte, nur veröffentlichen zu sollen, was sich auf den gleichartigen Kapitalismus bezieht. Die Hypothese, die er hat machen müssen, findet sich so in volles Licht gerückt; man sieht, in wie ungeheurer Entfernung von der Wirklichkeit sie sich befindet, und von welcher Wichtigkeit die anzustellenden Untersuchungen zur Vervollständigung der Theorie sind. Die sehr einfache Vorstellung, die viele Sozialisten sich von der kapitalistischen Konzentration machen, kommt grösstentheils von der Vermengung des gleichartigen Kapitalismus mit dem wirklichen, der viel verwickelter ist.

Man hat hier ein Beispiel der beträchtlichen Verschiedenheiten, die sich zwischen den verschiedenen Kreisen der theoretischen Volkswirtschaft darstellen

können. Man sieht, wie gefährlich es ist, ohne genügende Kritik die im ersten Band des „Kapitals“ aufgestellten Gesetze anzuwenden.

Ich glaube genug gesagt zu haben, um zu zeigen, dass die Theorien des „Kapitals“ nicht so leicht zu verstehen sind, wie man oft sagt.

Die Werththeorie bietet noch viele dunkle Gebiete. Es ist noch viel Arbeit zu leisten, um ihr eine wahrhaft klassische Form zu geben. Und es ist zu fürchten, dass dieses Unternehmen nicht viele Schriftsteller anlockt.

Ein Arbeiterinnen-Streik.

Von

Henriette Fürth

(Frankfurt a. M.)

Am ersten Juni cr. ist vor dem Gewerbegericht Offenbach ein Streik beendet worden, der in mehr als einem Sinne aussergewöhnliche Bedeutung beanspruchen darf: Der Streik der Isenburger Wäscherinnen und Büglerinnen. Die Zahl der Ausständigen war klein, ihr Arbeitsgebiet wenig umfänglich. Wenn sich trotzdem die allgemeine Aufmerksamkeit in hohem Grade dieser lokalen Bewegung zuwandte, so darum, weil es ausschliesslich Frauen waren, die den Ausstand begonnen und mit zäher Beharrlichkeit zu einem siegreichen Ende geführt haben. Und noch aus einem anderen Grunde, der nicht zur Kenntniss weiterer Kreise gelangt sein dürfte, ist die Bewegung so bemerkenswerth. Es sind sozial und theilweise auch parteipolitisch zusammengehörige Kreise, die da im Kampf gegen einander standen. Arbeiter und Unternehmer stehen sich nicht als Angehörige scharf geschiedener Gesellschaftskreise mit abweichenden Lebensanschauungen und Interessen gegenüber; vielfach versippt und verschwägert gehören beide der gleichen sozialen Schicht an. Viele der Wäschereibesitzer waren früher selbst Lohnarbeiter. In anderen Betrieben hat die Frau die Wäscherei, während der Mann nur in seiner freien Zeit mithilft und im Uebrigen selbst Lohnarbeiter in der Schreinerei oder sonstigem Gewerbe ist. Oft kommt es vor, dass von den Gliedern eines Verwandtschaftskreises ein Theil Wäschereiunternehmer bezw. Unternehmerinnen, ein anderer als Lohnarbeiterinnen im Betrieb der Verwandten oder in fremden Betrieben thätig sind. Daraus folgt naturgemäss Uebereinstimmung der Lebensgewohnheiten und Ansprüche und ebenso natürlich die sogenannte patriarchalische hausindustrielle Betriebsweise mit all' ihren Schäden und Auswüchsen. Das Gewerbeinspektorat und die Arbeiterschutzgesetzgebung haben leider bis jetzt diesen dunkelsten Theil des Wirtschaftslebens streng gemieden. Noch giebt es kein Gesetz, das den Eltern die schrankenlose Ausbeutung ihrer Kinder und nächsten Angehörigen innerhalb des trauten „Heims“ unmöglich machte. Und was für die Kinder, das gilt bei der in der Isenburger Wäscherei üblichen hausindustriellen Betriebsweise auch für die Fremden, ja für sie hat es noch einen besonders bitteren Nachgeschmack. Sie stehen mit ihren Arbeitgebern am gleichen Waschfass und Bügeltisch; sie haben mit ihnen im Wesentlichen die gleiche Arbeitszeit und die gleiche Kost, aber --: sie haben nicht den gleichen Antheil am Arbeitsertrag. Die Unternehmer sitzen meist in eigenen Häusern, sie haben eigene Wiesengründe, die infolge der steigenden Bodenpreise ständig an Werth gewinnen; sie machen mehr oder minder regelmässig ihre Einlagen in die Sparkassen. Der fremde oder auch verwandte Arbeiter dagegen ist und bleibt der ausgebeutete Lohnarbeiter, der sich schinden und plagen darf, ungemessene Arbeitszeiten über sich ergehen lassen, häufig mit schlechter oder doch schlecht zubereiteter Kost zufrieden sein muss und für all' das eine lächerlich geringe Entlohnung empfängt.

Für einen Arbeitstag, der in der Mehrzahl der Betriebe 14—16 Stunden umfasste, der aber durch häufige Ueberarbeit auf 18 Stunden und mehr ausgedehnt wurde, wurde

ein Durchschnittslohn von 1,20 bis 1,30 Mk. bezahlt, dem ein Mindestlohn von 1 Mk. und ein aber nur in verschwindenden Fällen gezahlter Höchstlohn von 1,40 bis 1,50 Mk. entsprach. Ueberzeit wurde in 44 von 76 Betrieben überhaupt nicht bezahlt. In 14 Betrieben wurde die Ueberzeit mit 10 Pfg. für die Stunde entlohnt. Es soll vorgekommen sein, dass man die Nacht vom Freitag auf Samstag durcharbeiten liess und dann den Samstag freigab. Ein doppelter Vortheil für die Unternehmer: sie zahlten für die Ueberzeit (von 10 Uhr Abends bis 6 und 7 Uhr früh) weniger, als sie für den regelmässigen Arbeitstag zu zahlen hätten, und hatten dabei geringere Aufwendungen für die Kost, als es am Tage der Fall gewesen wäre.

Die Lehrzeit dauert $\frac{1}{2}$ bis 1 Jahr. Die Lehnmädchen, die meist sehr kräftig sind, wie das schon die Art ihrer Arbeit verlangt (sie haben während eines grossen Theils ihrer Arbeitszeit das zum Waschen nöthige Wasser zur Arbeitsstelle zu schaffen), bekommen während dieser Zeit keinen Baarlohn, danach für eine wöchentliche auf 4 Tage vertheilte Arbeitszeit von 56 Stunden einen Lohn von 1 Mk. Im 2. Jahr nach beendeter Lehrzeit schwankt die Arbeitszeit zwischen 56 und 72 Stunden in der Woche, der Lohn zwischen 3 und 5 Mk.

Dass man endlich dazu kam, sich gegen solche Zustände aufzulehnen, ist weniger verwunderlich, als dass es erst so spät geschah, inmitten einer rührigen, auch politisch sehr fortgeschrittenen Arbeiterschaft und vor den Thoren einer Stadt, die der weiblichen Lohnarbeiterschaft relativ hohe Löhne zu zahlen pflegt.*)

Die Hauptursachen, dass man die Zustände jahrelang im alten Schlendrian weitergehen liess, waren wohl die enge Zusammengehörigkeit der gegnerischen Interessenten und der Mangel jeglichen Zusammenschlusses auf Seiten der Arbeiterinnen.

Seit dem Sommer vorigen Jahres hat sich das geändert. Ermuthigt durch die schönen Erfolge, die die organisirten Schreiner von Neu-Isenburg errungen hatten, traten die Wäschereiarbeiterinnen im Juni 1896 zur Gründung eines Verbandes zusammen, dessen Hauptaufgabe der Kampf um die wirthschaftliche Besserstellung sein sollte. Der „Allgemeine Frauen- und Mädchenverein“ zählte bei seiner Gründung 69, zu Beginn des Ausstandes 178, später sogar 188 Mitglieder von 208 in 76 Wäschereien beschäftigten Arbeiterinnen.

Ueber den äusseren Verlauf des Streiks ist in der Parteipresse so ausführlich berichtet worden, dass ich auf eine Wiederholung verzichten und mich darauf beschränke, nochmals auf einige Hauptpunkte hinzuweisen. Der Kampf wurde auf beiden Seiten mit grosser Hartnäckigkeit geführt. Besonders erbittert waren die Unternehmer über ein Flugblatt, das in der That des Guten etwas zu viel that, und darüber, dass man sie wohlweislich just in dringendster Arbeitszeit im Stich gelassen hatte. Sie boten auf, was irgend an Arbeitskräften im Ort zu haben war, sie zahlten höhere Löhne und erlaubten, sehr gegen die sonstige Gepflogenheit, dass die verheiratheten Hilfsarbeiterinnen auch ihre Kinder mitbrachten. Sie arbeiteten selbst mit Weib und Kind, wie sie, nach Aussage Kundiger, noch nie gearbeitet hatten. Sie schafften einen Theil ihrer Kunden ab, was nach einer Angabe für die Isenburger Wäschereien einen wöchentlichen Verlust von 1500—2000 Mk. bedeutet haben soll. Kurz: sie richteten sich auf den Kriegszustand in Permanenz ein.

Demzufolge lehnten sie eine von den Arbeiterinnen vorgeschlagene Einigung vor dem Gewerbeschiedsgericht ab, weigerten sich, einer dahingehenden Aufforderung des Kreisrathes zu entsprechen, und zeigten sich ebenso unzugänglich gegen alle Verständigungsversuche des Bürgermeisters von Isenburg. Sie äusserten, dass sie Arbeitskräfte genug hätten, der Streik also für sie beendet sei. Ebenso, dass sie nur solche Arbeiterinnen wieder einstellen wollten, die sich bereit erklärten, aus dem Verband auszuseiden.

Daran dachte auf Seiten der Streikenden Niemand. Unerschütterlich hielten sie an ihrer bescheidenen Forderung eines Stundenlohnes von 10 bzw. 14 und 15 Pf. fest, an

*) In Frankfurt a. M. erhält eine Waschfrau oder Büglerin im Privathaushalt einen Tagelohn von 2 Mk. neben meist sehr guter Verköstigung für eine Arbeit von 11 Stunden. Im Geschäftsbetriebe 2,50 bis 3,00 Mk. ohne Kost.

der Bezahlung der Ueberstunden nach demselben Satz, wie an der Einführung eines Normalarbeitstages von $10\frac{1}{2}$ Stunden ausschliesslich der üblichen Pausen von zusammen $1\frac{1}{2}$ Stunden. Die Diskussion in den Streikversammlungen entrollte manch trauriges Bild aus mühevollen Arbeitsleben bei oft karger Kost, immer aber boten diese Versammlungen das Schauspiel treuen Aushaltens und muthiger Begeisterung. Wäscherinnen, die bei harter Arbeit grau geworden waren, gingen den Jüngeren mit leuchtendem Beispiel voran; eine Greisin von 73 Jahren steuerte Woche um Woche ihren Beitrag in die Streikkasse.

Die sozialdemokratische Presse forderte zur Unterstützung der Ausständigen auf. Der „Vorwärts“ und die „Gleichheit“ veranstalteten Sammlungen. So standen die Sachen, als man endlich in Bürgerkreisen Frankfurts auf den Streik aufmerksam wurde. Neben einem Aufruf in der Lokalpresse nahm sich die neu gegründete Rechtsschutzstelle des Frauenvereins, zusammen mit dem „Institut für Gemeinwohl“, einer in Frankfurt begründeten Zentralstelle sozialpolitischer Forschung und Praxis, der Ausständigen an. Das war ein Moment von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit, da die Frauen, die dabei in Aktion traten, gleichzeitig die Kunden der Isenburger Wäschereien waren oder mindestens auf diese Kunden in jeder Richtung einwirken konnten. Und das war ausschlaggebend. Nicht die veranstalteten Sammlungen, sondern die Furcht, die Kunden, d. i. die Grundlage ihrer wirthschaftlichen Existenz, zu verlieren, machte die Unternehmer gefügig. Sie erklärten sich zu Unterhandlungen bereit, die nach vorheriger Prüfung der Verhältnisse am 1. Juni vor dem Gewerbegericht zu einem befriedigenden Abschluss gelangten. Es wurde dort vereinbart:

I.

Die Arbeitszeit einschliesslich der Pausen wird festgesetzt:

1. Für Wäscherinnen von 7 Uhr Morgens bis 8 Uhr abends.

2. Für Büglerinnen:

a) vom 1. April bis Ende September von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends,

b) vom 1. Oktober bis Ende März von 8 bis 8 Uhr.

Verheiratheten Büglerinnen und Wäscherinnen ist es frei gegeben, zu jeder Jahreszeit um 8 Uhr Morgens zu beginnen.

II.

Der Lohn wird nach der Arbeitsleistung für die unter I. festgesetzte Arbeitszeit bezahlt, der Betrag von 1,50 Mk. gilt als Tagelohn für eine erste Arbeiterin. Bez. des Essens gilt die seitherige Uebung und wird ein gutes Essen von den Arbeitgebern ausdrücklich zugesagt.

III.

Ueberstunden werden von 8 Uhr Abends ab, dem der einzelnen Arbeiterin gewährten Tagelohn entsprechend, besonders vergütet. Wenn die auf Ueberstunden Arbeitende zwischen 8 und 9 Uhr zu Abend isst, so wird die dafür in Anspruch genommene Zeit an den zu bezahlenden Ueberstunden nicht in Abzug gebracht.

Damit war der Streik zu Ende. Seine Folgen sind, während ich dies schreibe, noch nicht ganz verwunden, und es wird wohl noch einige Zeit ins Land gehen, bis alle Ausständigen wieder Arbeit gefunden haben und die Wäscherei im alten Umfang wieder aufgenommen ist. Ein bezüglich Aufruf der Rechtsschutzstelle wird vielleicht etwas dazu beitragen, dass nach dieser Richtung Alles wieder ins alte Geleise kommt.

Ob der Friede dauernd sein wird? Es ist schwer, das zu beurtheilen. Das Ganze trug vielfach den Charakter einer Familienstreitigkeit, trotz oder vielleicht gerade wegen des hösartigen Anscheins, den es jeweils gewann. So lange der Betrieb in der seitherigen Weise andauert, ist eine Wiederholung der Kämpfe nicht ausgeschlossen; während es andererseits dahinsteht, ob bei einer Umwandlung der hausindustriellen in eine fabrikmässige Betriebsweise nicht an Stelle der heutigen andere, mindestens ebenso schlimme Uebelstände treten würden, ganz abgesehen davon, dass sich eine solche Umwandlung nicht von heute auf morgen bewerkstelligen lässt. Als bestes Schutzmittel gegen Ueber-

griffe dürfte sich jedenfalls die fortgesetzte Stärkung und der Ausbau der genossenschaftlichen Bestrebungen erweisen.

Mit dem eben Erreichten darf der Verband einstweilen vollauf zufrieden sein. Es ist nicht, wie wohl geäußert wurde, ein sehr bescheidener, sondern ein ganzer Erfolg. Der Verband ist unangetastet, ja gestärkt aus dem Kampf hervorgegangen, die Forderungen sind bis auf unwesentliche Punkte (schriftliche Verpflichtung der Unternehmer z. B.) durchgesetzt worden. Und dass sich die Ausständigen bei ihren Forderungen zum Anfang auf das nächst Erreichbare beschränkt haben, macht ihrer Einsicht alle Ehre.

Können Sozialdemokratinnen und bürgerliche Frauenrechtlerinnen für gemeinsame Ziele auch gemeinsam kämpfen?

Von

Johanna Loewenherz.

(Neuwied.)

Als neulich im Reichstag ein Antrag auf Aufhebung des Verbindungsverbots politischer Vereine eingebracht wurde, da war dieser Antrag unterzeichnet von Lieber, Singer, Werner, Richter, Elni, Rickert und v. Jazdzewski.

„Schulter an Schulter“ — man wird daran nicht deuteln wollen — kämpften da der Antisemit, der Sozialdemokrat, der Zentrumsmann, der Freisinn etc. — Sie erstrebten ein gemeinsames Ziel, und Keiner wird es ihnen verdenken, dass sie es gemeinsam erstrebten, sie erstrebten ein Stück Freiheit, und ihr Vorgehen bewies, dass ihre „Liebe zur Freiheit“ um so grösser war, als diese Liebe „den Hass besiegte“, wie die Dichter sagen; als sie ihre Träger fähig machte, über ihnen sonst Gegensätzliches und Nichtsympathisches hinwegzusehen. Wer will kommen und sagen: sie liessen feige ihr Prinzip im Stich!

Eris Kardorff vielleicht im wohlverstandenen Interesse seines eigenen, ewigen einzigen Prinzips: Klassenherrschaft. Trenne und beherrsche!

Es ging ihm Keiner an den Apfel.

Damals sagte ich mir: Wenn Sozialdemokraten um des zunächst Erreichbaren willen mit Nichtsozialdemokraten zusammengehen — und die steigende Tendenz zum Zusammengehen ist noch nicht erschöpft, das beweisen die allgemeinen Protestversammlungen der letzten Zeit, das beweisen die Erwägungen, ob und eventuell in welcher Weise wir uns an den Landtagswahlen in Preussen beteiligen — wenn Sozialdemokraten im Zusammengehen mit Bürgersleut', weder ihrer Würde noch ihrem Prinzip was vergeben, warum soll Sozialdemokratinnen verboten sein, was Sozialdemokraten erlaubt ist?

Sie haben nicht nur dasselbe Interesse an zunächst Erreichbarem, nein, sie haben das grössere.

Denn das „Schulter an Schulter“-Kämpfen, das Kämpfen der Frau in „Reih' und Glied“ der sozialdemokratischen Partei ist zwar eine sehr schöne Sache, aber es geht ihr wie dem „gauden Gericht“ Fritz Reuter's: wir haben's man nicht.

Wir kommen nicht zu seinem Genuss, und wenn man uns aus den eigenen Reihen noch so oft zuruft: Kalbfleisch und Pflaumen — pardon! — „Schulter an Schulter“-Kämpfen, kann es etwas Grösseres geben!

Denn: 1. das Gesetz will nicht so, wie wir Sozialdemokraten wollen, 2. die Sozialdemokraten wollen nicht immer so, wie die Sozialdemokratinnen

wollen, und 3. die Frauen, auch die proletarischen Frauen, wissen heute meist selbst noch nicht, was sie wollen und sollen.

Gesetz:

Zum „Schulter an Schulter“-Kämpfen gehören die gleichen Waffen, sonst hindert Einer den Andern. Muss es noch betont werden, wie oft die mangelnde Koalitionsfreiheit der Frau z. B. nicht nur sie selbst hindert, sondern auch als Hebel dienen muss, Männerorganisationen aus den Angeln zu bringen! Und der Stimmzettel, diese prächtige Waffe bei Gewerbegerichts-, Stadtverordneten-, Reichstagswahlen — haben wir sie?! Wir Frauen müssen uns erst die Waffen zum Kampf holen, die die Männer schon haben; ein Umweg, bis wir in „Reih' und Glied“ zu stehen kommen, ist nicht zu vermeiden.

Und die Sozialdemokraten?

Das Programm von Erfurt ist noch zu wenig lange da, als dass es schon vollständig begriffen sein sollte. Noch 1894 gab es Gewerkschaften, die keine Frauen aufnahmen. Im September 1895 konnte es noch geschehen, dass man an einen Ort in Thüringen eine Agitatorin berief, die die Porzellanarbeiterinnen organisiren sollte, und siehe da! als die Aufforderung gewirkt hatte und die Porzellanarbeiterinnen des Ortes sich organisiren wollten, da hiess es: Ja, wie denn? der Porzellanarbeiter-Verband nimmt keine Frauen auf. Ostern 1896 nahm er sie dann m. W. auf. Ob heute alle Gewerkschaften Frauen aufnehmen, wird die Generalkommission wissen. Fälle von unsolidarischem Verhalten der Arbeiter den Mitarbeiterinnen gegenüber wären beizubringen. In Berliner Versammlungen wurde laut Vorwärts-Berichten wiederholt darüber geklagt, und jede Agitatorin und jede in der Bewegung kämpfende Frau kann ein Liedchen davon singen. Auch vom Gegentheil, gewiss. Aber das Gegentheil, nämlich solidarische Empfinden, ist vom Standpunkt des Programms das selbstverständliche; wir heben dasjenige hervor, was an der Verwirklichung des Programms noch fehlt. Und neulich, als die „Gleichheit“ und die Vertrauensperson der Frauen Berlins einen Aufruf zu Gunsten der Wäscherinnen Neuisenburgs nur „an die Genossinnen“ richteten, schien mir das auch kein allzu grosses Vertrauen in das solidarische Empfinden der Arbeiter mit den Arbeiterinnen zu bekunden. In diesem speziellen Falle sogar ein zu kleines. Aber im Ganzen bleibt es als Thatsache bestehen, dass vorläufig der Arbeiter die Arbeiterin in der Praxis und in den überwiegend meisten Fällen noch nicht als gleichberechtigt ansieht. Es ist dies auch ganz natürlich, und böse wäre es nur, wenn wir uns über diese Thatsache hinwegtäuschen wollten.

Und die Frau selbst?

Auf was arbeitet sie hin? Nun, das ist doch klar, auf den Sozialismus. Ja, aber was ist denn der Sozialismus? Weiss das die Frau? Auf Grund meiner Erfahrungen behaupte ich, sie weiss es nicht, und in diesem Nichtwissen liegt die grösste Gefahr für sie, liegt die Möglichkeit, dass es ihr so ergeht, wie es ihr schon öfters, so z. B. im Christenthum und besonders in der grossen bürgerlichen Revolution erging: dass sie nämlich für Andere die Kastanien aus dem Feuer holt. Man wird mir einwenden — und ich selbst habe es mir vorgehalten — der Sozialismus ist ohne die vollständig rechtlich, und wirthschaftlich gleichstehende Frau gar nicht möglich. Gibt es also keinen Sozialismus für die Frau, giebt es auch keinen für den Mann. Aber das wäre ein Streit um Worte. Man kann sich sehr wohl mit einem Zustand begnügen, den man Sozialismus nennt,

und der nicht Sozialismus ist; eine Form der Gesellschaft, die die Produktionsmittel unter den Männern vergesellschaftet; eine Distribution, die die alte Benachtheiligung der Frau bestehen lässt; kurz einen Männersozialismus. Man sage nicht, unsere Entwicklung muss einen anderen Lauf nehmen. Gewiss, es giebt auch ausser dem Menschen viele bestimmende Kräfte, aber der Mensch selbst ist immer die bestimmendste Kraft. Und es ist nicht einmal so, dass die Bewegung, in die er sich selbst versetzt hat, nicht unterbrochen werden könnte, so wie ein den Berg hinunterlaufender Mensch seinen Lauf nicht plötzlich hemmen kann. Plötzlich kann er den Lauf nicht hemmen, aber hemmen kann er ihn. Und was nun im Menschen den Menschen am meisten bestimmt, das ist noch lange nicht ausgemacht. Wir hatten lange vor der materialistischen Geschichtsauffassung die schönste materialistische Geschichtsauffassung. Durch was die Welt bewegt wird? „Durch Hunger und durch Liebe“, antwortet Schiller. Durch Hunger und durch Liebe. Ich glaube und sehe es im Thierreich bestätigt, dass der Geschlechtstrieb für das Männchen ein gewaltig bewegendes Moment ist, zu Zeiten treibender noch als der Hunger. Wenn es nun auf die Willkür der Männer ankommt, so werden sie sich die geschlechtliche Herrschaft über die Frau so leicht nicht nehmen lassen. Gewiss, die Frau ist in immer steigendem Maasse direkt an der Produktion theilhaftig und bleibt sie darin, dann ist der Männersozialismus nicht möglich. Aber wenn sie nun nicht weiss, dass sie, um gleichberechtigt zu sein, mitarbeiten muss, was dann? Also wissen muss sie es.

Heute weiss sie's noch nicht. In einer Versammlung sprach einmal eine sozialdemokratische Rednerin darüber, dass heute zwar der Militarismus herrsche, in welchem System unmöglich die Frau zu ihrem Rechte kommen könne, dass aber da, wo friedliche, produktive Arbeit das meist Geehrte sei, die Frau mit arbeiten müsse, um gleichberechtigt zu sein. Denn jedes Gemeinwesen werde Rechte nur nach geleisteten Pflichten bemessen. Es wurde der Rednerin eifrig zugestimmt. Darauf erhob sich die eifrigste Genossin der Stadt und sprach: „Die bürgerliche Gesellschaft sagt, wir tasten die Heiügkeit der Ehe an, jedoch wir wollen ja gerade eine Gesellschaftsform, in der der Mann soviel verdient, dass die Frau nicht zu arbeiten braucht.“ Aehnliches kann man oft erleben.

Nein, sie wissen noch nicht was sie wollen. Aufklärung brauchen wir. Es ist mit ein Grund, dass ich gegen den Arbeiterinnenschutz bin, soweit er die Forderung eines kürzeren Arbeitstags in Deutschland für die Frau allein bedeutet, weil er den proletarischen Mann der Aufgabe enthebt, die Frau aufzuklären, zu organisiren. Aufklärung! 25 Jahre ist der Arbeiter in Deutschland der Arbeiterin voraus. In den letzten 40 Jahren beginnt Deutschland eine Industrie zu bekommen, aber erst seit etwa 15 Jahren steht die Frau in dieser Industrie. In England hat die Frau mehr Recht als bei uns. Schon kann man sagen, dass dort ein Männersozialismus nie möglich sein wird. In Deutschland aber könnte ich ihn mir sehr wohl vorstellen. Nimmt die industrielle Entwicklung einen rascheren Schritt an als die Frauenaufklärung und ihre rechtliche Besserstellung, vervollkommnet sich die Technik so, dass die gesellschaftlich nothwendige Arbeit bequem von den Männern allein gethan werden kann, so würde der Egoismus des Mannes der Frau bald wieder „den ihr allein gebührenden Platz“ angewiesen haben: das Haus, „die Welt des Weibes“.

Nicht nur der Handarbeiterin, besonders auch der geistigen Arbeiterin würden die Wege in's Haus zurück gezeigt. Also haben die bürgerlichen Frauen ein eminent grosses Interesse an der Aufklärung der Arbeiterin.

Es ist eine Phrase, wenn es nichts Schlimmeres ist, das Wort, dass es keine Frauenfrage gebe, sondern nur eine soziale; dass, wenn die soziale Frage gelöst ist, auch die Frauenfrage gelöst sei, dass man deshalb immer nur für den Sozialismus zu sorgen brauche. Ja, wenn die soziale Frage gelöst ist. Aber sie wird doch nur stückweise gelöst — was wird nun zunächst gelöst? Und wie lange harren wir dann des folgenden Stückes und endlich des Ganzen? Ja, wenn die soziale Frage einmal über hundert Jahre ganz gelöst sein wird, dann ist auch die Frauenfrage gelöst, inzwischen aber thun wir gut daran, für unseren Theil zu sorgen, dass derjenige Theil der sozialen Frage, der Frauenfrage heisst, zunächst gelöst werde. Sonst könnten wir uns eines Tages in verbesserter und vermehrter Abhängigkeit finden. Nicht für immer; denn die stockende Bewegung zur Freiheit würde einmal wieder anheben, aber für lange Zeit. Arbeiterin und Frauenrechtlerin sollten hier vollständig solidarisch sein. Es gab einmal eine Zeit, da es nothwendig war, fest darauf hinzuweisen, was der Frauenrechtelei fehlt, was sie für die Arbeiterin ungenügend macht; heute scheint es mir angemessen, das Gemeinsame der beiden Bewegungen zu betonen. Denken wir uns die Versammlungen, in denen Arbeiterinnen Vereins- und Versammlungsrecht verlangen, denken wir uns Frauenrechtlerinnen als Referentinnen. Geht das nicht an, nicht ebensowohl, wie es anging, dass Freisinnige und Sozialdemokraten ihre Protestversammlungen gemeinsam abhielten! Und anders: hat nicht der Neu-Isenburger Streik durch Vermittelung bürgerlicher Frauen günstig für die Arbeiterinnen geendet. Mir scheint, Genossin Fürth hat da klug und tapfer zugleich gehandelt.

Die deutschen Frauen haben lange genug nur gefordert, sie sollten jetzt anfangen zu erreichen. Mögen sie sich als Klasse fühlen. Jede Frau gehört zweien Klassen an: der einen gänzlich entrechteten, alleruntersten: der Klasse Frau, und der andern mehr oder minder bevorrechteten oder auch benachtheiligten, welcher sie durch die Medien Gatte und Vater angehört. Oder die Frau gehört durch sich selbst zwei Klassen an: durch ihr Geschlecht der einen, durch ihren Besitz der andern. Möge die Klasse Frau ihren Forderungen dadurch Nachdruck verleihen, dass sie sich nicht durch die Interessen jener andern Klasse, der sie zufällig noch angehört, verwirren lasse. Dann werden Arbeiterin und Frauenrechtlerin ihre gemeinsamen Forderungen auch gemeinsam erkämpfen. Auf der einen Seite die grosse Zahl, die Frische, die Energie, der grössere Charakter — nämlich bei der Arbeiterin — auf der andern Seite die Schulung, die grössere Unabhängigkeit, ein gewisser Einfluss bei der Frauenrechtlerin, dies zusammen bildet doch immerhin auch heute schon eine Kampfsmacht. Der Arbeiterin fehlt es an Offizieren, der Frauenrechtlerin an der Armee. Den beiden könnte geholfen werden.

Dass es aber geschieht, ohne dass das sozialdemokratische Prinzip auch nur im geringsten verletzt wird, dafür bürgt eines: alle die gemeinsamen Forderungen der Frauenrechtlerin und der Sozialdemokratie stehen auf dem Programm der deutschen Sozialdemokratie. Sind sie erreicht, so sind sozialdemokratische Forderungen erfüllt — die Methode soll uns egal sein.

Und alsdann? — „Schulter an Schulter“ mit gleicheren Waffen.

Der Sozialismus in Queensland.

Von
D. Levey.
(Brisbane).

Australien liegt so fern, dass gewiss der grösste Theil des englischen Volkes die Existenz dieses Britanniens der Südsee überhaupt vergessen würde, kämen nicht gelegentlich einmal einige Fussballspieler von dort herüber zum Besuch. Hin und wieder erscheinen wohl in einer der Tageszeitungen ein paar Zeilen, die einen neuen ergiebigen Fund anzeigen, als Vorspiel zur Bildung einer Räubergesellschaft, der dann mit Hilfe stark übertriebener Gerüchte Gelder zufließen; oder es kommt auch ein Bericht nach England, wie die Mitglieder der gesetzgebenden Versammlung sich von den Plätzen erhoben und die National-Hymne sangen, als der Name der Königin genannt wurde — nicht etwa als ob dabei irgend etwas Schlimmes wäre, sondern im Gegentheil, um den Leuten hier zu beweisen, dass Australien sich in einem Stadium zunehmender königstreuer Gesinnung befindet. Oder irgend ein Weltenbummler, der auch Australiens Küsten für eine oder zwei Wochen beglückt hat, veröffentlicht zu Hause ein Buch darüber; der grösste Theil seiner Kenntnisse ist aus amtlichen Quellen zusammengelesen und stammt aus einer Gesellschaft, bis zu der die Arbeiterfragen überhaupt nicht dringen.

Indessen habe ich nicht die Absicht, ein Buch über Australien zu schreiben, oder die Lügen zu widerlegen, die darüber zusammengeschrieben worden sind. Das würde gar zu viel Zeit kosten. Ich bin nur ersucht worden, etwas über die Arbeiterbewegung in Australien zu berichten. Das ist nun eine schwierige Aufgabe, da sie die ganze wirthschaftliche und politische Geschichte der Kolonie umfasst. Und da ich mich unfähig fühle, dieser Aufgabe gerecht zu werden, will ich mich auf Queensland,¹⁾ das jüngste Land der australischen Gruppe beschränken, dass eine starke Tory-Regierung, eine gut-organisirte Arbeiterpartei und eine Arbeiterpresse besitzt, die keiner andern nachsteht. Es ist dies die Kolonie, in der William Lane, der Gründer der Kolonie Cosme, lebte, und für die Sache des Volkes mit dem ihm eigenen Eifer stritt. Hier streute er den Samen des Sozialismus, der dort Wurzel fasste und dessen Frucht der Australische Arbeiter-Bund ist mit seinem offiziellen Organ, dem „Worker“. Er erst ermöglichte die Existenz einer ausgesprochen sozialistischen Arbeiterpartei mit zwanzig Vertretern in der gesetzgebenden Körperschaft, in der sechs Jahre vorher kein einziger sass.

Die allgemeine Wahl vom Jahre 1888 war die letzte Gelegenheit, bei der die alten politischen Parteien um die Herrschaft kämpften, und die Arbeiter wie eine Hammelherde der einen oder der anderen Partei folgte. Da waren die Squatters (Grundbesitzer) oder Konservativen, geführt von Sir Thomas Mc. Ilwraith, der damals gerade einen Anfall von Re-

¹⁾ Queensland, die nordöstliche Kolonie des australischen Festlandes, hat auf ca. 1 731 000 qkm eine rasch zunehmende Bevölkerung von jetzt ca. 450 000 Seelen, die Hauptstadt Brisbane 100 000 Einwohner. Die Hauptprodukte sind Wolle und Metalle.

publikanismus bekam, die zarten Bande zerriss und seine Partei „Nationalisten“ nannte — auf der anderen Seite die liberale Partei, geführt von Sir Samuel Walker Griffiths (jetzt Oberrichter von Queensland, damals Vertreter des Volkes und Verfasser eines ausgesprochen sozialistischen Artikels „Reichthum und Noth“), in dem die Masse der Lohnarbeiter den Mann sah, der sie in das gelobte Land wirthschaftlicher und politischer Freiheit führen sollte. Diese Wahl brachte den Sieg von Mc. Ilwraith, dem Pseudo-Nationalisten, und schliesslich den Abfall von Griffiths, seine endgiltige Verbannung in juristische Aemter und damit vom politischen Leben. Das war in der That das Ende der liberalen Partei. Viele von Griffiths Nachfolgern schlossen sich, erschreckt durch die wachsende Stärke der Arbeiterpartei, der Regierungspartei an, und jetzt giebt es im Staate nur die zwei grossen Parteien: die Ministerialisten — oder Tory-Anarchisten, wie sie genannt werden -- und die oppositionelle Arbeiterpartei, die Sozialisten.

Die neue Ursache, die zur Entstehung der Arbeiterpartei in den verschiedenen Kolonien führte, war die bittere Lehre, die fortgesetzt Niederlagen in wirthschaftlichen Kämpfen um bessere Arbeitsbedingungen mit sich brachten. Der übermächtige Druck, der durch den verbündeten Kapitalismus ausgeübt wurde, führte die Arbeiter zu der Einsicht, dass irgend etwas faul sei in einem sozialen Organismus, der einer kleinen Minderheit die Macht verlieh, jede Arbeitsbedingung, die sie nur wünschte, durchzusetzen, da die Noth die Arbeiter zwang, sich Allem zu unterwerfen. Allerdings bestand ja Vertragsfreiheit, d. h. der Lohnsklave hatte freie Wahl, anzunehmen oder zu verhungern. Der grosse Seemannsstreik, der 1890 stattfand und mit der Niederlage der Arbeiter nach einem langen und heftigen Kampf endete, zeigte ihnen die Schwäche der rein gewerkschaftlichen Aktion gegenüber dem Kapitalismus, hinter dem alle Hilfsquellen der Regierung stehen und eine Armee von Arbeitslosen, die eingestellt werden können. Der Kampf für die Rechte der Arbeit wurde nun auf einem andern Felde wieder aufgenommen, denn bei den Wahlen für Neusüdwaales, die kurz nach dem Seearbeiter-Streik stattfanden, bildete sich eine Arbeiterpartei, die im ersten Anlauf über dreissig Sitze gewann und mit wechselndem Erfolg bei neueren Wahlen im Parlament von Neusüdwaales noch die Waage der Macht in ihrer Hand hält. Sie vermag die alten politischen Parteien zur Annahme von Gesetzen zu zwingen, die noch auf Jahre hinaus nicht in die Gesetzbücher gekommen wären, sässe nicht im Parlament eine Arbeiterpartei, verpflichtet auf ein entschieden sozialistisches Programm, bestehend aus Mitgliedern gewerkschaftlicher Verbindungen und sozialistischer Vereine, Männern, die in den Fragen der sozialen und politischen Oekonomie wohl bewandert sind, und deren Einfluss innerhalb und ausserhalb des Hauses die Sache des Volkes befördert und wirthschaftliche Freiheit erkämpfen hilft. Dieselbe Partei, mit geringfügigen Abweichungen im Programm in Bezug auf lokale Fragen, besteht in Victoria und Süd-Australien, so dass in allen kolonialen Parlamenten mit der Arbeit als einer Macht in jeder politischen Frage gerechnet werden muss.

Um nun auf Queensland zu kommen — diejenige Kolonie, die ich genauer kenne — so reicht die Geschichte ihrer Arbeiterpartei, die

zum ersten Mal das Feld politischer Ehre in den allgemeinen Wahlen von 1893 betrat, bis zur Gründung des Australischen Arbeiterbundes zurück, der 1889 entstand und bald eine Mitgliederzahl von nahezu 20000 aufwies, der sämtliche Arbeiterkategorien umfasste und Bezirks-Versammlungen in allen Theilen der Kolonie abhielt. Seine Erfolge bei wirthschaftlichen Kämpfen versetzten die Unternehmerschaft in solche Schrecken, dass sie der Anlass zu jenen mächtigen Arbeitgeber-Verbänden in der Schifffahrt und Landwirthschaft wurden, deren Macht fortdauernd angerufen wird, um die Arbeitereinigkeit zu durchbrechen, deren Mitglieder Regierungsstellen inne haben und die Staatsmaschinerie zu Hilfe nehmen, um wirthschaftliche Kämpfe gegen die organisirte Arbeit zu gewinnen. Die erste Generalversammlung des Bundes wurde im August 1890 in Brisbane während des Seearbeiterstreiks abgehalten. Es waren Delegirte aus allen Theilen der Kolonien anwesend; sie vertraten Busch- (Land-) Arbeiter, Bergleute, kurz alle Arbeiterklassen. Unter Anderm wurde Folgendes als politisches Ziel des Bundes beschlossen:

1. Vergesellschaftung aller Quellen des Wohlstandes, sowie aller Produktions- und Tauschmittel.

2. Leitung der gesammten Produktion und des Austausches durch die Staatsgewalt.

Die Reorganisation der Gesellschaft nach den angeführten Grundsätzen müsse sofort begonnen und ununterbrochen weiter geführt werden, bis wirthschaftliche Gerechtigkeit jedem einzelnen Bürger gesichert ist.

Dies waren die hauptsächlichsten Prinzipien, die im Programm des Bundes Aufnahme fanden. Sie wurden den verschiedenen Vereinen unterbreitet und von ihnen angenommen.

Diese Ideen griff nun die kapitalistische Presse auf, um die Leidenschaften der besitzenden Klasse dadurch im höchsten Maasse aufzustacheln. Tag für Tag erschienen Leitartikel, voll der giftigsten Schmähungen gegen die Männer, die so gefährliche Lehren im Volke verbreiteten. Der Herausgeber des „Telegraph“, ein ex-methodistischer Pfarrer Namens Brentnall, schuf eine förmliche Schreckensherrschaft durch seine Verdrehungen der sozialistischen Lehre: der Lehre des Herrn, der zu folgen er gelobt hatte, als er in den geistlichen Stand eintrat. Die Besitzenden wurden aufgefordert, Vereinigungen zu ihrer Vertheidigung zu bilden, und sogar die im Tagelohn arbeitenden Besitzer von sechzehn Ruthen-Antheilen standen feindselig gegen den Australischen Arbeiterbund mit seinem sozialistischen Glauben auf, gleich jenen Sklaven, die im amerikanischen Kriege auf Seiten ihrer Herren fochten. Im Jahre 1891 fand der grosse Landarbeiter-Streik statt; die Regierung sandte schleunigst Truppen, froh, dass sie eine Gelegenheit hatte, die Macht des Arbeiterbundes zu brechen. Die Beamten des Bundes wurden in Haft genommen und nach den alten Verschwörer-Gesetzen aus der Zeit Georgs IV.²⁾ zu zwei bis drei Jahren Gefängniß verurtheilt. Regierungs-Spione wurden unter die Arbeiter gesandt, um die Unbedachten bei irgend einer Handlung zu ertappen, die einen Vorwand zur Verhaftung von Vereinsmitgliedern bieten könnte. Noch einmal

²⁾ Regierte 1820—1830.

triumphirte der Kapitalismus; aber noch war die Kraft des Australischen Arbeiterbundes nicht gebrochen. Thomas Glassey, jetzt der Führer der Arbeiterpartei im Parlament, versuchte die Einsetzung einer königlichen Kommission zur Untersuchung des ganzen Streiks durchzusetzen; doch blieben seine Berührungen erfolglos; die Regierung fürchtete Enthüllungen, die beweisen könnten, dass der ganze Streik nur auf einem ungeheuren Komplott der Regierung mit dem Viehzüchterverein beruhte, einem Komplott, das bezweckte, den Verband der Schafscheerer zu sprengen.

Noch einmal nahmen die Arbeiter ihre Zuflucht zur Politik, um eine Anerkennung ihrer Rechte durchzusetzen. Der alten Parteien, der Liberalen und Konservativen herzlich überdrüssig, beschlossen sie, eine eigene Partei unter der Leitung des Arbeiterbundes zu bilden. Es wurden nun in der ganzen Kolonie politische Arbeiterorganisationen geschaffen, um Kandidaten für das Parlament zu wählen und durchzubringen, die unbedingt mindestens zwölf Monate lang Mitglieder einer politischen Arbeiterorganisation oder eines gewerblichen Verbandes gewesen und bereit sein mussten, das Arbeiterprogramm zu unterschreiben, das die Versammlung in Brisbane im Jahre 1892 mit folgenden Hauptbestimmungen angenommen hatte: Reform des Wahlrechts, allgemeines und gleiches Stimmrecht für jeden Erwachsenen; Arbeitsrechte; ein staatliches Arbeitsamt, bei dem Jeder das Recht hat, Arbeit zu einem Minimallohn aufzusuchen; Staatspension für alle Personen über fünf und fünfzig Jahren und für Invaliden, die fünfzehn Jahre lang in Queensland ansässig waren, sowie für alle Waisen im schulpflichtigen Alter — nicht als Almosen, sondern als Recht; Abschaffung der vom Staate unterstützten Einwanderung, Abschaffung aller Verschwörungsgesetze, sowie der Gesinde-Ordnung. Abschaffung der ernannten Richter, Wahl aller Staatsbeamten; Referendum: d. h. Unterbreitung der Gesetze zur Genehmigung oder Verwerfung an das Volk; Föderation Australiens auf demokratischer im Gegensatz zu imperialistischer²⁾ Basis. Dies war die Politik, mit der die Arbeit den Kampf aufnahm, um in den allgemeinen Wahlen von 1893 politische Macht zu erobern. Der grösste Theil der alten liberalen Partei war in der Mc. Ilwraith- oder Boodle-Partei aufgegangen. Dem grossen Führer der Liberalen, Sir Samuel Griffiths, war als Lohn für den Verrath des Volkes das Obergerichters-Amt zuerkannt worden; der eigentliche Kampf fand also nur zwischen den Ministerialisten und der Arbeiterpartei statt. Als die Arbeiterpartei aus dem Kampfe mit sechszehn Vertretern hervorging; hatte man in Anbetracht der Uebermacht der Gegner im Lager der Arbeiter Grund genug, sich Glück zu wünschen; in dem der Boodle-Partei, die alle Kräfte angespannt hatte, um den Kandidaten der Arbeiterpartei eine Niederlage zu bereiten, herrschte grosse Bestürzung. Mc. Ilwraith erklärte öffentlich, dass Queensland dem finanziellen Ruin entgegengehe, wofern er nicht wieder zur Macht gelange. Angestellte wurden gezwungen, gegen ihre Ueberzeugung zu stimmen, und trotz alledem, ja trotz der Thatsache, dass der grösste Theil der Busch-Arbeiter gar kein Wahlrecht besass, betrogen die zu Gunsten der Arbeiter abgegebenen Stimmen 20 000

²⁾ Imperialismus: das Bestreben, Grossbritannien mit seinen Kolonien zu einer zentralisirten einheitlichen Monarchie („Greaten Britain“) zusammenzufassen. Hauptvertreter sind Chamberlain und Dilke.

gegen 32 000 für die Ministerialisten. Das Parlament wurde schleunigst einberufen, um über die Banken zu berathen, die die Zahlungen eingestellt hatten; obwohl Mc. Ilwraith die Macht wieder in Händen hielt, hatte eine Bank nach der anderen fallirt. Glücklicherweise besass die Arbeiterpartei nicht die Majorität; sonst würde man unstreitig ihr diese Fallissements zur Last gelegt haben. Die Haltung der Vertreter der Arbeit wurde mit Interesse verfolgt, in manch einer ausgedehnten Debatte bewiesen sie ihr Geschick; einige ihrer Mitglieder fesselten die Aufmerksamkeit des ganzen Hauses, und mehr als eine Debatte lief schliesslich auf eine Kontroverse über die Prinzipien des Sozialismus hinaus, ein sehr unangenehmes Thema besonders in der Diskussion mit einem Ministerialisten, der später zum Lohn für seine unausgesetzten Angriffe auf die Prinzipien der Arbeiterpartei, wie er sie nämlich in seiner krankhaften Phantasie sah, in die erste freie Stelle im Kabinet geschoben wurde. Während der drei Jahre behauptete indessen die Arbeiterpartei ihre Unabhängigkeit, und wenn sie zuweilen die Ruhe der Versammlung störte, besonders durch ihren Widerstand gegen die Zwangsakte, die von T. J. Byrnes, Kronanwalt von Queensland, vorgelegt waren, und die zur Suspension von acht ihrer Mitglieder führte, so hatte doch ihre Anwesenheit im Parlament einen läuternden Einfluss auf die Politik von Queensland und bewahrte das Land davor, ganz und gar eine Beute der Boodler zu werden, die es regierten.

Die Auflösung des Parlaments bereitete einen weiteren Kampf vor. Die Regierung appellirte an das Land. Ihre Politik bestand darin, das rothe Gespenst des Sozialismus als Ursache aller Uebel heraufzubeschwören, die das unglückliche Queensland heimsuchten. Sogar die furchtbaren Ueberschwemmungen schob man auf die Arbeiterpartei, und schliesslich nahmen die Ministerialisten zu dem gemeinen Kniff ihre Zuflucht, den religiösen Fanatismus aufzustacheln, um den Sieg zu gewinnen. Wie Sir Hugh Nelson, der Premierminister von Queensland, in einem Manifest sagte: Nur zwei Parteien giebt es im Staate, die Partei der Ordnung und Sitte, der Erhaltung persönlicher Freiheit, und ihr gegenüber die sozialistische oder Arbeiterpartei mit ihrer Politik der Einziehung des Eigenthums. So wurde der Kampf geführt, und dennoch ging die Arbeit daraus mit einem Gewinn von vier Sitzen hervor. Wenn man die Anstrengungen berücksichtigt, die die Regierung gemacht hatte, so ist kaum anzunehmen, dass sie von diesem Resultat sehr erbaut war. Zwar besass sie eine starke und gefügige Partei, aber auch die Arbeiterpartei sass, stärker als zuvor, im Parlament, obgleich Hunderte von denen, die mit der Arbeit sympathisirten, ausserhalb des Kampfplatzes standen, und trotz der vielen Hemmnisse, die man der Stimmabgabe im Busch entgegengestellt hatte. In Orte, an denen nur wenige Arbeiter beschäftigt waren, legte man Wahllokale; dagegen wurde die Bitte der Bergarbeiter von Opaltown, bei ihnen ein Wahllokal einzurichten, abschlägig beschieden, und so mussten fast hundert Bergarbeiter einen Weg von fünfzig Meilen (eine englische Meile = 1,6 km) zurücklegen, um ihre Stimmen abzugeben, dies selbstverständlich zu Gunsten der Arbeiterpartei fielen.

Soweit haben wir den Fortschritt der Arbeiterpartei in Queensland verfolgt: wie sie entstand durch die fruchtlosen Bemühungen der Lohnarbeiter, ihre Rechte mittelst industrieller Kämpfe zu erringen; wie sie

wuchs, als sich im Volk sozialökonomische Kenntnisse verbreiteten, und der Zweifel die Arbeiter ergriff, ob die alten politischen Parteien irgend etwas thun könnten, das wachsende Uebel des modernen Kapitalismus zu bekämpfen. Die propagandistische Thätigkeit der Arbeiterbewegung wird auf gewerkschaftlichem Gebiete von dem Australischen Arbeiterbund betrieben, auf politischem von den politischen Arbeiterorganisationen. Das Werk Beider unterstützt eine Zeitung, der „Worker“ (Arbeiter), das Eigenthum des Arbeiterbundes, die in jeden Theil des Buschs eindringt, überall die erhabenen Lehren des Sozialismus verbreitet und der Sache der Arbeit unschätzbare Dienste leistet. Es sind viele Versuche gemacht worden, die Einigkeit der Partei zu brechen. Einzelne Schwankende wollten den Namen „Arbeiterpartei“ in „Demokratische Partei“ umwandeln oder ein Bündniss mit den Liberalen schliessen; die Organisation jedoch wies alle derartigen Anträge ab. Das Motto der Partei lautet: „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns! Jeder kann der Partei beitreten, der ihre Grundsätze anerkennt und bereit ist, das politische Programm zu unterschreiben. Wer da meint, damit seine Freiheit zu opfern, mag wegbleiben. Die Zeit ist vorüber, wenigstens für Queensland, wo die Arbeiter blind irgend einem politischen Führer folgen, mögen seine Versprechungen noch so lockend sein.

Die grosse Gefahr für die Sache ist die Partei selbst. Die Männer, die aus den Reihen der Arbeiter hervorgegangen und als Abgeordnete ins Parlament gesandt worden sind, dürfen nie die Leiden vergessen, zu deren Bekämpfung man sie erwählte. Sie sollen nicht liebäugeln mit den Feinden des Volkes, die gewiss jedes erdenkliche Mittel anwenden werden, um die Mitglieder der Arbeiterpartei von der strengen Verfolgung der Arbeiterprinzipien abzuziehen. Der Glanz des parlamentarischen Lebens, der tägliche Umgang in gemüthlicher Umgebung mit Männern, die früher auf die herumziehenden Agitatoren herabgesehen hätten, macht zu allzu grosser Duldsamkeit gegen die bestehenden Schäden geneigt. Schon zu oft wurde das Parlament das Grab des Vertreters der Arbeit. Wer das Banner des Fortschritts vortragen will, der darf niemals zögern, die Lehren des Mammons anzugreifen und alle die niederzuwerfen, die durch Gewalt, Betrug oder Liebedienerei die gegenwärtige Weltordnung aufrecht erhalten helfen.

Die Arbeiterbewegung ist auf kein Land und auf keine Rasse beschränkt; sie reicht über die Erde. Jeder Erfolg und jeder Missgriff eines ihrer Zweigé berührt die ganze Bewegung. Unter den verschiedensten Namen wird in den verschiedenen Ländern die Sache der Sozialdemokratie befördert. Der Uebergang von der Privatunternehmung und wirthschaftlicher Anarchie zu staatlicher Leitung und wirthschaftlicher Ordnung mag noch sehr fern sein; aber er wird kommen, und wer wird den Weg weisen?

Die Sozialdemokratie kann sich der Thatsache freuen, dass in dem Lande, wo das Suchen nach Gold im Schwang ist, auch das Suchen nach einem Heilmittel gegen die soziale Ungerechtigkeit vorwärts schreitet. Die politische Quacksalberei der bürgerlichen Partei-Politik hat bald ihre Rolle ausgespielt. Die Hoffnung des Lohnarbeiters ist die Arbeiterpartei. Von ihr erhofft er Befreiung vom Elend. Wenn Einigkeit in ihren Reihen herrscht, kann Alles, wovon man erst seit wenigen Jahren sprach und träumte, in wenigen Jahren verwirklicht sein.

Einige Bemerkungen über die parlamentarische Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Von
Emil Lang.
(Hamburg.)

In seinen Betrachtungen über die Situation „Nach dem Hamburger Ausstande“ schreibt Mehring (Heft 21 der „Neuen Zeit“): „Möglich, dass die neuen Wahlen binnen Jahr und Tag Zustände schaffen, die den Schwerpunkt des proletarischen Klassenkampfes wieder auf das parlamentarisch-politische Gebiet verlegen: heute liegt er entschieden nicht dort, und so lange der gegenwärtige Reichstag besteht, wird er auch dort nicht liegen. Eine parlamentarische Debatte kann unter Umständen viel wichtiger sein, als ein Dutzend Streiks; gegenwärtig liegen die Umstände aber so, dass der Hamburger Streik allein ungleich wichtiger war, als sämtliche Debatten, die seit Jahr und Tag im Reichstage geführt worden sind.“

In diesen Worten liegt eine treffende Werthung, welche den parlamentarischen Kämpfen im Reichstage gegenwärtig beizumessen ist. Der parlamentarische Kleinkrieg, wie er jetzt von vielen unserer Genossen geführt wird, bedeutet unseres Erachtens eine Verzettelung unserer Kräfte und wirkt propagandistisch auf die grossen Massen um so weniger, als diese Kampfweise gar keinen sozialistischen Charakter trägt und tragen kann. Dieser Kleinkrieg erweckt nur zu leicht den Schein, als nähmen wir regeren Antheil an den öffentlichen Dingen der gegenwärtigen Gesellschaft und bringt uns somit in Widerspruch mit der Haltung, die wir prinzipiell einnehmen und wahren müssen. Eine Theilnahme unserer Genossen an den Debatten im Reichstage ist nur bis zu einem gewissen Grade erwünscht; nämlich überall da, wo wir unsern Standpunkt in grundlegenden Fragen darzuthun haben. In einen Wettstreit mit bürgerlichen Parlamentariern zu treten, liegt für unsere Genossen um so weniger Veranlassung vor, als ihre vielfach unzureichende Information einer wirksameren Aktion hindernd entgegensteht. Bei dem Bemühen, sich zuverlässiges Material zur Beurtheilung und Erörterung der zu behandelnden Fragen zu verschaffen, stossen die Abgeordneten der Opposition, zumal unsere Genossen, auf die grössten Schwierigkeiten. So kommt es denn nur zu leicht, dass wir eine Niederlage erleiden, wo wir auf einen Erfolg rechneten, oder das Sachen mit einer Breite vorgetragen werden, die im umgekehrten Verhältniss zum Inhalt und zur Wichtigkeit des Gegenstandes steht.

Wer in einer grossen Verwaltung gearbeitet hat, weiss, wie überaus schwierig es für einen Laien ist, sich in die Materien so, wie sie vom bureaukratischen Gesichtspunkt aus behandelt werden, hinein zu denken und zu arbeiten. Darin liegen bei vielen legislatorischen und Etats-Fragen zum Theil die grossen parlamentarischen Erfolge Eugen Richters, dass er Jahre hindurch Gelegenheit hatte, in einer grossen Verwaltung thätig zu sein. Diese Thätigkeit war für ihn, wie für viele andere Parlamentarier, die aus dem Juristenstande hervorgegangen sind, gleichsam die Vorschule für seine parlamentarische Lauf-

bahn. Unsere Genossen im Reichstage stammen zum allergrössten Theile aus Kreisen, denen niemals die Gelegenheit geboten wird, einen Einblick in den Apparat einer Verwaltung zu gewinnen. Sie sind auf die Mittheilungen Anderer angewiesen. Wir sind nicht immer mit dem Auftreten und dem Ton Stadthagens einverstanden, aber selbst seine Gegner müssen ihm Sachkenntniss in den von ihm behandelten Fragen zugestehen. Die Unfallversicherung, die Justiznovelle, das bürgerliche Gesetzbuch, die Handwerkerfrage, der Achtstundentag sind von unseren Genossen mit ausserordentlicher Gründlichkeit unter Wahrung unseres Standpunktes behandelt worden. Hier waren grössere parlamentarische Kämpfe am Platze. Anders jedoch liegt die Frage, inwieweit z. B. eine Betheiligung an den Debatten über den Etat geboten oder auch nur empfehlenswerth sei.

Bei den alljährlich wiederkehrenden Erörterungen hierüber hat eine fast schablonenmässige Behandlung Platz gegriffen. Die Reden über die Fabrikinspektorenberichte waren sozialpolitische Abhandlungen, wie sie in unseren Parteorganen zu finden sind. Die zur Sprache gebrachten Soldatenmisshandlungen gehören zum ständigen Inventar bei den Debatten über den Militäretat. Dass wir trotz der Aufdeckung haarsträubender Fälle von Misshandlungen gerade Lorbeeren auf diesem Gebiete uns geholt hätten, möchten wir nicht behaupten.

Vielfach steht die Länge einer Rede im umgekehrten Verhältniss zur Bedeutung des vorgebrachten Thatachenmaterials. Ich erinnere z. B. an die letzten Debatten über den Postetat. Was Bebel und Singer vorzubringen hatten, konnte unbeschadet der Gründlichkeit viel kürzer gesagt werden. Bebel sprach u. a. über die Portofreiheit, welche gefürstete Personen geniessen. Hierüber ist schon seit Jahren debattirt worden, ja, es sind noch viel drastischere Fälle in dieser Beziehung im Reichstage erwähnt worden. So zeigte z. B. der Abg. Eugen Richter in der Sitzung am 11. Dezember 1889 eine portofrei beförderte Karte mit einem fürstlichen Stempel. Der Inhalt der Karte handelte von Käselieferungen einer Domänenverwaltung! Aber was will die Portofreiheit, die sich nach Groschen und Mark berechnen lässt, besagen gegenüber der Zollfreiheit der Fürsten und Gesandten deutscher Bundesstaaten? Mag man den Botschaftern und Gesandten auswärtiger Staaten Zollfreiheit für ihre Konsumtibilien gewähren, sie den Fürsten und den bei den einzelnen Bundesstaaten akkreditirten Gesandten zuzugestehen, also Denjenigen, die vor Allem an der Aufbringung der Mittel für unser „herrliches Kriegsheer“ interessirt sind, ist ein Widersinn und sollte unseren Genossen Veranlassung gegeben haben, auf eine Aenderung des Artikels 15 des Vertrages vom 8. Juli 1867 zu dringen.

Bei vielen Debatten zeigt es sich auch, dass unsere Genossen die Tragweite und Wichtigkeit, welche dem erörterten Gegenstand innewohnt, nicht zu ermassen vermögen und die Debatte entweder fallen lassen oder nicht auf die richtige Höhe zu heben wissen.

Bekanntlich wurde in Hamburg während des Hafnarbeiterausstandes der Zollanschlussvertrag dadurch gebrochen, dass man Arbeiter auf Schiffen im Freihafen wohnen liess. Nun bildet der Zollanschlussvertrag gleichsam eine Novelle zum Artikel 34 der Reichsverfassung, weil er diesem Artikel eine wesentlich andere Fassung gab. Es lag also auch ein Bruch der Reichsverfassung vor. Hierauf musste im Laufe der Debatte hingewiesen werden. Molkenbuhr erörterte zwar den Vertragsbruch am 14. Januar im Reichstage,

aber keiner der Genossen nahm weiter das Wort um diesen Punkt gegen die haltlosen Argumente des Reichsschatzsekretärs hervorzuheben.

Am wenigsten zeigten sich unsere Genossen der Situation gewachsen, als die Reichsregierung im Jahre 1894 dem Reichstage den Handelsvertrag mit Russland zur Genehmigung vorlegte. Bekanntlich hätte die Regierung ohne die Stimmen unserer Genossen für den Vertrag keine Mehrheit im Reichstage gefunden. Diesen Umstand mussten unsere Abgeordneten ausnutzen. Sie hätten, event. unter Zustimmung der in Volksversammlungen gehörten Wählermassen, ihr Votum für den Vertrag von der Gewährung einiger Gegenforderungen, z. B. des uneingeschränkten Koalitionsrechts, der Sicherung der geheimen Stimmabgabe bei Wahlen durch Einrichtung besonderer Räume für die Wähler, wo sie ihre Zettel in verschliessbare Couverts stecken können und dergleichen mehr, abhängig machen müssen. Die Forderungen konnten, ohne dass es grosse Vorarbeiten bedurft hätte, gewährt werden. Wurden sie nicht bewilligt, und löste die Regierung den Reichstag nach abgelehntem Verträge auf, so hätte der Reichstag nach den Neuwahlen kaum ein anderes Bild gezeigt. Die Regierung hätte also auf unsere Forderungen eingehen oder den Handelsvertrag ohne den Reichstag abschliessen müssen, was nur durch einen Verfassungsbruch möglich gewesen wäre.

Nicht unerwähnt möchten wir lassen, dass sich auch in unserer Partei immer mehr und mehr sogenannte Parlamentarier herausbilden, und dass das früher beobachtete demokratische Prinzip, nach dem die Materien gleichmässig unter die Abgeordneten vertheilt werden, allmählich fallen gelassen wird.

Wir haben in unseren Ausführungen eine Frage angeschnitten, die bisher noch wenig zur Erörterung gelangt ist. Eine Anregung zu ihrer Diskussion gegeben zu haben, war der Zweck dieser Zeilen.

Rundschau.

OEFFENTLICHES LEBEN.

Koschmann — Peters — Tausch. Eine herrliche Nachbarschaft, in die der unglückselige Idealist durch den Gang der Ereignisse gerathen ist. Die bürgerlichen Geschworenen haben Koschmann schuldig befunden und der Gerichtshof hat ihn auf zehn Jahre ins Zuchthaus geschickt. Es ist zwar Revision eingelegt worden, aber selbst wenn seine Verteidiger nicht von so jämmerlicher Unfähigkeit wären, wie sie sich während der achtägigen Verhandlung erwiesen haben, so wäre doch Hundert gegen Eins zu wetten, dass das Reichsgericht das Urtheil nicht aufheben wird. So wird der junge, vierundzwanzigjährige Mensch im Zuchthaus begraben werden. So viel Widerstandsfähigkeit besitzt sein schwächerer Körper nicht, um die harte Marter des Zuchthauses zu ertragen. Für ihn bedeutet der Spruch ein Todesurtheil. Hat die Strafe den Schuldigen getroffen?

Nach meiner Ueberzeugung nicht. Was die Beweiserhebung ergab, war schwankend und widerspruchsvoll. Selbst die Geschworenen scheinen es nicht für erwiesen gehalten zu haben, dass er die Kiste mit der Höllenmaschine in Fürstenwalde aufgegeben hat; sie hätten ihn sonst als Thäter, nicht bloß als Helfershelfer erklären müssen. Sie haben ihn verurtheilt, weil sie ihm die Fabrikation der Kiste zutrauten. In ihrer Mitte befand sich ein heimlicher Mechaniker, der sich natürlich für bedeutend klüger als die amtlichen Sachverständigen hielt. Diese hatten mit aller Sicherheit bekundet, dass die Kiste von ungetübter Hand hergestellt worden sei. Der heimliche Mechaniker unter den Geschworenen aber demonstrierte drin im Berathungszimmer, fern von jeder Kontrolle, seinen Kollegen ad oculos, dass die Technik der Höllenmaschine doch nicht so dumm sei, dass sogar Schellack verwandt worden sei, den „Mechaniker auch sonst zu verwenden pflegen“. Also stand

es in dem von den Geschworenen inspirirten Waschzettel in allen Zeitungen zu lesen. Und deshalb geht ein Mensch auf zehn Jahre ins Zuchthaus. Wohlgemerkt, über die Herstellung der Kiste war in der Verhandlung auch nicht das Geringste ermittelt worden. Die Anklage hatte kaum den Versuch gemacht, in dieser Hinsicht etwas zu erweisen. Man kauft aber doch in Berlin nicht 10, 12 Flaschen Ligroin, ohne dass auffällt. Man liest in Berlin doch nicht „La côtelibre“, das geheimnissvolle französische Blatt, das als Verpackung mit verwandt worden war, so häufig als den „Lokalanzeiger“. Aber alle diese Fäden liess man ruhig in der Luft flattern; keiner ging ihnen nach, und die Vertheidiger wiesen nicht einmal auf die Lücken hin.

Das Urtheil gegen Koschemann ist ein Stimmungsurtheil. Für die nöthige Stimmung war genügend gesorgt. Da war der Vorsitzende, der den Geschworenen nicht fremd gegenüberstand, sondern sie eine lange Schwurgerichtsperiode hindurch geleitet und ihr Vertrauen erworben hatte. Er war durch die Lektüre der Akten offenbar schon von der Schuld des Angeklagten überzeugt worden und seine Ueberzeugung wirkte so suggestiv auf die Geschworenen, wie seine Fragen auf manche Zeugen. Da war der Staatsanwalt, der durch seine Milde gegen die übrigen Angeklagten seinen Angriff auf Koschemann um so berechtigter erscheinen liess. Da waren die famosen Schreibsachverständigen, die sich aus dem Nebelreich des Möglichen mit unbehilflicher Hand Bestimmtheit holten. Da war die Polizei, die kurz vor dem Urtheil noch die beiden Zeugen Landauer und Spohr wegen Verdachts des Meineids verhaftete; als die Geschworenen gesprochen hatten, waren die beiden Verhafteten vom Untersuchungsrichter wieder entlassen worden. Und da war schliesslich Koschemann. Er machte persönlich zwar einen durchaus guten Eindruck. Mit lebenswürdiger Bereitwilligkeit ging er ungezählte Male in allen Gangarten an der Geschworenenbank vorüber, zog er die grüne Jacke mit der Schnur aus und an. Aber er ist nun einmal ein Anarchist. Er liest die „Freiheit“, er soll die Schrift „Gretchen und Helene“ verbreitet haben. Und was für Dinge stehen in diesen Blättern, Dinge, die den ruhigen Bürger bedrohen! Und so wurde er verurtheilt, wie die Chikagoer Anarchisten auch verurtheilt wurden. Das Urtheil gegen ihn wird von der Geschichte auf einem Blatte mit dem Chikagoer Bluturtheil verzeichnet werden.

Herr Peters ist ein typischer Kopf, seine Haltung datirt von der Gründung des herrlichen

deutschen Reichs, eine Mischung von Reserveleutnant und Parvenu, die der Schneidigkeit des preussischen Junkerthums noch über sein will. Schneidig -- das ist das Wort, das eigens für den Typus Peters erfunden zu sein scheint. Nun ist er verurtheilt worden von einem hohen und gelehrten Gerichtshof, in dem ein ehemaliger Staatsanwalt den Vorsitz führte. Er ist für unwürdig befunden worden, weisser Beamter des Deutschen Reiches zu heissen und seines Amtes entsetzt worden, er, den deutsche, schneidige Studenten so oft als Heros auf ihren Kommersen gefeiert hatten, er, dem noch ganz kürzlich eine „nationale“ Partei eine Kandidatur zur deutschen Volksvertretung angetragen hatte. Es wird den hohen und gelehrten Richtern nicht leicht geworden sein, Herrn Peters zu verurtheilen. Mussten sie doch mit dem Urtheil einerseits dem Ankläger Bebel in allen Punkten seiner Anklage Recht geben, mussten sie doch gleichzeitig mit Herrn Peters die früher leitenden Männer in der Kolonial-Abtheilung mitreffen, die von dem Treiben dieser ~~Kolonialbestie~~ lange gewusst hatten, ehe Bebel den Ankläger gespielt hatte. Man ist regierungsseitig mit grossem Zagen an den Afrikahelden herangegangen und aus dem Zagen noch nicht herausgekommen. Man wagt nicht gegen ihn auch strafrechtlich vorzugehen, obwohl die grosse Mehrheit der Volksvertretung es gebieterisch verlangt hat.

Herr Peters durfte nach England entweichen, und das Urtheil konnte ihm nicht zugestellt werden, musste vielmehr durch Aushang an Gerichtsstelle bekannt gegeben werden. Herr Peters sitzt fern von Moabit und lüchelt cynisch. Ihn interessirt die ganze Sache garnicht, mehr. In seinem Schneidigkeitsbewusstsein hat er nur das Gefühl, dass die Philister im Deutschen Reiche sich wieder einmal unsterblich blamirt haben, weil sie seine Grösse nicht anerkennen wollten.

Der dritte der drei grossen Sensationsprozesse, der gegen den Polizeikommissar v. Tausch, hat in Einzelheiten reichlich viel des Interessanten und Lehrreichen gebracht, prinzipiell dem, der sich mit dem inneren Wesen dieser Blüthe kapitalistisch-bureaucratischer Staatskunst, genannt politische Geheimpolizei, näher befasst hat, wenig des Neuen künden können. Dass es Nicht-Gentlemen sind, die das ehrenvolle Amt eines polizeilichen Zuträgers übernehmen, ist innerlich klar; und dass die „pflichtmässige“ Verbindung mit derartigen Elementen, wenn sie dazu noch mit einer weiten, in gewissen Grenzen allumfassenden, sind un-

verantwortlichen Machtvollkommenheit verbunden ist, schwache Charaktere bedenklich gefährden und zu einem kompletten Lumpen- und je nachdem auch Verbrechertum führen kann, begreift sich gleicherweise. Die brauchbarsten Agenten sind oft die unsaubersten, bezeugt Herr v. Tausch, und Herr v. Lützow wiederum hat noch viele Geständnisse im Hintergrund seines reumüthigen Herzens zurückbehalten. Wie sich diese Dinge im Einzelnen ausgestalten, hat der Leser aus den Zeitungsberichten ersehen. Börne wollte die Freiheit, wenn sie seine Tochter wäre, lieber in einem Bordell erziehen lassen, als in einer politischen Polizeibehörde; seit seiner Zeit, seit Stieber und Bismarck, Puttkamer und wie Manchem noch, deren letzter so wenig, wie der schlechteste von Tausch ist, haben wir noch recht beträchtliche Fortschritte gemacht.

Man hat allerlei von Reform der politischen Polizei geredet, auch der Kaiser soll seinen Unmuth über die zu Tage geförderten Missstände deutlich kundgegeben haben. Aber wer einen Zweck will, muss auch die Mittel wollen. Darum bleibt Alles beim Alten. Herr v. Tausch ist von den Anklagen des Meineids und der Urkundenfälschung freigesprochen, weiterhin eine Zierde der Bueck-Harden'schen Tafelrunde bei Siechen, Herr von Marschall's Flucht in die Oeffentlichkeit zur Freude der Hintermänner theuer bezahlt. Und derweilen schwachten Ehrenmänner in Westfalen und Berlin im Zuchthaus, wie Tausch vom „Volksgericht“ der Bourgeoisie gerichtet, geht das Spitzeln, Intriguen mit Allem, was daran hängt, fröhlich seinen Gang. Bis . . . ja, bis wann? Aber sicher nicht ewig! S. B.

BUECHER.

C. Lombroso: Les Anarchistes und L'Homme de génie. Paris 1897.

In dem erstgenannten Werke hat Lombroso die seelische Verfassung der Propagandisten der That darlegen wollen. Er hat dies indess nur unvollkommen gethan, denn er hat nicht genügend Material gesammelt. Er arbeitet zu schnell, will zuviel Neues schaffen und dabei passiren ihm grobe Versehen. So hat er die englische Zeitschrift „Common Wealth“ für eine Person, einen Apostel der anarchistischen Lehren gehalten! Das andere Buch, das soeben in neuer Auflage erschienen ist, „L'Homme de génie“, enthält eine gute Vorrede von Ch. Richet. Trotz der neuen Auflage findet man in diesem Buche stets denselben Fehler des gelehrten Vaters des geborenen Verbrechers wieder. Es ist dickleibig und weitschweifig. Eine enorme

Menge von Beispielen sind hier zusammengetragen, aber sie sind schlecht durchdacht, schlecht beleuchtet und schlecht pointirt. Lombroso fehlt es an kritischem Scharfsinn. Er nimmt Alles ungesichtet, macht daraus eine unbestimmte Mischung und zieht mehr oder weniger logisch seine Schlüsse. Lombroso's Theorie über das Wesen des Genies ist bekannt. Genie ist eine Art Nervenkrankheit. Er hat auch nicht überzeugt, aber er beweist, dass gewisse Genies nervenkrank sind. A. H.

M. Nettlau: Bibliographie de l'Anarchie. Préface d'Elisée Reclus. Année 1897. Bruxelles, Bibliothèque des „Temps nouveaux“

Die Vorrede Elis. Reclus' spiegelt den Inhalt des vorliegenden Buches wieder, indem sie zugiebt, dass ein grosser Theil der angeführten Schriftstücke unzweifelhaft verschwunden wird aus dem Buch der Geschichte, und dass er dieses Schicksal werth ist. Sodann bringt Reclus den Gedankengang des Verfassers uns mit dem Worte nahe: „In jedem Menschen steckt ein Stück Revolutionär, i. e. Anarchist“. Was für eine Freude wird unser Professorenmentor König Stumm an der Vorrede El. Reclus haben, der bereitwilligst unter die Verbreiter der anarchistischen Lehren die Dichter, Romanciers, Philosophen und Soziologen rechnet!

So können wir es denn begreifen, dass unter die Vorläufer der Anarchie, nur Deutsche zu nennen, Schiller, Lessing und Wilhelm von Humboldt genannt sind, und werden uns nicht wundern, wenn wir unter den Reihen der Anarchisten Weitling, Cabot und Fourier finden. Da Nettlau in seinem Buche auch Chansons et Poésies, Placards et Manifestes anführt, so wird es begreiflich sein, dass wir eine Bibliographie erhalten, deren Umfang die Vorstellung, die man insgemein von der Grösse der anarchistischen Litteratur hat, bei Weitem übertrifft. So mag es wohl zweifelhaft sein, ob man nicht Stepniak's Werke hier anführen konnte; dass er aber den grössten Theil der sozialistischen Litteratur Italiens für den Anarchismus reklamirt, ist nur verständlich, wenn man keine scharfe Scheidegrenze zwischen Sozialismus und Anarchismus zieht. — Trotz dieser Ausstellungen ist der Versuch der Zusammenstellung anarchistischer Bibliographie immerhin dankenswerth, wenn auch die Entstehung dieses Werkes, die freiwillige Hilfe der Freunde, kein Beweis für die Richtigkeit der anarchistischen Lehren ist, wie El. Reclus in seiner Vorrede behauptet. B. M.

(Die weitere Rundschau, im Speziellen die Revue der Revuen, hat Raum mangels halber herausgestellt werden müssen).

Bibliographie.

Bibliographie der Sozialwissenschaften für das erste Quartal 1897.

(Zusammengestellt nach Mittheilungen des Soziologischen Antiquariats zu Berlin.)

(Ergänzung.)

I. Sozialismus.

- Boccardo, G. Socialismo sistematico e socialisti incoerenti. 8. 165 pp. Roma. (2 M.)
 Caird, E. Individualism a socialism. 8. 32 pp. London. (1 M.)
 Chiappelli, A. Le premesse filosofiche del socialismo. 8. 95 pp. Napoli. (3 M.)
 Derselbe. Il socialismo e il pensiero moderno. 16. XIII 343 pp. Firenze. (4 M.)
 Grave, Jean. L'individu et la société. Paris. 8. (3,50 M.)
 Hamon, A. Le socialisme et le congrès de Londres. Etude historique. 16. 280 pp. Paris. (3,50 M.)
 Lerda, G. Il socialismo, la sua tattica. 8. 30 pp. Genova. (—,50 M.)
 Lombroso, C. Los anarquistes, trad. p M. Hamel et A. Marie. 18. 258 pp. Paris. (3,50 M.)
 Massoneria e socialismo. 16. 31 pp. Milano. (—,25 M.)
 Pellontier, F. L'organisation corporative et l'anarchie. 16. Montdidier. (—,10 M.)
 Richard, G. Le socialisme et la science sociale. 18. 201 pp. Paris. (2,50 M.)
 Russell, B. German Social Democracy. 8. 218 pp. London. (4,20 M.)
 Stubbs, C. W. A creed for Christian socialists. 8. 122 pp. London. (2 M.)

II. Theorie und Geschichte der Volkswirtschaft.

- Asturaro, A. La sociologia, i suoi metodi e le sue scoperte. Parte I. 8. 261. pp. Genova. (4 M.)
 Block, M. Les progrès de la science économique depuis Adam Smith. 2. éd. 2 vols. 8. Paris. (16 M.)
 Caronna, F. Il valore della moneta. 8. VIII, 117 pp. Palermo. (3 M.)
 Fabreguettes, P. Société, Etat, patrie. Tome I. 8. Paris. (9 M.)
 Grasserie, R. de la. L'Etat fédératif. Législation comparée. — Sociologie. 8. Paris. (5 M.)
 Lafargue, P. Origine ed evoluzione della proprietà con introd. di A. Loria. 16. 396 pp. Palermo. (2 M.)
 Pareto, V. Cours d'économie politique. Tome II. 8. Paris. (10 M.)
 Révillont, E. La propriété. 8. Paris. (25 M.)
 Walras, L. Etudes d'économie sociale. 8. Paris. (7,50 M.)

III. Wirtschaftliche Arbeiterbewegung.

- Fontaine, A. Les grèves et la conciliation. 16. Paris. (1 M.)
 Fuchs, Dr. Jos. M. Arnulf. Zur Frage der Organisation des Gewerbes in Oesterreich. (Das Leben, I, No. 1.)
 Schäffle, Albert. Die Berufsgenossenschaften des Ledebur'schen Entwurfes. (Das Leben, I, No. 1.)

IV. Wirtschafts- und Kulturgeschichte. — Geschichtstheorie.

- Cabanès. Le cabinet secret de l'histoire. I. et II. série. 12. 340 pp. Paris. (à 3,50 M.)
 Ferraris, C. F. Il materialismo storico e lo Stato. 2. ed. 16. 296 pp. Palermo. (3 M.)
 Labriola, A. Essais sur la conception matérialiste de l'histoire. 18. 350 pp. Paris. (3,50 M.)
 Letoumeau, C. L'évolution de l'esclavage. Paris. (9 M.)
 Pérez Pujol, E. Historia de los instituciones sociales de la España Goda. 4 tomos. 4. Valencia. (52,50 M.)
 Szczeplanski, A. Narodowe polskie Muzeum w Rappeswylu. Fol. 2 pp. 12 Taf. Wiedn. (32 M.)
 Das polnische Nationalmuseum zu Rappeswyl.

- Turati, F. *Rivolta e rivoluzione*. 2. ed. 16. 15 pp. Milano. (—, 10 M.)
 Wargha, Gyula. *A magyar hitelügy és hitelintézetek története*. 8. 636 pp. F. Kilian, Budapest. (5 M.)
 Geschichte des Kreditwesens und der Kreditinstitute in Ungarn.

V. Wirtschaftliche und soziale Zustände. — Statistik.

- Gibbins, H. de B. *Industry in England*. 8. 500 pp. London. (12,50 M.)
 Gumplowicz, L. *Le mouvement social en Autriche*. (1890.) 8. Paris. (1 M.)
 Judson, H. P. *The Growth of the American Nation*. 8. London. (7,20 M.)
 Loria, A. *Problèmes sociaux contemporains*. 8. 176 pp. Paris. (4 M.)
 Mayer, L. T. *Een blik in het Javaansche volksleven*. 2 dln. 8. X u. p. 1—310, VI u. p. 311—568. Met 26 Plta. Leiden. (25 M.)
 Mulhall, M. G. *Industries and Wealth of Nations*. 8. 464 pp. London. (10,20 M.)
 Wright, C. D. *Industrial Evolution of the United States*. 8. London. (7,20 M.)

VI. Sozialpolitik. Arbeiterschutz. Arbeiterversicherung. Armenpflege.

- Bellom, M. *Les lois d'assurance ouvrière à l'étranger*. II. 2. 8. Paris. (12 M.)
 Bd. I erschien 1892 (20 M.), II. I 1892 (12 M.)
 Commenge, O. *Hygiène sociale. La prostitution clandestine à Paris*. 8. XII, 568 pp. Paris. (12,50 M.)
 Guillot, P. *Les assurances ouvrières*. 8. IX, 320 pp. Paris. (6 M.)
 Peronnet, Ch. *La conciliation et l'arbitrage en matière de conflits collectifs entre patrons et ouvriers ou employés*. 8. Paris. (6 M.)

VII. Rechtswesen. — Verwaltung. — Finanzwesen.

- Ballerini Vello, G. *La rappresentanza politica degli ordini sociali*. 8. 177 pp. Torino. (3 M.)
 Bowen, H. W. *International Law. A simple Statement of its Principles*. 8. 172 pp. London. (6 M.)
 Ferriani, L. *Delinquenti scaltri e fortunati*. 16. 634 pp. Como. (5 M.)
 Hayerast, T. W. *Powers of Police in England*. 8. 144 pp. London. (7,20 M.)
 Le Fèvre-Deumier, I. *Études politiques*. 8. Paris. (5 M.)
 Révillout, E. *La propriété. Ses démembrements, la possession et leurs transformations en droit égyptien comparé aux autres droits de l'antiquité*. 8. 670 pp. Paris. (25 M.)
 Statswetten, Nederlandsch, uitgegeven door H. Vos. I. stuk. 8. 16 pp u. p. 1—827. Groningen. (16,25 M.)

VIII. Agrarwesen. — Handel. — Gewerbe.

- Blackmore, E. *The British Mercantile Marine*. 8. 268 pp. London. (4,20 M.)
 Sraffa, A. *Il fallimento de le società commerciali*. 8. 362 pp. Firenze. (6 M.)
 Tipper, H. *England's Attainment of commercial Supremacy*. 8. 172 pp. London. (6 M.)
 Vibert, B. *La concurrence étrangère. Les transports par terre et par mer. Tome I*. 8. 471 pp. Paris. (10 M.)

IX. Kultus.

- Allievo, Gius. *Pedagogia elementare per le scuole normali*. 8. 46 pp. Torino. (1 M.)
 Colombo, N. *La nuova didattica per le scuole popolari*. 8. 489 pp. Roma. (4 M.)
 Greyson, E. *L'enseignement public en Belgique*. 12. 428 pp. Bruxelles. (3,75 M.)
 Rastoul, A. *L'action sociale de l'église*. 8. 383 pp. Avec grav. Paris. (4 M.)

X. Frauenfrage.

- Bois, Jules. *L'Ève nouvelle*. Paris. (3,50 Fr.)
 Franck, M. L. *La femme contre l'alcool*. 8. 250 pp. Paris. (7 M.)
 Lacour, Leopold. *Humanisme intégral*. Paris. (3,50 Fr.)

XI. Varia.

- Evans, E. E. *Ferdinand Lasalle and Helene von Dönniges*. 8. 124 pp. London. (1,00 M.)
 Leliwa. *Russie et Pologne*. 8. 150 pp. Cracovie. (4 M.)
 Mac Cole, M. *The Sultan and the Powers*. 8. 324 pp. London. (12,50 M.)





ROBERT OWEN.